

Markus Franz Weinberger

Schattenwirtschaft in Österreich – eine wirtschaftshistorische Bestandsaufnahme

Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades
eines Master of Science
der Studienrichtung Betriebswirtschaft
an der Karl-Franzens-Universität Graz

Begutachter: Em.o.Univ.-Prof. Dr.iur. Dr.rer.pol. Gerald Schöpfer

Institut: Institut für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte

Graz, Oktober 2012

Ehrenwörtliche Erklärung

Ich erkläre ehrenwörtlich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst, andere als die angegebenen Quellen nicht benutzt und die den Quellen wörtlich oder inhaltlich entnommenen Stellen als solche kenntlich gemacht habe. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen inländischen oder ausländischen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht. Die vorliegende Fassung entspricht der eingereichten elektronischen Version.

Datum:

Unterschrift:

INHALTSVERZEICHNIS

ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....	VI
TABELLENVERZEICHNIS	VI
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	VII
1 EINLEITUNG.....	1
1.1 Zielsetzung und Methodik der Arbeit	2
1.2 Aufbau der Arbeit	2
2 DIE SCHATTENWIRTSCHAFT.....	4
2.1 Was ist Schattenwirtschaft?	4
2.2 Bereiche der Schattenwirtschaft.....	7
2.2.1 Die duale Volkswirtschaft	7
2.2.2 Offizieller Sektor.....	8
2.2.2.1 Öffentliche Wirtschaft	8
2.2.2.2 Privatwirtschaft.....	8
2.2.3 Inoffizieller Sektor.....	9
2.2.3.1 Selbstversorgungswirtschaft.....	9
2.2.3.2 Untergrundwirtschaft	10
2.2.4 Strittige Bereiche.....	10
3 MESSUNG DER SCHATTENWIRTSCHAFT	13
3.1 Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	13
3.2 Die Methoden.....	14
3.2.1 Direkte Methoden.....	14
3.2.1.1 Befragungen	14
3.2.1.2 Erhebungen zur Steuerhinterziehung.....	15
3.2.2 Indirekte Methoden	16
3.2.2.1 Einnahmen – Ausgaben Saldo	16

3.2.2.2	Offizielle Beschäftigung.....	17
3.2.2.3	Bargeld	18
3.2.2.4	Elektrizität	20
3.2.3	Kausale Methoden	21
4	SCHATTENWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH	22
4.1	Geschichte der österreichischen Schattenwirtschaft.....	22
4.1.1	Historische Formen	24
4.1.1.1	Die Arbeit außerhalb der Zunft	24
4.1.1.2	Umgehung der Steuer- und Abgabenlast	25
4.1.1.3	Tätigkeiten der Selbstversorgung.....	25
4.1.1.4	Der Tabakanbau	26
4.1.1.5	Der städtische Markthandel.....	27
4.1.1.6	Der mobile Verkauf von Waren	28
4.1.2	Aktuelle Formen	29
4.1.2.1	Do-it-yourself.....	29
4.1.2.2	Tauschhandel - Tauschringe	30
4.1.2.3	Scheinfirmen	31
4.2	Datenlage zur österreichischen Schattenwirtschaft	32
4.3	Umfang der österreichischen Schattenwirtschaft.....	36
4.3.1	Gesamt (1975 - 2011)	37
4.3.2	Nach Bundesländern (1990 - 2011).....	38
4.3.3	Nach Sektoren (2012)	39
4.3.4	Im Vergleich zu anderen Ländern (1990 - 2010)	40
4.3.5	Verschiedene Zahlen im (Plausibilitäts-)Vergleich.....	41
4.3.5.1	Die Bandbreite der Schätzungen.....	42
4.3.5.2	Plausibilitätsanspruch.....	43
4.4	Ursachen der österreichischen Schattenwirtschaft	44
4.4.1	Steuer- und Abgabenbelastung	44

4.4.2	Einstellung zu staatlichen Maßnahmen	48
4.4.3	Regulierungsdichte	51
4.4.4	Strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt	52
4.4.5	Ruhestandsregelungen	55
4.5	Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft.....	56
4.5.1	Verzerrte Zahlen	56
4.5.2	Sicherung staatlicher Finanzierung	57
4.5.3	Reguläre Arbeitsplätze	61
4.5.4	Ungerechte Umverteilung.....	63
4.5.5	Niedrige Preise in der Schattenwirtschaft	65
4.6	Maßnahmen gegen die österreichische Schattenwirtschaft.....	67
4.6.1	Gesetzliche Regelungen	67
4.6.2	Kontrollen.....	68
4.6.3	Initiativen.....	69
4.6.4	Forderungen	70
5	SCHLUSSBETRACHTUNGEN	71
5.1	Zusammenfassung.....	71
5.2	Kritische Würdigung und Ausblick	72
6	LITERATURVERZEICHNIS	73

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Die duale Volkswirtschaft.....	7
Abbildung 2: Methoden zur Messung der Schattenwirtschaft.....	14
Abbildung 3: Grundkonzept der Bargeld-Methoden	18
Abbildung 4: Methode der unbeobachtbaren Variablen	21
Abbildung 5: Österreichische Schattenwirtschaft (1975 – 2011)	38
Abbildung 6: Schattenwirtschaft in den Bundesländern (1990 – 2011)	39
Abbildung 7: Österreichische Schattenwirtschaft nach Sektoren (2012)	40
Abbildung 8: Schattenwirtschaft unter ausgewählten OECD-Ländern (1990 – 2010)	41
Abbildung 9: Entwicklung der österreichischen Abgabenquote (1954 – 2011).....	45
Abbildung 10: Ursachen der Schattenwirtschaft	46
Abbildung 11: Laffer-Kurve.....	48
Abbildung 12: Erwerbspersonen nach Wirtschaftssektoren in Österreich (1934 – 1996)	51
Abbildung 13: Österreichische Arbeitslosenquote (1950 – 2011).....	53
Abbildung 14: Arbeitsklimaindex Österreich (1997 – 2008)	54
Abbildung 15: Steuerausfälle durch Schwarzarbeit in Österreich im Jahre 1997	61
Abbildung 16: Österreichische Sozialquote (1955 – 2010)	64
Abbildung 17: Sozialtransfers Österreich (2006).....	65
Abbildung 18: Anzahl und Größenklasse österreichischer Unternehmen (2011)	66

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1: Österreichische Schattenwirtschaft in Mrd. € (1975 – 2011)	38
Tabelle 2: Vergleich von Schätzungen zur österreichischen Schattenwirtschaft	42

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

AK	Arbeiterkammer
ASFINAG	Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BMI	Bundesministerium für Inneres
BNE	Bruttonationaleinkommen
BSP	Bruttosozialprodukt
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FinStrG	Finanzstrafgesetz
fl.	Gulden
GewO	Gewerbeordnung
i.e.S.	im engeren Sinne
i.w.S.	im weiteren Sinne
IAW	Institut für angewandte Wirtschaftsforschung
IMD	Institute for Management Development
IWF	Internationaler Währungsfonds
KIAB	Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung
Mrd.	Milliarden
MwSt	Mehrwertsteuer
ÖBB	Österreichische Bundesbahnen
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ORF	Österreichischer Rundfunk
SMG	Suchtmittelgesetz
SozBeG	Sozialbetrugsgesetz
StGB	Strafgesetzbuch
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
WCY	World Competitiveness Yearbook
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WKO	Wirtschaftskammer Österreich

1 EINLEITUNG

Diskussionen im Zuge der hohen Staatsverschuldung vieler Länder lassen einen Bereich wieder verstärkt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rücken: die Schattenwirtschaft. Alleine der österreichischen Wirtschaft sind nach Schätzungen zufolge im Jahre 2011 an die 20 Milliarden Euro¹ an Wirtschaftsleistung durch schattenwirtschaftliche Aktivitäten entgangen. Nicht nur der Fiskus ärgert sich über solche – oftmals kleinkriminellen – Handlungen, sondern auch das gesamte Wirtschaftssystem wird durch solche Aktivitäten in Mitleidenschaft gezogen. Von der Verfälschung von Arbeitslosenstatistiken, entgangenen Aufträgen für Unternehmen bis hin zu falschen Maßnahmen in der Umverteilung von Sozialleistungen erstreckt sich die Palette möglicher Konsequenzen. Eine die tatsächlich vorherrschenden Verhältnisse widerspiegelnde Wirtschaftspolitik wird somit erschwert.

Schattenwirtschaft ist dabei kein Phänomen der Neuzeit, sondern tief verwurzelt in der Geschichte des Landes. Schon seit Jahren zählt der Bereich, abseits staatlich geregelter Sektoren und fern von Steuern und Abgaben, zum wirtschaftlichen Kreislauf. Im wirtschaftlichen Alltag scheint die Sensibilisierung für dieses Thema nur einen relativ geringen Stellenwert einzunehmen. In vielerlei Hinsicht gelten nur große Fälle an Steuerhinterziehung, von verschleppten Vermögen ins Ausland oder die Beschäftigung von nicht gemeldeten Arbeitnehmern als Synonyme für schattenwirtschaftliche Aktivitäten. Als Sündenböcke werden meist große Konzerne, Unternehmer oder unmoralisch handelnde Reiche gebrandmarkt. Dass Schattenwirtschaft aber bereits durchaus im kleinkriminellen Rahmen jedes Einzelnen beginnt und nicht nur Unternehmer und Gewerbetreibende umfasst, wird meist vergessen bzw. nur ungern angedacht. Vom Häuslebauer, der die Elektrik seines Hauses durch einen ohne Auftrag arbeitenden Elektriker machen lässt bis hin zu einem Mechaniker, der neben seinen Standardberuf die Wochenenden bzw. seine Freizeit mit dem Reparieren von fremden Autos verbringt. Was an diesen Sachverhalten verwerflich sein soll? Ganz einfach, dass diese Aktivitäten „im Schatten“ stattfinden und in Folge zu Ausfällen an Steuern und Sozialabgaben führen.

Schattenwirtschaft präsentiert sich jedoch nicht ausschließlich als Feld steuer- und abgabenrechtlicher Umgehung, sondern auch als Bereich der Bedarfsorientierung und Eigenbedarfsbefriedigung. Nicht alle Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft sind per se schlecht, viele werden vom Staat toleriert und sogar gefördert. Der Staat hat nicht von Grund auf das Bedürfnis, alle Tätigkeiten zu erfassen und folglich als wertschöpfend zu klassifizieren. Dieses Moment

¹ Vgl. Schneider (2011), S. 2.

spiegelt sich in einem Teilbereich der Schattenwirtschaft wider – der Selbstversorgungswirtschaft. Man denke hier nur an das Feld der Hausarbeit. Welcher Intention der Staat aber sicherlich nachgeht ist, wirtschaftliche Aktivitäten, die auf dem Erwerbsprinzip beruhen, in angemessener Form zu besteuern, um somit dem Leistungsgedanken, der der Besteuerung und Abgabenverpflichtung innewohnt, in angemessener Form Rechnung zu tragen.

1.1 Zielsetzung und Methodik der Arbeit

Die folgenden Kapitel dieser Arbeit setzen sich zum Ziel, eine wirtschaftshistorische Bestandsaufnahme der österreichischen Schattenwirtschaft zu liefern. Hierzu soll eine Verknüpfung von historischem und aktuellem Datenmaterial erfolgen, um die Schattenwirtschaft einerseits in ihrer wirtschaftshistorischen Ausprägung, andererseits aktuellen Sichtweise zu klassifizieren. Zu diesem Zweck werden Statistiken, Formen, Ursachen und Wirkungen der Schattenwirtschaft aufgezeigt. Vom wirtschaftshistorischen Standpunkt aus kann es nicht darum gehen, sämtliche Formen schattenwirtschaftlicher Aktivitäten zu identifizieren. Zu umfangreich und historisch weit zurückreichend wären einzelne Aktivitäten, die im Schatten vonstattengehen. Vielmehr sollen anhand der Ursachen und Wirkungen die Implikationen der Schattenwirtschaft dargestellt werden und über einen gewissen Zeitablauf zur Disposition stehen. Die wissenschaftliche Diskussion um Schattenwirtschaft begann dabei Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre, wodurch primär jener Bezugspunkt relevant ist. Wiewohl einzelne Formen schattenwirtschaftlicher Aktivitäten weiter zurückreichen, was in der vorliegenden Arbeit anhand einer repräsentativen Auswahl historischer Schattenwirtschaftsaktivitäten dargestellt wird.

1.2 Aufbau der Arbeit

Viel wird in öffentlichen Diskussionen und Beiträgen über Schattenwirtschaft gesprochen und eine Vielzahl von Aktivitäten darunter zusammengefasst. Schwarzarbeit, Korruption, Geldwäsche oder auch Bestechung sind dabei nur ein kleiner Auszug an möglichen Aktivitäten, die mit Schattenwirtschaft in Verbindung gebracht werden. Doch gehören diese Bereiche zur Schattenwirtschaft? Um diesen, zum Einstieg liegenden Stolperstein zu umgehen, werden zu Beginn der Arbeit in Kapitel 2 der Begriff Schattenwirtschaft definiert, und in weiterer Folge Bereiche abgegrenzt, die zur Schattenwirtschaft gehören bzw. die nicht in den Bereich der Schattenwirtschaft fallen. Zu diesem Zweck ist es vonnöten, überhaupt die Frage nach der Wertschöpfung eines Landes zu stellen und die Volkswirtschaft als duales System, wie sie die Schattenwirtschaft begreift, vorzustellen.

In Kapitel 3 soll auf die Methoden zur Messung von Schattenwirtschaft eingegangen werden. Diese reichen von direkten Methoden, über indirekten Methoden bis hin zu kausalen Metho-

den. Voranstehend folgt eine kleine Einführung in das volkswirtschaftliche Gesamtrechnenwerk, um die Messgrößen von Schattenwirtschaft besser verstehen zu können.

Das Hauptaugenmerk der Masterarbeit fällt auf Kapitel 4: Schattenwirtschaft in Österreich. Zum Einstieg wird auf die Geschichte der österreichischen Schattenwirtschaft eingegangen. Zu diesem Zweck erfolgt eine Unterscheidung zwischen dem Beginn der wissenschaftlichen Debatte über jenes Forschungsfeld und den viel früher aufgetreten realen Formen der Schattenwirtschaft. In Verbindung dazu steht ein Rückblick auf historische Bereiche schattenwirtschaftlicher Aktivität, um in Folge auf aktuelle Formen überzuleiten. Im Anschluss kommt es zu einem Blick auf die Daten, welche über die österreichische Schattenwirtschaft zur Verfügung stehen. Welche Statistiken gibt es und wie wird Schattenwirtschaft dabei gemessen? Anhand der identifizierten Statistiken sollen Zahlen zur Schattenwirtschaft im Zeitablauf betrachtet werden, um Umfang und Veränderung offenzulegen. Es erfolgt auch eine Aufschlüsselung nach Bereichen sowie Bundesländern. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage gestellt, wie plausibel die erhaltenen Ergebnisse sind. Aufbauend auf diesen Trendverläufen wird nach den Ursachen von Schattenwirtschaft gefragt. Hierbei spielen unter anderem die Steuer- und Abgabenquote sowie strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt eine tragende Rolle. Hierzu werden auch die Einstellungen der österreichischen Bürger bezüglich Steuermoral und das fehlende Unrechtbewusstsein in Verbindung mit schattenwirtschaftlichen Handlungen offengelegt. In weiterer Folge werden die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft betrachtet. Dieser Themenkomplex umfasst unter anderem Probleme hinsichtlich der Sicherung staatlicher Finanzen sowie Umverteilungsfragen. Welche Maßnahmen der österreichische Staat zur Eindämmung von Schattenwirtschaft setzt bzw. welche Maßnahmen gefordert werden, stellt den Schlussteil dieses Kapitels dar.

Die Arbeit endet mit einer Zusammenfassung der erhaltenen Ergebnisse, einer kritischen Würdigung des behandelten Themenfeldes und einem kurzen Ausblick.

2 DIE SCHATTENWIRTSCHAFT

2.1 Was ist Schattenwirtschaft?

Als Schattenwirtschaft bezeichnet man *„denjenigen Teil ökonomischer Aktivität, der von den üblichen Statistiken nicht erfasst wird und daher ‚im Schatten‘ bleibt“*².

Diese kurze und prägnante Definition von Weck / Pommerehne / Frey (1983) stellt eine einleitende Definition von Schattenwirtschaft dar und soll illustrieren, dass Schattenwirtschaft kein Phänomen der Neuzeit ist. Bereits seit Jahren ist der im Schatten liegende Bereich Gegenstand wissenschaftlicher Abhandlungen und kritischen Auseinandersetzungen. Vor allem die 1980er und 1990er Jahre zeigen sich dabei als umtriebige Feld, reich an zahlreichen Berichterstattungen, Zeitschriftenartikeln und folgend Begriffsdefinitionen zu diesem Thema.³ Die augenscheinliche Eindeutigkeit und Kürze der angeführten Definition scheint auf den ersten Blick verführerisch, knüpft sie nur an das Vorhandensein eines einzigen Merkmales an – der Nichterfassung in üblichen Statistiken. Dieser erste Eindruck ist trügerisch, ergeben sich durch die knappe und undifferenzierte Klassifizierung vor allem Probleme in der praktischen Anwendung. Eine Vielzahl von Bereichen lässt sich unter der Definition „von den üblichen Statistiken nicht erfasst“ subsummieren, wodurch der Begriff Schattenwirtschaft schnell inflationär gebraucht wird. Im heutigen Umfeld privater Autonomie und wirtschaftlicher Selbstbestimmung führt vorliegende Definition für sich alleine schnell zu einem ausufernden Konstrukt, das den Graubereich Schattenwirtschaft zwar in seiner Gesamtheit, aber nur unstrukturiert in seinen Teilbereichen und seinem Kern erfasst. Trotzdem wurde vorliegende Definition bewusst vorangestellt. Der Versuch einer Klassifikation von Schattenwirtschaft von Weck / Pommerehne / Frey stellt nämlich jene Symptomatik dar, die seit Jahren in der öffentlichen Diskussion und in der Literatur zu diesem Thema herrscht: Was ist Schattenwirtschaft und wie kann man ihr genaue Grenzen zuordnen?

So stellten sowohl Petry / Wied-Nebbeling (1984) als auch Gijssels / Vogt (1987) die verschwommenen Grenzen im Bereich der Schattenwirtschaft fest. Durch eine Rückblende proklamierten erstere bereits, dass zahlreiche Autoren zum Thema Schattenwirtschaft einer eindeutigen Definition nicht Herr geworden sind. Nach ihrer Ansicht unternahmen viele Autoren den Versuch, aus der Not eine Tugend zu machen, indem sie Abgrenzungen für nicht

² Vgl. Weck / Pommerehne / Frey (1984), S. 1.

³ Siehe das Sammelsurium an Zeitungsartikeln und Beiträgen in Lauschmann (1983).

zielführend bzw. wünschenswert hielten.⁴ Auch letztere beschreiben in ihren Abhandlungen, dass Schattenwirtschaft je nach Standort des Beobachters mal weit, mal eng gefasst wurde.⁵ Auch Gretschmann (1983) stellte in seinen frühen Abhandlungen fest, dass der Begriff Schattenwirtschaft in der wissenschaftlichen Diskussion noch nicht einheitlich fassbar ist, sondern eine Vielfalt von Tätigkeiten und Ausprägungen subsummiert. Begriffe wie Untergrundwirtschaft, informelle Wirtschaft oder auch schwarze Wirtschaft waren seiner Ansicht nach nur einen kleiner Auszug an Betitelungen, die als Synonym für Schattenwirtschaft bereits zur damaligen Zeit verwendet wurden.⁶

Auf den ersten Blick scheint die Frage, welche Definition für Schattenwirtschaft am dienlichsten wäre, nur schwer zu beantworten – denkt man an das Gros von Aktivitäten, die „im Schatten“ und somit abseits staatlichen Eingriffs erfolgen. Schließlich muss die Definition dazu führen, dass Bereiche genau abgegrenzt werden, um einerseits Aktivitäten überhaupt als schattenwirtschaftliche Handlungen zu identifizieren und andererseits auch eine Vergleichbarkeit mit angrenzenden Feldern zu ermöglichen. Dabei darf die Abgrenzung aber nicht zu restriktiv erfolgen, um nicht Gefahr zu laufen, den Begriff Schattenwirtschaft auf ein minimalistisches Maß zu reduzieren und die wirtschaftliche Bedeutung jenes Graubereiches zu schmälern.

Dass die eindeutige Identifizierung von Schattenwirtschaft auch heute noch einiges an Unsicherheit und ungenauen Abgrenzungen birgt, zeigt ein gemeinsamer Beitrag von Schneider / Enste (2006a). In diesem konstatieren sie, dass „über die genaue Definition [...] seit 25 Jahren in der Wissenschaft debattiert“⁷ wird. Auch Braakmann (2004) sieht in seinen Abhandlungen zu diesem Thema, dass „eine einheitliche Definition [...] sich bisher nicht herausgebildet“⁸ hat. Ins gleiche Horn bläst die Wirtschaftskammer Österreich (WKO), die Schattenwirtschaft als Wirtschaftstätigkeiten bzw. Wertschöpfungsprozesse interpretiert, die bisher keiner eindeutigen Definition unterliegen.⁹ Mit Fleming / Roman / Farrel (2000) wird der Kreis jener, die einen Definitionspluralismus sehen, erweitert.¹⁰

Der Begriff Schattenwirtschaft ist in der historischen Rückblende immer eng mit dem Untersuchungsgegenstand verbunden gewesen und leitet sich meist davon ab. In vielerlei Hinsicht

⁴ Vgl. Petry / Wied-Nebbeling (1984), S. 5f. Zu den Autoren die Schattenwirtschaft bewusst nicht allgemein gültig definieren zählen u.a. Pommerehne / Frey (1982b), S. 267.

⁵ Vgl. Gijssels / Seifert-Vogt (1987), S. 11.

⁶ Vgl. Gretschmann (1983), S. 11f.

⁷ Schneider / Enste (2006a), S. 185.

⁸ Braakmann (2004), S. 4.

⁹ Vgl. WKO (2006), S. 7.

¹⁰ Vgl. Fleming / Roman / Farrel (2000), S. 388.

kann von einer willkürlichen Auslegung gesprochen werden, je nachdem welcher Forschungsschwerpunkt verfolgt wurde. Die 25 Jahre anhaltende Debatte, von der Schneider / Enste (2006a) sprechen, muss im Zuge der bereits angeführten Quellen als unterste Grenze lang anhaltender Unstimmigkeiten angesehen werden. Wäre Schattenwirtschaft Titel eines Buches, könnte die Einleitung mit den Worten beginnen: Ein Name, viele Gesichter. Diese knappen Worte würden dem Leser frühzeitig zu verstehen geben, dass wenn sowohl im wissenschaftlichen als auch im allgemeinen Sprachgebrauch von Schattenwirtschaft die Rede ist, nicht von der *einen* Schattenwirtschaft gesprochen wird. Vielmehr wird unter Schattenwirtschaft eine Vielzahl von Bereichen zusammengefasst, die mitunter nur eingeschränkt zur Schattenwirtschaft zählen bzw. oftmals als Synonym für die Aktivitäten im Bereich der Schattenwirtschaft verwendet werden. Korruption, Wirtschaftskriminalität, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit sind dabei nur einige Begriffe, die in Zusammenhang mit Schattenwirtschaft des Öfteren genannt werden. Man könnte es auch so sagen: So vielfältig die Schattenwirtschaft in ihrer tatsächlichen Formenvielfalt und in den Köpfen der handelnden Akteure ist, so vielfältig wird sie seit Jahren in der Literatur und Öffentlichkeit diskutiert.

Um jedoch eine Grenze zu anderen Bereichen ziehen zu können und dem inflationären Gebrauch des Begriffes entgegenzuwirken, besteht das Bestreben, den Begriff näher zu klassifizieren. Aktuelle Abhandlungen zu diesem Thema wie von Schneider / Enste (2000) oder Tanzi (1999) konzentrieren sich auf eine zweiteilige Erfassung der Schattenwirtschaft. Mal eng und mal weit. Dreh- und Angelpunkt dieser zweiteiligen Definition sind die entgehenden Steuereinnahmen bzw. Sozialabgaben. So sehen Schneider / Enste (2000) die enger gefasste Schattenwirtschaft als alle „ökonomischen Aktivitäten, die grundsätzlich steuerpflichtig wären, wenn sie dem Finanzamt nicht verheimlicht würden“¹¹. Der weitgefassten Definition¹² – von den üblichen Statistiken nicht erfasst – wird somit eine weitere, eng klassifizierende zur Seite gestellt, um den Graubereich Schattenwirtschaft weiter zu differenzieren und folgend besser erfassen zu können. Die Festmachung an den Steuern und Sozialabgaben macht auch Sinn, da dieses Merkmal die große Relevanz dieses Graubereiches hinsichtlich der Finanzierbarkeit des Staates aufzeigt und somit eine Abgrenzung zu harmloseren Tätigkeiten, die dem Staate nicht schaden, erfolgt. Auch kann ausgehend davon Teilen der Schattenwirtschaft ein monetärer Wert beigemessen werden, der sich auf den Entfall von Steuern und Sozialabgaben richtet. Im Endergebnis kann man von einer Schattenwirtschaft *im engeren Sinne (i.e.S.)* und einer Schattenwirtschaft *im weiteren Sinne (i.w.S.)* sprechen. Daraus ergeben sich auch zentrale Elemente der Schattenwirtschaft, wie die Frage der Legalität, die

¹¹ Schneider / Enste (2000), S. 8.

¹² Von den üblichen Statistiken nicht erfasst bezieht sich bei Schneider / Enste (2000) auf Leistungen, die normalerweise zum Inlandsprodukt gehören, aber nicht erfasst werden. Jene Definition folgt Pommerehne / Kirchgässner (1994).

Frage der statistischen Erfassung sowie die Frage der wirtschaftlichen Leistung und damit verbunden der Steuern und Abgabeproblematik.¹³ Zur Verdeutlichung des schattenwirtschaftlichen Konzeptes soll das folgende Kapitel dienen.

2.2 Bereiche der Schattenwirtschaft

2.2.1 Die duale Volkswirtschaft

Bereiche der Schattenwirtschaft müssen keine neuen, durch die handelnden Akteure geschaffenen Bereiche sein, sondern umfassen Felder, die es in ähnlicher wenn nicht kongruenter Form auch in der offiziellen Wirtschaft gibt. Handelnde Akteure in der Schattenwirtschaft ziehen es jedoch vor, abseits der staatlich regulierten Formen des Markttausches bzw. des Marktzuganges wirtschaftliche Aktivitäten zu setzen. Es kann von einer Parallelökonomie gesprochen werden. In der Literatur hat sich hierbei das Konzept der zweigeteilten Volkswirtschaft (Dual Economy) herausgebildet (siehe Abbildung 1).

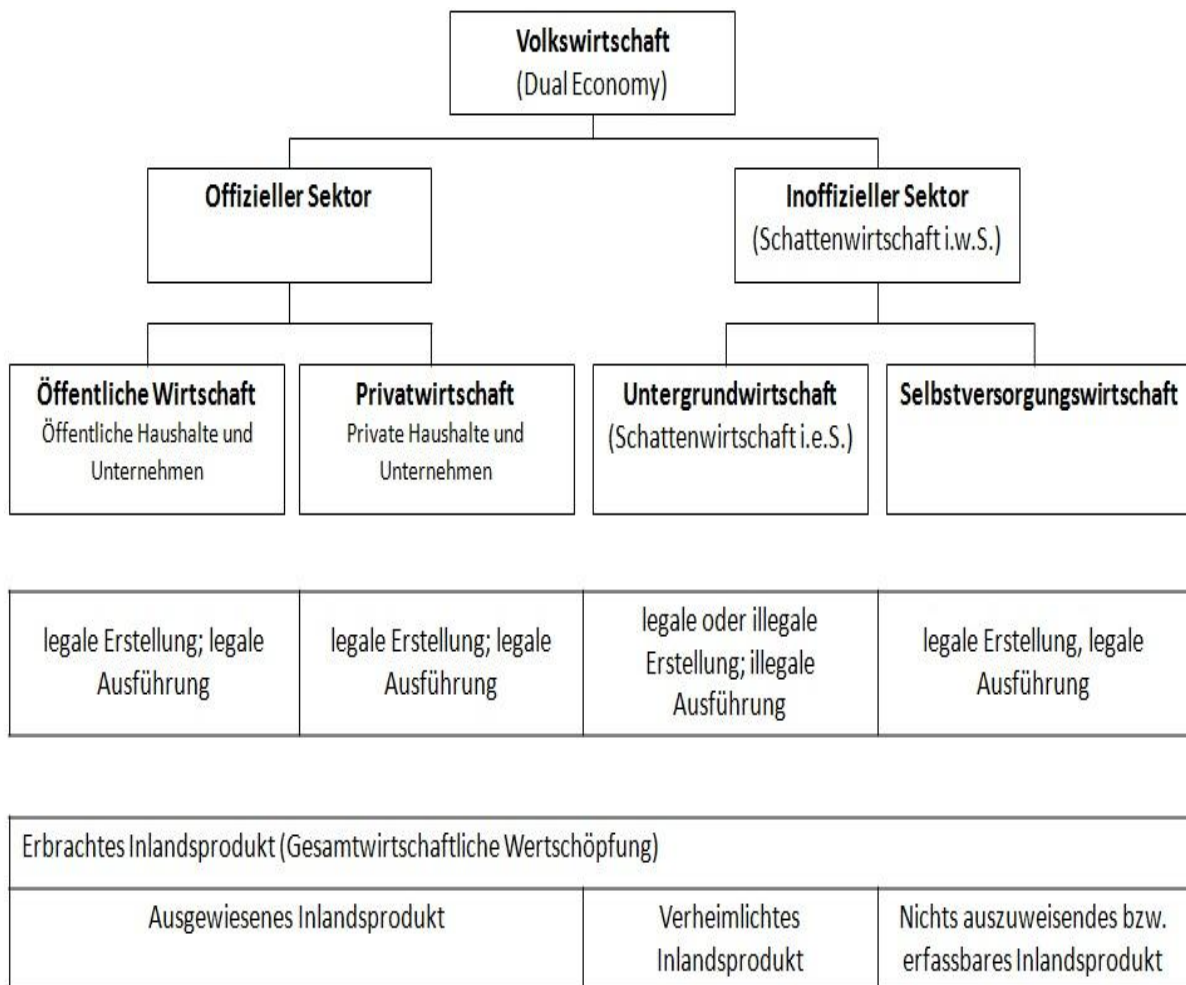


Abbildung 1: Die duale Volkswirtschaft

Quelle: In Anlehnung an Cassel / Caspers (1984), S. 3; Schneider / Enste (2000), S. 6.

¹³ Vgl. Klinkmüller / Leptin (1982), S. 13.

2.2.2 Offizieller Sektor

Der offizielle Sektor ist einer von zwei Teilen der dualen Volkswirtschaft. In den offiziellen Sektor fallen alle Aktivitäten der Öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft. Offiziell daher, da alle Aktivitäten dem Staat bekannt gegeben werden bzw. der Staat über alle Aktivitäten informiert ist und staatliche Regeln und Marktmechanismen zum Zuge kommen. Der Staat hat Einblick in die ihm interessierenden Bereiche und somit in das Tätigkeitsfeld der wirtschaftenden Akteure und erhebt auch Steuer- und Sozialabgaben auf die ausgeführten Aktionen. Die einzelnen Handlungen fließen in die volkswirtschaftlichen Statistiken und folgend dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) mit ein.¹⁴

2.2.2.1 Öffentliche Wirtschaft

Alle Handlungen von staatlichen Betrieben und öffentlichen Haushalten zählen zur Öffentlichen Wirtschaft. Diese Tätigkeiten werden legal erstellt und auch legal ausgeführt. Unter legaler Ausführung wird dabei die eigentliche Leistungserbringung verstanden. Die Quantifizierung ermöglicht eine eindeutige Zurechnung zum BIP bzw. Bruttosozialprodukt (BSP) der Volkswirtschaft.¹⁵

Beispiele: Tätigkeiten von Bund, Länder, Gemeinden, staatlichen Betrieben (z.B. Österreichische Bundesbahnen (ÖBB), Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG), Krankenhäuser, etc.), ...

2.2.2.2 Privatwirtschaft

Unter Privatwirtschaft werden alle erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten der privaten Haushalte und privaten Unternehmen zusammengefasst. Auch ihre Erstellung sowie Ausführung ist legal. Im Gegensatz zur Öffentlichen Wirtschaft, besteht meist größerer Spielraum hinsichtlich der Gestaltung und Erstellung der Aktivitäten. Zentrales Element der Privatwirtschaft ist die Autonomie, sei es ihrer Entscheidungsträger oder ihrer organisatorischen Strukturen und damit verbundener Handlungsspielräume.¹⁶

Beispiele: Tätigkeiten von privaten Unternehmen wie Verkauf oder Handel von Waren bzw. Dienstleistungen; Tätigkeiten von privaten Haushalten wie selbständige oder unselbstständige Erwerbsarbeit, ...

¹⁴ Vgl. Schneider / Enste (2006b), S. 35f.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. ebd.

2.2.3 Inoffizieller Sektor

Im Gegenzug zum offiziellen Sektor bildet der inoffizielle Sektor, auch als Schattenwirtschaft i.w.S. bezeichnet, den Gegenpol der zweigeteilten Volkswirtschaft. Im inoffiziellen Sektor werden alle Aktivitäten zusammengefasst, die nicht von öffentlicher Hand und dem Staat kontrolliert werden und somit auch nicht in offizielle Berechnungen und Statistiken einfließen, d.h. jene Aktivitäten werden nicht direkt im BIP erfasst, obwohl sie zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen.¹⁷

Die Gründe für die Nichteinbeziehung in die Berechnungen sind dabei vielfältig und müssen nicht immer in der Nichtmessbarkeit liegen. Als wichtigste Gründe gelten:

1. Eine Einbeziehung in die statistischen Berechnungen widerspricht internationalen Standards bzw. Gepflogenheiten. Zum Beispiel wird trotz legaler Erstellung und legaler Ausführung die Selbstversorgungswirtschaft von der Berechnung ausgeklammert.
2. Unzureichende Erfassungsmethoden führen dazu, dass Bereiche nicht vollständig erfasst bzw. überhaupt nicht einbezogen werden können. Es wird daher auf einen Ausweis verzichtet, obwohl die dahinter stehenden Tätigkeiten bekannt sein können.
3. Im Verborgenen stattfindende Tätigkeiten und kriminelle Handlungen werden verheimlicht. Schwarzarbeit und kriminelle Aktivitäten können nicht direkt erfasst werden.¹⁸

Der inoffizielle Sektor eröffnet die Problematik hinsichtlich der legalen oder illegalen Ausführung sowie der Nichtabführung von Steuern und Abgaben. Er wird unterteilt in die Selbstversorgungswirtschaft und die Untergrundwirtschaft.

2.2.3.1 Selbstversorgungswirtschaft

Unter Selbstversorgungswirtschaft werden Bereiche zusammengefasst, die an eigens erstellte Leistungen anknüpfen, für die aber weder Steuern noch Abgaben zu entrichten sind, d.h. sowohl Erstellung als auch Ausführung sind legal. Der Staat ist nicht per se daran interessiert, Steuern und Abgaben auf jede Form der (wirtschaftlichen) Tätigkeit zu erheben. So werden bewusst Bereiche ausgeklammert, die nicht als erwerbswirtschaftliche Tätigkeiten einzustufen sind oder die sich auf rein bedarfswirtschaftliche Aktivitäten der Eigenversorgung oder der privaten Selbstorganisation beziehen. Darunter fallen sämtliche Aktivitäten, wie Gartenarbeit, der Anbau von Lebensmitteln für den Eigenbedarf als auch sämtliche Tätigkeiten, die für den Haushalt erledigt werden. Unentgeltliche und freiwillige Tätigkeiten, wie das Engagement in ehrenamtlichen Vereinen oder sozialen Einrichtungen als auch Selbsthilfe-

¹⁷ Vgl. Schneider / Enste (2006b), S. 35f.

¹⁸ Vgl. ebd.

gruppen zählen ebenso dazu. Repräsentativ für Österreich muss hier vor allem die Tätigkeit der freiwilligen Feuerwehren angeführt werden. Weiters erfasst das Feld die Nachbarschaftshilfe, somit Arbeiten im Bekannten- und Freundeskreis, wenn sie nicht als erwerbswirtschaftliche Aktivitäten einzustufen sind, sondern in Form des sozialen Netzwerks erfolgen. Als Beispiele sei die gegenseitige Unterstützung bei Reparaturen, Bauten oder sonstigen Herstellungsformen jeglicher Art, z.B. Auto, Haus, angeführt. So stellt auch hier die für Österreich sehr weit verbreitete Hilfeleistung durch Bekannte, Freunde und Eltern beim privaten Hausbau ein repräsentatives Beispiel dar.¹⁹

Beispiele: siehe Fließtext oben

2.2.3.2 Untergrundwirtschaft

Die Untergrundwirtschaft bzw. Schattenwirtschaft i.e.S. besitzt als Merkmal die Illegalität. Dieses Merkmal kann sich alleine auf die Ausführung der Tätigkeiten beziehen als auch auf deren Erstellung. Die Tätigkeiten werden aufgrund ihrer Illegalität dem Staat verschwiegen. Einen Teilbereich davon bilden kriminelle Aktivitäten²⁰, wie Drogenhandel, Schmuggel, Hehlererei, etc. Jene Tätigkeiten sind schon per se Aktivitäten, die auf keiner legitimen Grundlage zur Erstellung beruhen und somit über den gesamten Lebenszyklus als illegal einzustufen sind. Demgegenüber stehen jedoch Aktivitäten, die erst aufgrund ihrer Steuer- und Abgabenhinterziehung bei der Ausführung illegal werden. In diesen Bereich fällt vor allem die Schwarzarbeit, als größter Sektor der Schattenwirtschaft i.e.S. Die Erstellung der Tätigkeit ist in der Volkswirtschaft legitim und legal, jedoch führt die Verschleierung in der Ausführung zur Illegalität.²¹

Beispiele: Schwarzarbeit, kriminelle Handlungen (Drogenhandel, Menschenhandel, etc.), ...

2.2.4 Strittige Bereiche

Wenn über Schattenwirtschaft gesprochen wird, werden auch des Öfteren Bereiche genannt, die einerseits nur eingeschränkt bzw. überhaupt nicht zur Schattenwirtschaft zählen, andererseits wo nicht eindeutig geklärt ist, ob jene Handlungen der Schattenwirtschaft zuzurechnen sind. Gemeinsames Merkmal schattenwirtschaftlicher Aktivitäten ist, dass es sich um Tätigkeiten handelt, die mit einer Wertschöpfung verbunden sind, sei es nun legal oder illegal. Als Wertschöpfung wird dabei der Einsatz von Arbeitskraft, Waren oder sonstigen Ressourcen verstanden. Reine Steuerhinterziehung aufgrund von Finanztransaktionen zählt nicht zur Schattenwirtschaft. Werden Beträge von Finanzvermögen ins Ausland verschoben,

¹⁹ Vgl. Weck / Pommerehne / Frey (1984), S. 1f; Enste (2002), S. 9-11.

²⁰ Siehe hierzu auch die Ausführungen im folgenden Abschnitt: 2.2.4 Strittige Bereiche.

²¹ Vgl. Enste (2002), S. 10f.

die auf keiner erwerbswirtschaftlichen Herkunft beruhen, können jene Bereiche nicht der Schattenwirtschaft zugerechnet werden.²²

Der Umstand, dass mit schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auch häufig eine Hinterziehung von Steuern und Sozialabgaben einhergeht, rechtfertigt nicht automatisch die Annahme, jegliche Form von Steuerhinterziehung ist der Schattenwirtschaft zuzurechnen. Steuerhinterziehung geht vielmehr mit Schattenwirtschaft einher, ist in seiner Gesamtform aber nicht automatisch Schattenwirtschaft, wie obige Ausführungen zeigen. In der Schattenwirtschaft gibt es auch Teilbereiche, die bewusst vom Staat nicht mit Abgaben belastet werden, wodurch Schattenwirtschaft auf die Wertschöpfung im inoffiziellen Sektor abzielt und erst mit der Schattenwirtschaft i.e.S. den Tatbestand der Abgabenhinterziehung betrachtet. In wissenschaftlichen Beiträgen wie von Blankart (2008) wird dabei vor allem auf die wissenschaftliche Blickrichtung verwiesen. Sinngemäß heißt es dort: Steuerhinterziehung sucht nur nach hinterzogenen Steuern, Schattenwirtschaft versucht den Umfang verdeckter Wirtschaftstätigkeiten zu messen.²³

Uneinigkeit herrscht auch bezüglich des Spannungsverhältnisses von Wirtschaftskriminalität und Schattenwirtschaft. Die grundlegende Frage dabei lautet: Gehören auch wirtschaftskriminelle Handlungen wie Korruption, Bestechung, Geldwäsche oder Industrie- und Wirtschaftsspionage zur Schattenwirtschaft? Einige Autoren wie Koslowski (1994) schlagen hier eine klare Abgrenzung zwischen Schattenwirtschaft und Wirtschaftskriminalität vor. Janke (2008) sieht wirtschaftskriminelle Handlungen „als Nährboden für eine Parallel- oder Schattenwirtschaft“²⁴. Koch (2005) bezieht hingegen weit verbreitete Formen der Wirtschaftskriminalität in die Schattenwirtschaft mit ein.²⁵ May (2001) versucht die Zugehörigkeitsproblematik zu lösen, indem er Wirtschaftskriminalität weiter unterteilt, wobei Wirtschaftskriminalität i.e.S. (illegale Tätigkeiten, legal ausgeübt) nicht zur Schattenwirtschaft zählt und Wirtschaftskriminalität i.w.S. (legale Tätigkeit, illegal ausgeübt) schon.²⁶

Ebenfalls strittig ist, inwieweit kriminelle Handlungen tatsächlich zur Schattenwirtschaft i.e.S. bzw. überhaupt zur Schattenwirtschaft zählen. Vor allem unter dem Gesichtspunkt, dass jene Handlungen keinerlei Pendant in der offiziellen Wirtschaft besitzen. Das Gros an Autoren bezieht kriminelle Handlungen in den Schattenwirtschaftsbegriff mit ein.²⁷ Bereits früh regte sich jedoch Widerstand gegen diese Einbeziehung bzw. Klassifizierung. So proklamierte be-

²² Vgl. Enste (2002), S. 9f.

²³ Vgl. Blankart (2008), S. 216.

²⁴ Vgl. Janke (2008), S. 5.

²⁵ Vgl. Koch (2005), S. 719.

²⁶ Vgl. May (2001), S. 340.

²⁷ Vgl. u.a. Weck / Pommerehne / Frey (1984), Gretschan (1983), Tanzi (1999), Koch (2005).

reits Schmidt (1982), dass den in der Schattenwirtschaft ausgeführten Tätigkeiten reguläre Alternativen gegenüberstehen müssen und folglich kriminelle Handlungen nicht zur Schattenwirtschaft zählen.²⁸ Auch Schneider / Enste (2006a) greifen in ihren Abhandlungen diese Thematik auf und lösen das Problem, indem sie kriminelle Handlungen außerhalb der Schattenwirtschaft i.e.S. ansetzen und jene Tätigkeiten auf die höhere Stufe zur Schattenwirtschaft i.w.S. zählen. So rechnen sie der Schattenwirtschaft i.e.S. nur Tätigkeiten zu, die legal erstellt werden, d.h. ein Pendant in der offiziellen Wirtschaft existiert. Diesen Sektor benennen sie „irregulären Sektor“. Rein kriminelle Tätigkeiten, die in der offiziellen Wirtschaft sowieso nicht erlaubt wären, werden dem „kriminellen Sektor“ zugerechnet, der als eigener Bereich außerhalb der Schattenwirtschaft i.e.S. unter die Schattenwirtschaft i.w.S. subsummiert wird.²⁹

Diese weitere Unterteilung stößt jedoch auf Kritik. So meint Koch (2006) in einer Replik auf den Beitrag der gemeinsamen Autoren, dass „die von Enste und Schneider verwendeten Begriffe ‚irregulär‘ und ‚kriminell‘ zwecks Unterscheidung verschiedener Sektoren des inoffiziellen Sektors [...] zu neuen begrifflichen Unsicherheiten“³⁰ führen. Die Trennung aus rein zweckdienlichen Gründen somit mehr schadet, als das sie zu neuer Erkenntnis und Begriffsklarheit beiträgt.

Die vorliegende Masterarbeit folgt der Mehrzahl der Autoren, wodurch der schattenwirtschaftliche Begriff in folgenden Ausführungen auch kriminelle Handlungen beinhaltet. In welchen speziellen schattenwirtschaftlichen Bereich (Schattenwirtschaft i.e.S. oder i.w.S.) kriminelle Handlungen schlussendlich fallen, ist für die vorliegende Arbeit nur minder von Bedeutung und soll hier auch nicht weiter thematisiert werden. Hinsichtlich der Wirtschaftskriminalität ist anzumerken, dass folgende Ausführungen und auch Schätzungen zur Größe der österreichischen Schattenwirtschaft den wirtschaftskriminellen Bereich nicht einbeziehen, d.h. Delikte wie Korruption, Industriespionage, etc. werden in den weiteren Ausführungen nicht der Schattenwirtschaft zugerechnet.

Auf dem Feld zur begrifflichen Bestimmbarkeit und deren Folgewirkung, zur Einbeziehung von Aktivitäten in die Schattenwirtschaft, herrschen auch 40 Jahre nach Entstehung des Begriffs noch einiges an Unsicherheit und gegenläufige Meinungen.

²⁸ Vgl. Schmidt (1982), S. 9f.

²⁹ Vgl. Schneider / Enste (2006a), S. 185.

³⁰ Vgl. Koch (2006), S. 192.

3 MESSUNG DER SCHATTENWIRTSCHAFT

Einen Bereich zu messen, der seinerseits die Intention besitzt, möglichst unbemerkt zu bleiben, stellt eine große Herausforderung dar und wirft die Frage nach möglichen Messmethoden auf. Grundsätzlich sollten alle Aktivitäten, die nicht aufgrund irgendwelcher Ausnahmen unberücksichtigt bleiben, in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR) aufgenommen werden. Bevor auf schattenwirtschaftliche Messmethoden eingegangen wird, sollte die Frage gestellt werden, wie man eigentlich zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung eines Landes kommt, von der man mögliche, schattenwirtschaftliche Aktivitäten subtrahieren kann bzw. derer man schattenwirtschaftliche Handlungen zuzurechnen versucht. Erklärungen hierzu soll die VGR liefern. Erst anschließend soll sinnvollerweise auf die Methoden zur Messung von Schattenwirtschaft eingegangen werden.

3.1 Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Grundsätzlich sind alle Aktivitäten einer Volkswirtschaft (z.B. Österreichs) in einem gemeinsamen Rechenwerk aufzunehmen. Dieses gesamtwirtschaftliche Rechenwerk wird als VGR bezeichnet. Hauptaufgabe dieser VGR ist es, wichtige Größen einer Volkswirtschaft zu ermitteln und auszuweisen, um somit einerseits einen Überblick über die Entstehung, Verteilung, und Verwendung von Einkommen zu geben und andererseits Informationen über das Wirtschaftsgeschehen aus den vorhandenen Daten abzuleiten. Eine der sich daraus ergebende Maßzahlen ist das BIP, das die gesamtwirtschaftliche Produktion und erstellten Dienstleistungen eines Landes misst.³¹

Schattenwirtschaftliche Aktivitäten werden meist in Prozent des BIP ausgewiesen. Durch das Verhältnis zum BIP, soll die Größe der Schattenwirtschaft und folgend ihre wirtschaftliche Relevanz, anhand der gesamten Wertschöpfung eines Landes, aufgezeigt werden. In älteren Abhandlungen zum Thema Schattenwirtschaft wird man dabei auch öfters auf den Begriff des BSP stoßen bzw. wird Schattenwirtschaft in Prozent des BSP angegeben. Das BSP, seit 1999 als Bruttonationaleinkommen (BNE) bezeichnet, bezieht sich vermehrt auf die Einkommenseite. Es werden dem BIP die Erwerbs- und Vermögenseinkommen hinzugerechnet, die Inländer aus dem Ausland erhalten, und im Gegenzug die Erwerbs- und Vermögenseinkommen abgezogen, die in das Ausland abfließen. Heutzutage wird bei volkswirtschaftlich relevanten Zusammenhängen meist das BIP als Wertmaßstab herangezogen, weil es verstärkt auf die Leistungserstellung abzielt, als lediglich den Zu- und Abfluss von Einkommen zu betrachten.³²

³¹ Vgl. Brümmerhoff / Grömling (2011), S. 1-3.

³² Vgl. Burda / Wyplosz (2001), S. 25.

3.2 Die Methoden

Methoden zur Messung der Schattenwirtschaft implizieren den Versuch, intelligenter, als die in der Schattenwirtschaft tätigen Personen zu sein. Schließlich haben jene Personen einen Anreiz, ihre Aktivitäten so gut wie möglich zu verstecken. Trotz des genannten Umstandes gibt es einige Methoden, die zu einer Klassifizierung von Schattenwirtschaft beitragen können. Man unterscheidet dabei direkte Methoden, indirekte Methoden und kausale Methoden. Die einzelnen Methoden beruhen auf verschiedenen Ansätzen, wobei nachfolgende Auflistung als repräsentativer Auszug dienen soll (siehe Abbildung 2).

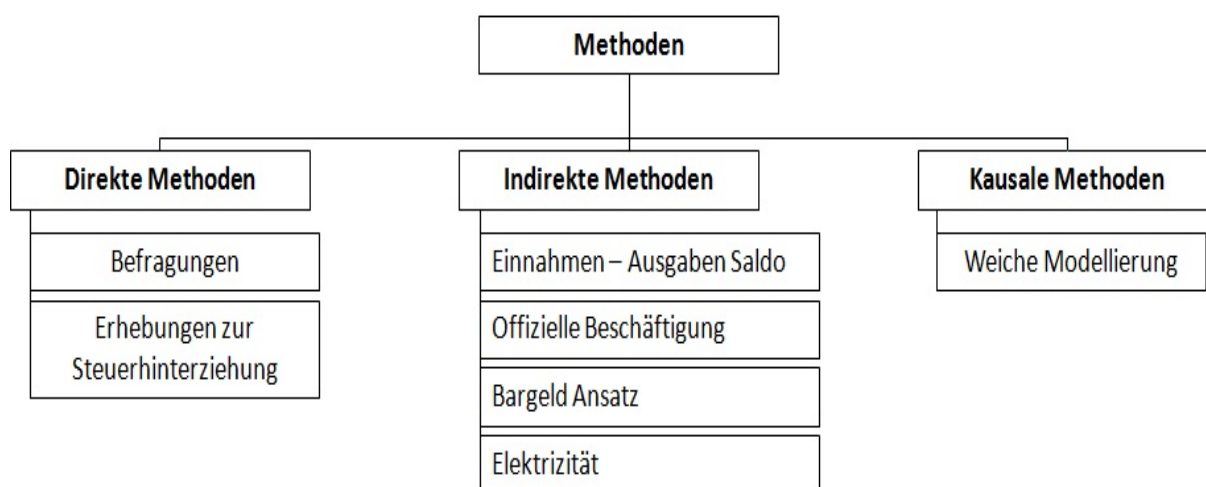


Abbildung 2: Methoden zur Messung der Schattenwirtschaft

Quelle: In Anlehnung an Schneider / Enste (2000), S. 23.

3.2.1 Direkte Methoden

Direkte Methoden³³ sind vergleichsweise einfache Möglichkeiten, Schattenwirtschaft zu messen. Dabei wird auf der Mikroebene angesetzt. Durch freiwillige Befragungen, soll Schattenwirtschaft nicht nur gemessen, sondern auch strukturell identifiziert werden. Ein anderer Zugang ergibt sich aus den Steuerakten. Durch Kontrolle seitens der Steuerbehörden, werden unwahre Angaben aufgedeckt und das Ausmaß des nicht deklarierten Einkommens offen gelegt.

3.2.1.1 Befragungen

Befragungen sind eine sehr einfache und schnelle Möglichkeit, einen groben Umriss über schattenwirtschaftliche Aktivitäten zu erhalten. In Befragungen werden Personen – meist auf Straßen – auf ihr Verhältnis zu schattenwirtschaftlichen Aktivitäten befragt und ob sie solche selbst ausführen bzw. jemanden beschäftigen. Man möchte meinen, dass jemand, der in der Schattenwirtschaft tätig ist, eigentlich weniger dazu geneigt sein könnte, seine Intentionen

³³ Vgl. zu den direkten Methoden Schneider / Enste (2000), S. 11-13; Weck / Pommerehne / Frey (1984) S. 9-11.

preiszugeben. Dies mag auf den ersten Blick zutreffen, doch zeigen Ergebnisse, dass das Unrechtsbewusstsein von schattenwirtschaftlichen Akteuren relativ niedrig ausgeprägt ist und sie auch auf direkte Fragen jener Form antworten. Hinzu kommt, dass die Befragungen anonym erfolgen und anhand der erhobenen Daten auch nicht auf die befragten Personen geschlossen werden kann, was ausdrücklich am Beginn jeder Befragung kommuniziert wird. Natürlich muss es hier um ein möglichst großes Feld an wahrheitsgemäßen Antworten gehen, wodurch auch spezielle Befragungstechniken zur Anwendung kommen.

Die Methode der Befragung ist ein weit verbreitetes Instrument. Die Kosten sind relativ gering und die methodische Auswertungskomplexität hält sich in Grenzen. Großer Vorteil dieser Methode ist der Gesamtüberblick, den man aus der Stichprobe gewinnen kann. So ergeben sich nicht nur Implikationen auf die Höhe der Schattenwirtschaft – wie viel Prozent gaben an, selbst in der Schattenwirtschaft tätig zu sein bzw. Leistungen von jemanden daraus nachzufragen? – sondern auch auf deren Zusammensetzung. Es kann eruiert werden, welche Personen in welchem Alter, in welcher Sparte und welchen Geschlechtes verstärkt einen Anreiz haben, schattenwirtschaftlich tätig zu werden. Dadurch lassen sich interessante Aspekte zur Ursachenforschung finden. Durch Bekanntgabe von Stundenlohn und durchschnittlicher Arbeitszeit, lässt sich auch eine monetäre Größe von Schattenwirtschaft bestimmen.

Großer Nachteil von Befragungen ist im menschlichen Aspekt zu sehen. So weiß man aus der Sozialforschung, dass bei Befragungen oder Interviews die Probanden nicht unbedingt ihre wahren Neigungen bzw. Intentionen preisgeben, sondern häufig nach dem Wohlwollen des Interviewers antworten. Jene Antworten, die die eigene Person in ein besseres Licht rücken, werden somit oft zur eigenen Wahrheit und dem Gegenüber bekanntgegeben. So kann anhand der Aussagen nicht eindeutig geklärt werden, welche Personen tatsächlich die Wahrheit gesagt und welche Personen ihre Aktivitäten trotz Anonymität sicherheitshalber verschleiert haben. Auch spielt bei vielem im Hinterkopf doch mit, dass ihre Handlungen strafbare Tatbestände darstellen, welche womöglich doch – auch wenn versichert wird, dass die Befragung anonym ist – strafrechtlich verfolgt werden könnten. Persönliche Befragungen müssen hinsichtlich des erhaltenen Anteils an schattenwirtschaftlicher Aktivität und derer Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung als unterste Grenze angesehen werden.

3.2.1.2 Erhebungen zur Steuerhinterziehung

Eine andere Möglichkeit direkter Methoden ist in der Auswertung von Steuerakten und damit verbunden hinterzogenen Steuern zu sehen. Im Mittelpunkt steht die Diskrepanz von in der Steuererklärung angegebenem Einkommen und tatsächlich erwirtschaftetem Einkommen. Schattenwirtschaftliche Akteure versuchen in der Steuererklärung Geldflüsse aus schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten zu verbergen, indem sie nur ihr reguläres Einkommen angeben.

Durch nachträgliche Prüfungen von Steuerangaben und der damit verbundenen Androhung von hohen Strafen fühlen sich Akteure oft eingeschüchtert und geben ihr tatsächlich erwirtschaftetes Einkommen gegenüber den Behörden an. Durch die erhaltenen Ergebnisse erfolgt dann eine Hochrechnung auf die gesamte Volkswirtschaft.

Wie bei der Methode der Befragung ist der Vorteil auch bei dieser Methode die gute Gesamtrepräsentanz dessen, wer, wo und in welchem Umfang beschäftigt ist bzw. war. Die nicht zu definierende Aufklärungsquote führt aber auch hier dazu, dass die Schätzungen als unterste Grenze angesehen werden müssen. Ein zentrales Problem liegt in der Erfassung der schattenwirtschaftlichen Aktivitäten selbst. So werden nur Aktivitäten erfasst, die auf hinterzogenen Steuern und Abgaben beruhen. Verdient z.B. eine Person durch Schattenwirtschaft etwas zu ihrer regulären Beschäftigung (Vollzeit, Teilzeit, ...) hinzu, bleibt mit ihrem regulär und schattenwirtschaftlich erzielten Einkommen zusammengerechnet aber unter der Mindesteinkommensgrenze, wo Steuern zu bezahlen wären, begeht sie de facto keine Steuerhinterziehung – wiewohl die unrichtigen Angaben strafbar sind. Die schattenwirtschaftliche Aktivität würde somit nicht der Statistik zuzurechnen sein. Natürlich stellt genanntes Beispiel einen Spezialfall dar, welches nur eine von vielen Lücken dieser Methode offenbart.

3.2.2 Indirekte Methoden

Indirekte Methoden³⁴ beruhen auf der Tatsache, dass schattenwirtschaftliche Aktivitäten sich auf andere Bereiche der Wirtschaft auswirken. Diese Auswirkungen sollen durch geeignete Verfahren untersucht und identifiziert werden, um damit Rückschlüsse auf Aktivitäten im Verborgenen zu ziehen. Die hier vorgestellten, indirekten Methoden stellen eine kurze Übersicht über mögliche Messverfahren dar, wobei die einzelnen Methoden hinsichtlich ihrer Ausgestaltung unterschiedlicher Kritik ausgesetzt sind.

3.2.2.1 Einnahmen – Ausgaben Saldo

Zentrales Ziel der VGR ist die Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Daten einer Volkswirtschaft, um daraus eine Analyse vergangener Wirtschaftsperioden zu ermöglichen und folgend Implikationen für die Wirtschaftspolitik bereitzustellen (siehe Kapitel 3.1). Hier setzt das Verfahren zur Messung von Einnahmen und Ausgaben an. Es unterstellt, dass schattenwirtschaftliche Aktivitäten als Saldo der beiden Größen identifiziert werden können. Die in der Volkswirtschaft erzielten Einnahmen werden den Ausgaben gegenübergestellt. Da schattenwirtschaftliche Aktivitäten im Verborgenen stattfinden, fließen keinerlei Bestandteile in Form von Lohn- oder Kapitaleinkommen in die Einnahmenseite. Demgegenüber steht jedoch die Ausgabenseite in Form von Gütern und Dienstleistungen. Schattenwirtschaftliche Aktivitäten

³⁴ Vgl. zu den indirekten Methoden Schneider / Enste (2000), S. 13-23; Weck / Pommerehne / Frey (1984), S. 11-19.

knüpfen an den Einsatz von Ressourcen an, die vorwiegend in der offiziellen Wirtschaft erstellt und somit in der Statistik erfasst werden. Übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, wird dieser Saldo der Schattenwirtschaft zugerechnet.

Der Ansatz ist jedoch problematisch, da unter anderem die statistischen Erhebungsmethoden einen hohen Einfluss auf das Ergebnis haben. Änderungen in der statistischen Erfassung der Daten führen schnell zu sich ändernden Zahlen. Ein weiteres Problem ergibt sich ausgabenseitig. Nicht immer ist der übersteigende Teil der Ausgaben auf schattenwirtschaftliche Tätigkeiten rückzuführen. Statistische Messfehler als auch die Nichteinbeziehung darlehensfinanzierter Ausgaben können als Ursache vermeintlich schattenwirtschaftlicher Aktivität identifiziert werden.

Eine Erweiterung des Ansatzes auf Haushalte bringt nur bedingt Verbesserung. So kann auch unter Zuhilfenahme von Haushaltsstichproben der Saldo aus Einnahmen und Ausgaben ermittelt werden. Die Einnahmen des einzelnen Haushaltes werden den Ausgaben gegenübergestellt, um somit schattenwirtschaftliche Aktivitäten aufzudecken. Im Endergebnis ergeben sich jedoch auch für diese Art der Erhebung die vorher genannten Probleme. Der Einnahmen – Ausgaben Ansatz wird daher eher selten verwendet, um Schattenwirtschaft zu messen.

3.2.2.2 Offizielle Beschäftigung

Personen, die in der Schattenwirtschaft tätig werden, haben oft keinen Anreiz, überhaupt offiziell beschäftigt zu sein bzw. ihre offizielle Arbeit zugunsten der im verborgenen einzuschränken. Durch Befragungen und andere Erhebungen wird der Versuch unternommen, die tatsächliche Erwerbsquote zu ermitteln. Dabei kommt es nicht darauf an, ob in der offiziellen Wirtschaft oder in der Schattenwirtschaft gearbeitet wird, sondern nur, ob jemand einer Beschäftigung nachgeht. Aus dem Vergleich der offiziellen Erwerbsquote – die sich aus offiziellen Statistiken ergibt – mit der tatsächlichen, erhobenen Erwerbsquote wird auf Schattenwirtschaft geschlossen.

Dieser Ansatz ist jedoch sehr problematisch, da von der Annahme ausgegangen wird, dass sich eine schattenwirtschaftliche Aktivität im Differenzverhältnis der beiden Werte widerspiegelt. Personen, die einer offiziellen Beschäftigung nachgehen und in ihrer Freizeit im verborgenen Arbeiten werden von diesem Ansatz überhaupt nicht erfasst, da sie de facto bereits in der offiziellen Erwerbsquote aufscheinen und sich demzufolge nicht im Differenzverhältnis widerspiegeln.

3.2.2.3 Bargeld

Personen brauchen um Güter oder Dienstleistungen zu bezahlen Geld (sieht man von der Form des Tausches ab). Normalerweise werden Transaktionen durch Überweisungen getätigt. In der Schattenwirtschaft wollen die handelnden Akteure aber keinerlei Spuren hinterlassen, die auf verborgene Aktivitäten hindeuten könnten. Solche Spuren könnten im schlimmsten Fall zu einer Identifizierung führen. Daher geht man davon aus, dass in der Schattenwirtschaft Leistungen vorwiegend mit Bargeld beglichen werden. Aufgrund dieser Annahme kann man durch Berechnungen die Größe der Schattenwirtschaft bestimmen.

Im Mittelpunkt steht der Bargeldumlauf. Anhand der Veränderung des Bargeldes im Nichtbankensektor soll Schattenwirtschaft nachgewiesen werden. Dieser Ansatz wurde durch Cagan (1958) entwickelt und erstmals in den USA angewendet. Im Laufe der Zeit erfuhr jene Methode einige Neuerungen und Anpassungen. Der Ansatz in seiner Grundform (Bargeldumlauf-Ansatz) sowie seine Erweiterung (Bargeldnachfrage-Ansatz) sollen hier kurz vorgestellt werden, wobei beide Ansätze auf folgender Annahme beruhen:

Schattenwirtschaft wird als Differenz des normalen, anzunehmenden Bargeldbedarfs zum tatsächlich, vorherrschenden Bargeldbedarf gemessen (siehe Abbildung 3).

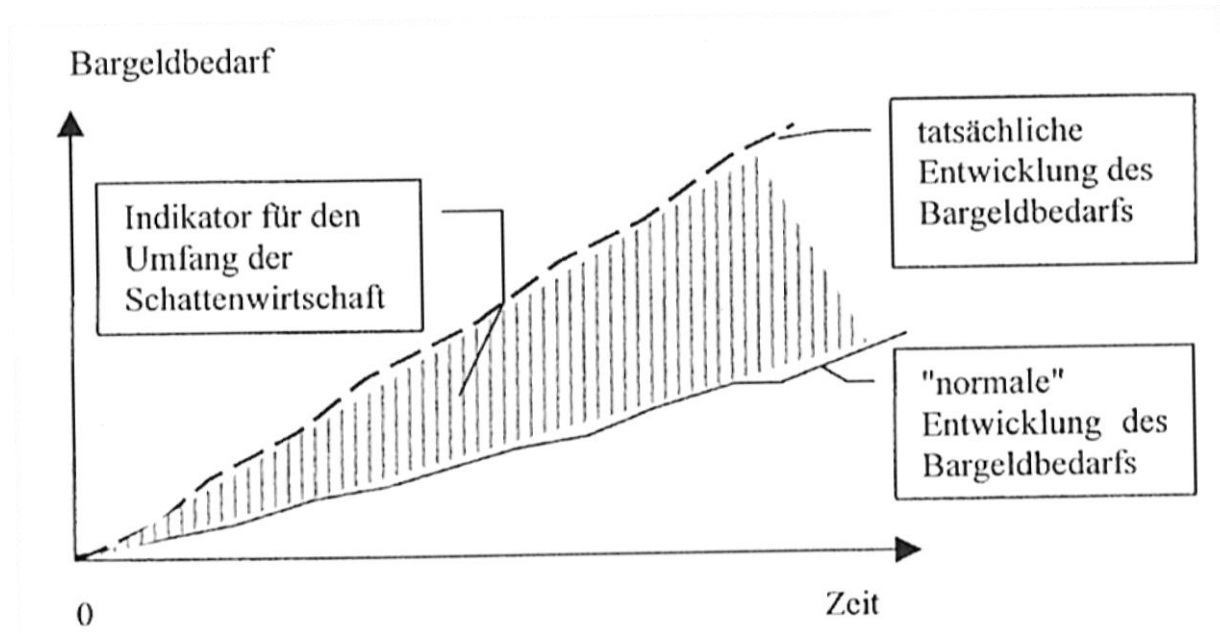


Abbildung 3: Grundkonzept der Bargeld-Methoden
 Quelle: Schneider / Enste (2000), S. 15.

Bargeldumlauf-Ansatz

Der Bargeldumlauf-Ansatz geht davon aus, dass in der offiziellen Wirtschaft das Verhältnis von Bargeldhaltung und im Umlauf befindlicher Geldmenge über die Zeit hinweg konstant ist. Steigt das Verhältnis über diesen konstant normierten Faktor, wird diese Zunahme schat-

tenwirtschaftlichen Aktivitäten zugeschrieben. Als Bargeld werden hierbei Banknoten und Münzen in physischer Form verstanden.

Die zugrundeliegenden Annahmen des Bargeldumlauf-Ansatzes führen jedoch zu Problemen. So wird per se davon ausgegangen, dass in der Schattenwirtschaft weder Tausch noch bargeldlose Möglichkeiten des Bezahlens (z.B. Scheck) vorherrschen. Auch das einmal festgelegte und normierte Verhältnis von Bargeld und im Umlauf befindlicher Geldmenge, an dessen sich die Schattenwirtschaft in weiteren Perioden bemisst, ist problematisch. So wird nicht berücksichtigt, dass sich bereits im Referenzjahr schattenwirtschaftliche Aktivitäten in den Zahlen widerspiegeln, der Vergleich mit den weiteren Folgejahren somit nur auf Erhöhungen des jetzigen Zustandes rückzuführen ist und nicht den absoluten Wert an Schattenwirtschaft wiedergibt. Weiters ist die Annahme, dass der Bargeldbedarf allein aus schattenwirtschaftlichen Aktivitäten resultiere mehr als nur fragwürdig und nicht ohne Weiteres annehmbar. Diese und einige weitere Kritikpunkte führten dazu, dass der Ansatz adaptiert und weiterentwickelt wurde.

Bargeldnachfrage-Ansatz

Der Bargeldnachfrage-Ansatz beseitigt einige modelltechnische Schwächen des Bargeldumlauf-Ansatzes wie z.B., dass eine Erhöhung der Bargeldnachfrage allein auf schattenwirtschaftliche Aktivitäten rückzuführen ist. Vielmehr spielen auch makropolitische Faktoren, wie die Höhe des Zinssatzes, die Steigerung oder Senkung des Realeinkommens oder auch steuerpolitische Maßnahmen eine Rolle und wirken sich auf die Bargeldnachfrage aus. Beim Bargeldnachfrage-Ansatz werden diese Attribute in die Berechnung einbezogen, um schattenwirtschaftliche Aktivitäten von anderen Einflussfaktoren zu trennen. Dieser Ansatz wird heute gemeinhin als *Bargeldansatz* bezeichnet und liefert plausiblere Ergebnisse als jener des Bargeldumlaufs. Er ist heute der meistverwendete Ansatz, um schattenwirtschaftliche Aktivitäten zu messen.

Es wird die Bargeldnachfrage anhand bereits genannter Faktoren wie Zinssatz, Inflationsrate aber auch der Steuer- und Abgabenquote, etc. geschätzt. Einige der einbezogenen Faktoren sind dafür verantwortlich, dass es überhaupt zu schattenwirtschaftlichen Aktivitäten kommt. Durch Eliminierung dieser Faktoren, die als Ursachen für Schattenwirtschaft gelten (Steuer- und Abgabenquote, Regulierungsdichte, etc.), ermittelt man die Bargeldhaltung in der regulären Wirtschaft. Diese theoretische Bargeldhaltung stellt man nun der tatsächlichen Bargeld-

haltung gegenüber. Die Differenz wird dann mit der Umlaufgeschwindigkeit³⁵ des Geldes multipliziert. Als Ergebnis erhält man das Ausmaß der Schattenwirtschaft.

So durchdacht der Ansatz auf den ersten Blick auch scheinen mag, so schnell offenbart auch er seine Schwächen bei genauerer Betrachtung. Es wird auch hier davon ausgegangen, dass nur Bargeld als Zahlungsmittel dient. Andere Zahlungsmodalitäten wie Scheck oder Tausch werden auch hier nicht erfasst. Das Problem des Referenzjahres, das bereits an sich schattenwirtschaftliche Aktivitäten impliziert, besteht auch weiterhin. Überdies muss bei Berechnungen, die die Bargeldnachfrage und Umlaufgeschwindigkeit von Geld messen, immer beachtet werden, dass viele der zugrundeliegenden Daten national erhoben werden. Viele schattenwirtschaftliche Aktivitäten werden aber grenzüberschreitend ausgeführt und womöglich auch monetär in anderen Ländern beglichen bzw. mit aus dem Ausland zufließenden Finanzmitteln. Diese Finanzmittel scheinen nicht im Ansatz auf, da nationale makroökonomische Daten jene Faktoren nicht erfassen können.

3.2.2.4 Elektrizität

Elektrisierend sind nicht nur die Zahlen zur Schattenwirtschaft, sondern Elektrizität kann auch dazu dienen, Schattenwirtschaft zu messen. Dieser Ansatz beruht darauf, dass der Stromverbrauch sich in einem bestimmten Verhältnis zum BIP entwickelt. Anhand des tatsächlich messbaren (offiziellen) BIP und der Verhältniszahl kann nun auf die eigentlich zu erwartende Höhe des Stromverbrauchs geschlossen werden. Ist der Stromverbrauch nun höher, wird das durch schattenwirtschaftliche Handlungen erklärt. Dem offiziellen BIP kann somit ein gesamtes BIP, berechnet aus dem tatsächlichen Stromverbrauch, gegenübergestellt werden, um das Ausmaß der Schattenwirtschaft zu erhalten.

Dass dieser Ansatz doch sehr kurios anmutet liegt unter anderem daran, dass nicht alle schattenwirtschaftlichen Aktivitäten Strom verbrauchen und daher mit diesem Ansatz nur bedingt auf Schattenwirtschaft geschlossen werden kann. Des Weiteren muss wie bei allen anderen Methoden ein Basisjahr herangezogen werden, um die weitere Veränderung der Schattenwirtschaft zu messen. Hierbei entsteht wieder das Problem der Einberechnung von schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in das Basisjahr. Der Ansatz ist somit nur bedingt geeignet, Schattenwirtschaft zu identifizieren. Die Vorstellung der Methode wurde jedoch bewusst gewählt, um zu zeigen, mit welcher erfinderisch bzw. detektivisch erscheinenden Methoden die Schattenwirtschaft identifiziert werden soll.

³⁵ Unter Umlaufgeschwindigkeit des Geldes wird die Häufigkeit beschrieben, mit derer das Geld von einer Hand in die andere, d. h. den Besitzer, wechselt. Sie errechnet sich indem das Nominaleinkommen durch die Geldmenge dividiert wird (Vgl. Blanchard / Illing (2009), S.121).

3.2.3 Kausale Methoden

Zu den kausalen Methoden zählt die Methode der unbeobachtbaren Variablen, welche auch oft als weiche Modellierung bezeichnet wird. Jene Methode stellt einen Sonderfall dar, da sie nicht nur auf einer Annahme beruht, sondern gleich auf mehreren. Bisher wurde Schattenwirtschaft meist anhand eines Tatbestandes wie Erwerbsquote, Beschäftigung, etc. gemessen. Bei dieser – doch sehr mathematischen – Methode werden alle Faktoren in die Betrachtung einbezogen. In einem mathematischen Modell werden Erwerbsquote, Arbeitszeit, und auch BIP mit deren Einflussfaktoren wie Steuermoral, Einkommen, Steuerbelastung und Regulierungsdichte in Verbindung gesetzt. Dadurch soll es möglich sein, auf die Schattenwirtschaft als unbeobachtbare Variable zu schließen (siehe Abbildung 4).



Abbildung 4: Methode der unbeobachtbaren Variablen

Quelle: In Anlehnung an Schneider / Enste (2000), S. 21.

Probleme ergeben sich in der richtigen Identifikation, wie einzelne Indikatoren und Einflussfaktoren (Ursachen) zusammenhängen und inwieweit durch dieses Zusammenspiel tatsächlich Schattenwirtschaft gemessen wird.

Allgemein ist zu den Methoden abschließend anzumerken, dass jede Methode ihre Stärken und Schwächen besitzt und es nicht die *eine, richtige* Methode gibt. Dies zeigt sich bereits dadurch, dass alle Methoden in ihrer Anwendung zu unterschiedlichen Ergebnissen führen. Welche Methode ausgewählt wird, hängt einerseits vom Untersuchungsziel, andererseits von der Präferenz des Untersuchers ab.

4 SCHATTENWIRTSCHAFT IN ÖSTERREICH

Schattenwirtschaft ist die am schnellsten wachsende Wirtschaft weltweit, proklamiert der amerikanische Autor und Journalist Robert Neuwirth in einem Beitrag des Foreign Policy Magazins aus dem Jahre 2011, einem internationalem Magazin, das sich politischen und wirtschaftlichen Fragestellungen widmet. „System D“ nennt er den neuen Trend, abseits von staatlichen Zwangsregeln und Abgaben zu wirtschaften. Der Name ergibt sich dabei durch die Systematik des Systems und den teilnehmenden Akteuren. Der Buchstabe D steht dabei für das französische Wort „débrouillards“, was so viel wie spitzfindig, erfinderisch oder gewieft bedeutet und sich auf die handelnden Personen bezieht, die abseits vom Staat ein eigenes, wirtschaftliches System betreiben – das System D. Dass er mit seiner Behauptung nicht weit der Realität gastiert, lassen Schätzungen der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) erahnen. 2009 schätzte eine Arbeitsgruppe jener Organisation, dass rund 1,8 Milliarden Personen weltweit – die Hälfte aller arbeitenden Personen – sich in irgendeiner Form, sei es aktiv (Selbstausbübung) oder passiv (Auftraggeber, Konsument), im System D bewegt. 2020 sollen es gar schon zwei Drittel aller weltweit tätigen Arbeiter sein.³⁶

4.1 Geschichte der österreichischen Schattenwirtschaft

Wenn es um das Thema Schattenwirtschaft und den historischen Kontext geht, muss die Frage gestellt werden, auf was sich dieser Rückblick beziehen soll. Einerseits kann dabei das Augenmerk auf die wissenschaftliche Debatte gelegt werden, andererseits aber auch auf das tatsächliche Auftreten und somit das Vorkommen der einzelnen Erscheinungsformen von Schattenwirtschaft. Geht man von der wissenschaftlichen Debatte aus, ist die österreichische Schattenwirtschaft noch ein junges Themenfeld. Erste Diskussionen und wissenschaftliche Abhandlungen über Schattenwirtschaft begannen sich in Österreich erstmals Anfang der 1980er Jahre zu entwickeln, nachdem der deutsche Finanzwissenschaftler Schmolders (1980) erstmals den deutschen Begriff „Schattenwirtschaft“³⁷ in seinen Abhandlungen verwendete und folgend prägte. Durch weitere Veröffentlichungen von Pommehene / Frey (1982) sowie Cassel / Caspers (1984), wurde dann auch schnell in Österreich das Phänomen Schattenwirtschaft, anhand seiner Ausprägungsformen, Abgrenzungsmöglichkeiten und Messmethoden genauer definiert. Wobei ausgehend von Amerika das Themenfeld schon früher bekannt war. Es war der amerikanische Ökonom Gutmann (1977), der das System außerhalb des Systems als unterirdische Wirtschaft bzw. „subterranean economy“³⁸ bezeichnete und erste Schätzungen zur Größe der amerikanischen Schattenwirtschaft vor-

³⁶ Vgl. Neuwirth (28.11.2011).

³⁷ Schmolders (1980), S. 372.

³⁸ Gutmann (1977), S. 26.

nahm. In der Folge ging es in Österreich hinsichtlich wissenschaftlicher Aufarbeitung dann vermehrt darum, die Größe der heimischen Schattenwirtschaft zu bestimmen. In der wissenschaftlichen Diskussion wurde dabei aber zu gern vergessen, dass Schattenwirtschaft kein Phänomen der Neuzeit ist, sondern einzelne schattenwirtschaftliche Aktivitäten weit in die Geschichte des Landes zurückreichen – wiewohl bei jenen Tätigkeiten noch nicht die Rede von Schattenwirtschaft war. Auf diesen Umstand machte Gretschmann (1983) aufmerksam, der allgemein anprangerte, dass „die moderne Schattenwirtschaft der Gegenwart (1983, *Anm. d. Verf.*) als Abkömmling historischer Wirtschaftsformen die Nabelschnur zu dieser durchtrennt“³⁹ hat und sich Schattenwirtschaft irrtümlicherweise „als geschichtsloses, völlig neuartiges Phänomen“⁴⁰ versteht. Seine Bedenken bezogen sich vor allem darauf, dass die geführte wissenschaftliche Diskussion zu kurz greift und man nicht den Fehler machen darf, Schattenwirtschaft nur anhand der Entstehung der Begriffsdefinition zu erfassen, sondern auch einzelne Teilbereiche und historische Vorläufer untersuchen muss. In der Folge entstanden in Österreich weitere Abhandlungen, die vermehrt die Ausprägungsformen von Schattenwirtschaft als lediglich den Umfang im Blickpunkt hatten, wie z.B. die Schriften von Hofbauer / Schüssel (1984) oder Skolka (1985) zeigen. Altbundeskanzler Schüssel lieferte dazu in Verbindung mit Hofbauer ein 300 Seiten dickes Werk, das sich speziell mit der österreichischen Schattenwirtschaft beschäftigte und Spuren der Schattenwirtschaft in wirtschaftlichen sowie gesellschaftlichen Bereichen zu identifizieren versuchte.

Legt man sein Augenmerk somit auf die tatsächlichen Ausprägungsformen von Schattenwirtschaft und wie einzelne Teilbereiche im realen Umfeld auftreten, stellt die Begriffsdefinition 1980 erst ein sehr spätes Moment einer historischen Betrachtungsweise dar. Es gab in Österreich bereits früh Aktivitäten, die heute unter den modernen Begriff der Schattenwirtschaft fallen und welche zur Entstehung der Schattenwirtschaft in ihrer heutigen Form beitrugen.

In den nachfolgenden Ausführungen soll es daher darum gehen, die Schattenwirtschaft anhand ihrer Tätigkeiten in ihren frühen Formen zu skizzieren, bevor dann speziell auf die mit der wissenschaftlichen Diskussion über Schattenwirtschaft, deren Erscheinungsformen und Umfang beginnende Debatte der 1980er Jahre eingegangen wird. Ab den 1980er Jahren stehen dann auch Statistiken zur Größe der Schattenwirtschaft zur Verfügung, die eine Ursachen- und Wirkungsanalyse – zumindest rudimentär – ermöglichen. Eine strikt chronologische Einordnung des Auftretens von Schattenwirtschaft ist schwierig bzw. schlicht unmöglich, ist Schattenwirtschaft einerseits auch kein einzelner Tatbestand, sondern eine Summe von Tätigkeiten, die bei heutiger, weitläufiger Begriffsauslegung wohl so alt wie das Staatswesen selbst sein dürften. Andererseits es oftmals an Verständnis für historische Wirtschaftstätigkeiten und deren Grundüberlegungen aus heutiger Sicht mangelt, wodurch nur

³⁹ Gretschmann (1983), S. 22.

⁴⁰ ebd.

unzureichend Implikationen daraus gezogen werden könnten.⁴¹ Nachfolgend kann es daher nur darum gehen, einzelne historische Formen schattenwirtschaftlicher Handlungen, die der heutigen Vorstellung von Schattenwirtschaft am nächsten kommen, zu beschreiben.

4.1.1 Historische Formen

4.1.1.1 Die Arbeit außerhalb der Zunft

Es ist nicht weit hergeholt, wenn das österreichische Zunftwesen, welches sich im Mittelalter herausbildete, als Nährboden einer vorindustriellen Schwarzarbeit bezeichnet werden würde. Die Zunftordnungen reglementierten den Zugang zu gewissen Berufssparten. Es durften nur jene Handwerker ihre Berufe ausüben, die zu einer entsprechenden Zunft zählten. War die entsprechende Tätigkeit somit in einer Zunftordnung festgeschrieben, durfte das Handwerk nicht außerhalb dieser ausgeübt werden. So eröffnen mit dem Jahre 1470 datierte Briefe, dass es bereits zu dieser Zeit 45 Zünfte in Wien gab, welche mitunter restriktive Ausübungsbeschränkungen festlegten.⁴²

Auch zur damaligen Zeit waren Arbeiter jedoch bereits bestrebt, auch außerhalb dieser Zunft tätig zu werden, um den nötigen Lebensunterhalt anhand ihrer Tätigkeit sicherzustellen. Jene Arbeiter nannte man „Pfuscher“⁴³, welche als Vorreiter in Sachen Schwarzarbeit angesehen werden können, wiewohl der Begriff Schwarzarbeit erst im Zuge der großen Depression und Massenarbeitslosigkeit (1927 - 1932) definiert wurde.⁴⁴ Jene Beschränkungen des Zunftwesens waren bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts aktiv, ehe Zünfte formell 1859 durch die Gewerbeordnung aufgelöst wurden.⁴⁵ Im Zuge der Auflösung entstanden jedoch Genossenschaften, deren Sinnhaftigkeit im gegenseitigen Austausch von wirtschaftlichen Aktivitäten lag, ohne zwingend vom Markt bzw. Staat abhängig zu sein und somit der Definition von Schattenwirtschaft nicht zuwiderlaufen.⁴⁶ Durch die Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre und folgend eines überforderten bzw. nur mehr beschränkt funktionierenden Staatsapparates, florierte die österreichische Schattenwirtschaft – dabei vor allem die Schwarzarbeit, und erlebte auch nach dem 2. Weltkrieg weiteren Aufschwung. Erst das ös-

⁴¹ Buchner / Hofmann-Rehnitz (2011), S. 16 sprechen in diesem Zusammenhang davon, dass einerseits das Finden eines essentiellen schattenwirtschaftlichen Startpunktes unter Berücksichtigung heutiger formaler Kriterien zweckwidrig ist, andererseits heutige schattenwirtschaftliche Konzeptionen auf allzu weit zurückreichende Formen wirtschaftlichen Handelns nur schwer übertragbar sind.

⁴² Vgl. Ehmer (2002), S. 90.

⁴³ Es waren auch andere Bezeichnungen geläufig. Im Deutschen unter anderem „Störer“ oder „Bönnhasen“ (Vgl. Hoffman-Rehnitz (2011), S. 43.); In Jablonski (1767), S. 221 heißt es: „Man nennet sie Störer, weil sie die gemeine Handwerks-Ordnung stören; Pfuscher, weil sie heimlich arbeiten; Bönnhasen, weil sie sich gemeinlich mit ihrer Arbeit auf den Boden des Hauses, oder in Niederdeutscher Sprache, auf dem Bönn, oder der Bühne, verstecken, und von den rechten Amtsmeistern aus einem Winkel in den andern gejaget werden.“

⁴⁴ Vgl. Gretschnann / Heinze / Mettelsiefen (1984), S. 18.

⁴⁵ Vgl. Ehmer (2002), S. 87.

⁴⁶ Vgl. Gretschnann (1983), S. 25.

terreichische Wirtschaftswunder drängte die Schwarzarbeit und Schattenwirtschaft zurück und ließ die Diskussionen erst wieder durch den überbordeten Staatsapparat der 1970er und 1980er Jahre in heutiger Form aufflammen.⁴⁷

4.1.1.2 Umgehung der Steuer- und Abgabenlast

Einher mit schattenwirtschaftlichen Aktivitäten geht auch das Moment der Hinterziehung von Steuern und Abgaben. Man würde wohl nicht den Sachverhalt verkehren, wenn man die Hinterziehung von Steuern als so alt wie das abgabenfinanzierte Staatswesen selbst definieren würde. So spricht der österreichische Volkswirt Wieser (1898) davon, dass durch die Einführung der österreichischen Abgabepflicht in Form der Einkommensteuer es üblich wurde, Steuern zu hinterziehen und es als Moment geschickter und intelligenter Verhaltensweise galt, die Steuerlast zu umgehen.⁴⁸ Die Steuerbelastung wurde dabei schon früh in Verbindung mit Schattenwirtschaft gebracht. So konstatierte der deutsche Finanzwissenschaftler Lotz (1916), dass bei zu großer Steuerlast die Steuerhinterziehung blüht und Zölle und Abgaben durch Schmuggel umgangen werden.⁴⁹ So war die Einführung einer pflichtmäßigen Krankenversicherung für österreichische Arbeiter 1889, folgend 1917 für Angestellte und 1921 für Teile der Land- und Forstarbeiter ein weiteres begünstigendes schattenwirtschaftliches Moment, welches sich schließlich 1956 in Form der allgemeinen Sozialversicherung für praktisch alle Österreicher manifestierte.⁵⁰ Die Einführung der österreichischen Einkommenssteuer kann dabei als Begleiterscheinung des Kapitalismus aufgefasst werden, wohingegen die Krankenversicherung dem Ruf nach finanzieller Absicherung folgte, der sich schon um 1300 in Form freiwilliger Solidargemeinschaften von Bergknappen zeigte⁵¹.

4.1.1.3 Tätigkeiten der Selbstversorgung

Viel älter als Formen der Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung ist hingegen die Selbstversorgungswirtschaft. Sie hat ihren historischen Ursprung bereits vor den eigentlichen Formen wirtschaftlichen Handelns. Im Zuge der oben geführten Diskussion über Schwarzarbeit wurde bereits eine solche Form beschrieben, nämlich die Zünfte – wobei auch Begriffe wie Bruderschaft, Zechen oder Innungen durchaus im österreichischen Begriffsjargon verwendet wurden. Das österreichische Zunftwesen war nicht nur ein rein wirtschaftliches Konstrukt, sondern galt innerhalb dieser Zunftgemeinschaft auch als Netz sozialer Sicherheit. Der Begriff Bruderschaft lässt durchklingen, dass Leistungen untereinander nicht nur monetär erbracht wurden, sondern vielmehr im gegenseitigen Austauschverhältnis, in der Form „du hilfst mir – ich helfe dir“, standen. Auch Kindererziehung oder Alten- und Krankenpflege wurden

⁴⁷ Vgl. Gretschnann / Heinze / Mettelsiefen (1984), S. 18.

⁴⁸ Vgl. Wieser (1901) zitiert nach Gretschnann / Heinze / Mettelsiefen (1984), S. 17.

⁴⁹ Vgl. Lotz (1916), S. 353.

⁵⁰ Zu den Jahreszahlen siehe Kurier (15.07.2012), S. 18.

⁵¹ Vgl. ebd.

nach sozialen Belangen in den Zünften organisiert. Zünfte waren in ihrem strukturellen Aufbau durchaus mit Großfamilien vergleichbar, welche bis zu Zeiten der Industrialisierung den Leistungsaustausch vorwiegend innerhalb der Familie regelten, ohne dass das erwerbswirtschaftliche Moment des Marktes zum Zuge kam. Die Selbstversorgungswirtschaft war auch im Sinne der Eigenbedarfsdeckung vorherrschend. Bäuerliche und ländliche Strukturen – welche für das damalige Österreich üblich waren – machten es vonnöten, sich um das eigene Auskommen zu kümmern. Damit einher ging die Nachbarschaftshilfe und das Pochen auf die Solidarität der Mitmenschen. Im Mittelpunkt stand „ein gruppenmäßiges Auskommen statt eines maximalen persönlichen Einkommens“⁵². Hauswirtschaft, Naturaltausch und Tauschhandel nahmen zentrale Momente ein. Auch das Wesen der Freiwilligkeit und Gemeinnützigkeit fand Anklang. Dies zeigte sich unter anderem in der Gründung von freiwilligen Vereinen, wie der Freiwilligen Feuerwehr, welche im Zuge der erfolgreichen städtischen Berufsfeuerwehren in den 60ern des 19. Jahrhunderts entstand⁵³, oder auch in der unentgeltlichen Mitarbeit beim Roten Kreuz, Gründung 1880 als Gesellschaft vom Rothen Kreuze (heute Rotes Kreuz)^{54, 55}.

4.1.1.4 Der Tabakanbau

Auch Handlungen, die heute dem kriminellen Teil der Schattenwirtschaft zuzurechnen wären, zählten bereits früh zur österreichischen Geschichte. So war unter anderem das 1784 eingeführte Tabakmonopol durch Josef II. Ausgangspunkt mannigfaltiger Kontroversen. Als Vollmonopol konzipiert, schränkte es den Anbau, die Gewinnung, die Bearbeitung, die Herstellung und den Handel von Tabakwaren ein. Jene Tätigkeiten waren fortan ausschließlich dem Staat vorbehalten.⁵⁶ Dies sorgte schlagartig dafür, dass einerseits der Privatanbau von Tabakpflanzen verboten war. Jenes Verbot betraf vor allem Bauern, die auf ihren Plantagen auch Tabakpflanzen für den eigenen Verbrauch anbauten. Andererseits war der Anbau nunmehr an die Erlaubnis des Staates gebunden. Die Tabakblätter sollten aufgrund des Staatsmonopols nur mehr der Tabakadministration des entsprechenden Kronlandes übergeben werden, wofür die Bauern finanziell entlohnt wurden. Viele der betroffenen Bauern ließen sich jedoch durch das Monopol nicht abschrecken und verarbeiteten die Blätter auch weiterhin privat zu Tabak.⁵⁷ Der Privatanbau von Tabakpflanzen und ihre Weiterverarbeitung zum Eigengebrauch, einst als Form der Selbstversorgungswirtschaft, gingen schlagartig durch das Hinwegsetzen über das Verbot in eine illegale Ausübung über.

⁵² Gretschnann (1983), S. 23.

⁵³ Vgl. Österreichischer Bundesfeuerverband (2012).

⁵⁴ Vgl. Österreichisches Rotes Kreuz (2012).

⁵⁵ Vgl. Gretschnann (1983), S. 23; Gretschnann / Heinze / Mettelsiefen (1984), S. 18; Zu den Zünften speziell Borst (1983), S. 223-232, S. 462-467.

⁵⁶ Vgl. Simhandl (09.07.2010).

⁵⁷ Vgl. Hitz / Huber (1975), S. 40, S. 64.

4.1.1.5 Der städtische Markthandel

Wenn die vom Staat erstellten bzw. unterstützten Marktmechanismen zu restriktiv werden, haben Personen den Anreiz, jene Marktbeschränkungen zu brechen und in die Schattenwirtschaft abzugleiten. Zu Zeiten des 18. Jahrhunderts gab es in Österreich strenge Regeln und Zugangsbeschränkungen, wer welche Waren verkaufen durfte. Dies ergab sich einerseits aus den bereits besprochenen Zunftordnungen, andererseits aber auch aus staatlichen Erlassen. In jene Regelungen waren auch der Verkauf von Neuwaren und Gebrauchtwaren (second-hand) eingebunden, die nur per gebührenpflichtiger, staatlicher Lizenzen erlaubt waren. Überhaupt war der Verkauf von Neuwaren zu jener Zeit den Kaufleuten und Handwerksleuten vorbehalten. 1750 gab es in Wien ungefähr 400 lizenzierte second-hand Läden. Neben diesen lizenzierten Händlern mischten sich aber auch viele, welche keine Lizenz zum Verkauf ihrer Waren hatten. Vor allem in den Randbereichen der Städte entwickelte sich ein Geflecht aus einerseits lizenzierten, andererseits auch unlizenzierten Verkäufern. In Wien war es der „Tandelmarkt“, wo gebrauchte Waren am Stadtrand verkauft wurden. Mit dem Verkauf gebrauchter Waren gingen aber weitere Probleme einher, die sich nicht mehr nur auf das Vorhandensein einer Lizenz bezogen. Es gab eine strikte Trennung zwischen Lizenzen, die zum Neuwarenverkauf ermächtigten und jenen, die nur für den Verkauf von Gebrauchtwaren ausgegeben wurden – waren jene auch deutlich billiger. Bald aber mischten sich jene Neuwaren auch unter die Gebrauchtwarenhändler, die dadurch mehr Profit an ihren Ständen erzielen konnten. Die Neuprodukte wurden dabei mal mehr, mal weniger auf gebraucht getrimmt, um den Anschein von Gebrauchtwaren zu erwecken. Der Verkauf von Neuwaren war auch meist ortsabhängig und an den städtischen Kern gebunden. Hier waren die Lizenzen aber teurer. Wie teuer die Lizenzen zum Verkauf vor allem im städtischen Bereich waren, soll folgender Vergleich zeigen: 1755 mussten in Wien 800 bis 1.000 fl. (Gulden) für eine Lizenz im Stadtbereich ausgegeben werden. Gleich viel kostet oft eine städtische Wohnung oder ein Haus am Lande. Die Lizenzen am Stadtrand (Tandelmarkt) waren meist um das 20- bis 30-fache günstiger. Auch in Salzburg, wo es zu einem weit verbreiteten second-hand Wesen kam, musste man an die 300 fl. für eine städtische Lizenz zahlen. Gab die Stadt keine neuen Lizenzen aus, konnte man nur mehr versuchen, einen bestehenden, lizenzierten Händler zum Verkauf seiner Lizenz an einem selbst zu bewegen. Hier erreichte der Kaufpreis jedoch schnell die 600 fl. Marke. Es verwundert daher nicht, dass viele Händler ihr Glück ohne Lizenz versuchten und somit ihre Verkaufstätigkeit illegal ausübten oder mit dem Verkauf von neuen Produkten bewusst gegen geltende Marktregularien verstießen. Oft ließen sich Verkäufer, die über keine Lizenz und Stammplatz verfügten auch einfach in der Nähe von vielfrequenzierten Orten nieder. In Wien wurden diese „Winkeltandelmärkte“ genannt. Mit dem Verkauf von Gebrauchtwaren ging aber auch die Frage einher, woher diese

Gebrauchtwaren stammen. Nicht selten wurden Diebesgüter als Gebrauchtwaren angeboten und so wieder in Umlauf gebracht.⁵⁸

4.1.1.6 Der mobile Verkauf von Waren

Nach dem 1. Weltkrieg kam auch wieder eine wirtschaftliche Tätigkeitsform in Mode, die bis dahin eher rückläufig war – das Hausieren. Ein Hausierer geht mit seinen Waren von Tür zu Tür oder Haus zu Haus, um sie den Kunden anzubieten (eine heutige Form des Hausierers wäre z.B. der Staubsaugervertreter). In Wien sah man sich 1921 aufgrund des steigenden Ausmaßes an Hausierern dazu veranlasst, die 1852 verfassten Regeln zu jener Arbeitsform abzuändern. Es folgte eine Verschärfung. In Form von Lizenzen wurde das Hausieren geregelt. Jene Lizenzen waren primär für Kriegsinvaliden und deren Angehörigen vorgesehen. Für weitere Personengruppen galt, dass sie über 30 Jahre und frei von ansteckenden Krankheiten sein mussten. Einigermmaßen einwandfreier Leumund inbegriffen. Jedoch gab es bald mehr Hausierer als Lizenzen. Die meisten dieser Personen übten ihre Tätigkeit illegal und somit im „Schatten“ aus. Alleine in Wien gab es Mitte der 1920er Jahre nach Schätzungen zufolge 30.000 Hausierer, aber nur 2.245 offizielle Lizenzen. Auch in Salzburg, mit seinen 100 Lizenzen, gab es drei bis viermal so viele in diesem Bereich Tätige. Eine Allokation solcher Tätigkeiten würde im Zuge der heutigen Schattenwirtschaftsforschung als Marktversagen gelten. Jene unerlaubten Tätigkeiten würden somit zur richtigen Marktversorgung beitragen, Engpässe und Unterversorgung beseitigen und für eine richtige Verteilung von Waren sorgen. Jedoch war jene Form anders. Aufgrund, dass nur Kriegsinvaliden und Arme Zugang zum Beruf hatten, konnten sie keine teuren und guten Waren kaufen und diese im Sinne ihrer Tätigkeit wieder verkaufen. Vielmehr verkauften sie meist Waren minderwertiger Qualität, wodurch Haussieren oft als verstecktes Betteln aufgefasst wurde. Dies führte auch dazu, dass 1934 im Zuge des Austrofaschismus offizielle Lizenzen zum Haussieren fast nicht mehr erneuert und ausgeben wurden. Die Hausierer dürfen jedoch nicht mit anderen Formen mobilen Handelns jener Zeit verwechselt werden. So gab es auch Wanderhändler, die landwirtschaftliche und forstwirtschaftliche Produkte, wie Eier, Früchte, Blumen, Christbäume etc. verkauften, aber im Gegensatz zu den Hausierern unter die Gewerbeordnung fielen. In Wien waren das vor allem Bäcker oder Konditoren. Größtes Problem dieser mobilen Formen des Verkaufs, wie sie Hausierer oder auch Wanderhändler darstellten, war die schwierige Erfassung. Jene Tätigkeiten zählten zu den steuerbaren Tätigkeiten, für die Steuern an den Staat abgeführt werden mussten. Aufgrund der undurchsichtigen Geschäftspraktiken, den oft unbekanntem Beschäftigungskreis und damit verbunden deren im Schatten liegenden Einnahmen war das oft nicht möglich.⁵⁹

⁵⁸ Vgl. Stöger (2011), S. 141-163.

⁵⁹ Vgl. Wadauer (2011), S. 197-216.

4.1.2 Aktuelle Formen

Aktuelle Formen der Schattenwirtschaft beruhen einerseits auf dem wieder verstärkt aufkommenden Moment der Selbstversorgungswirtschaft, andererseits in der Umgehung der Steuer- und Abgabenlast, in Form von Schwarzarbeit oder geschickt genutzten Gestaltungsmöglichkeiten, hinsichtlich unternehmerischer Organisationsformen.

4.1.2.1 Do-it-yourself

Im Bereich der Selbstversorgungswirtschaft ist der Trend zu erkennen, Dienstleistungen, vor allem im Handwerk, nicht mehr nur über den Markt nachzufragen, sondern vermehrt jene Tätigkeiten selbst zu erledigen. Was historisch mehr dem Umstand an mangelnden Alternativen geschuldet war, Handwerker waren vermehrt nur in Großstädten anzutreffen, ist heute vielmehr Wunsch eigener Selbstständigkeit. Die Ende des 20. Jahrhunderts aufkommende Do-it-yourself economy ist Träger dieser Abkehr von marktseitigen Dienstleistungen. Selber machen, anstatt jemanden dafür zu engagieren, gewann verstärkt an Bedeutung. Immer mehr wurde an die eigene Geschicklichkeit appelliert. Auch Menschen, die es sich durchaus leisten konnten, Handwerker zu engagieren, stellten sich die Sinnfrage und ob sie es nicht lieber selber machen und das Geld anderswertig einsetzen sollten. Der Sozialforscher Ernst Gehmacher konstatierte in diesem Zusammenhang im Jahre 1984, dass nach Schätzungen zu Folge im privaten Bereich für Do-it-yourself Aktivitäten bereits genau so viel Zeit aufgewendet wird wie für berufliche Aktivitäten. Die Spuren dieses Trends sind heute an den boomenden Baumärkten zu sehen. Betrug das österreichische Baumarktvolumen 1976 noch 7,4 Milliarden Schilling waren es 2002⁶⁰ bereits 3,64 Milliarden Euro. Handwerkliche Dienstleistungen waren nun noch weniger an die Beschaffung von Materialien und Werkzeug geknüpft, welches sich sehr leicht und in günstiger Form in den Baumärkten wiederfand. Zahlreiche Ratgeber erklärten, wie man Tätigkeiten ausführt bzw. ließ man sie sich von einem fachkundigen Arbeiter meist aus dem eigenen Freundes- bzw. Bekanntenkreis vorzeigen. Durch den Einzug des Fernsehers in die Haushalte, wurde man auch stets daran erinnert, dass das Selbermachen dem Zeitgeist entspricht. Man denke hier unter anderem an Werbungen und Sendungen großer Baumarktketten, wie z.B. jene des Selfman von der Firma Baumax. Eine Tätigkeit, die als Aushängeschild dieser neuen Selbstständigkeit fungierte, war in den 1980er Jahren unter anderem das Tapezieren. Heute übernimmt auch oft ein Blick ins Internet die Rolle des Fachmanns.⁶¹

Inwieweit jenes Verständnis zur Eigeninitiative ausgeprägt ist, zeigt eine 2007 in Österreich durchgeführte Umfrage, in der 81 Prozent der Befragten sich als Heimwerker deklarierten.

⁶⁰ Vgl. Presstext (14.01.2003).

⁶¹ Vgl. Hofbauer / Schüssel (1984), S. 179-187.

Dabei waren vor allem Reparaturen und Renovierungsarbeiten (79 Prozent) sowie Malerarbeiten (72 Prozent) die beliebtesten Tätigkeiten.⁶²

4.1.2.2 Tauschhandel - Tauschringe

Im Zuge der wirtschaftlichen Verwerfungen an den Finanzmärkten, kam es in Österreich aber auch zur Renaissance besonderer Formen schattenwirtschaftlicher Momente, nämlich den Tauschhandel einerseits und der Ausgabe regionaler Währungen andererseits – wiewohl die Bedeutung jener Formen für die Schattenwirtschaft nur als Randthema einzustufen ist. Trotzdem soll hier kurz ein Überblick über jene Formen gegeben werden, auch vor dem Hintergrund, dass diese Formen unter anderem in einem historischen, international aufsehenerregend österreichischen Experiment ihren Vorläufer hatten.

Das Prinzip des Tauschhandels ist relativ einfach. Arbeitsleistungen werden gegen andere Arbeitsleistungen „getauscht“, d.h. eine Person erbringt für eine andere Person eine Arbeitsleistung und bekommt dafür in einer gewissen Verrechnungseinheit (meist Stunden) bei einem Tauschring einen Betrag gutgeschrieben. Dieser Betrag kann dann zur Inanspruchnahme einer Arbeitsleistung einer anderen Person verwendet werden. Der Vorteil dieses Systems ist, dass eine Arbeitsleistung heute gleich viel wert ist wie morgen und es Komponenten, wie Zinsen oder Inflation nicht gibt. Die Berechtigung heute zwei Stunden an Arbeitsleistung von jemand anderem zu erhalten besteht auch morgen oder in einigen Tagen, immer mit den zwei Stunden. Dabei werden Tätigkeiten unterschiedlich anhand ihrer Schwere in Verrechnungseinheiten umgerechnet. Körperlich schwere Arbeit ist mehr wert als z.B. Nachhilfe. Tauschringe funktionieren nur in lokalen Gruppen mit begrenztem regionalem Einzugsgebiet. In Österreich wird von rund 50⁶³ Tauschkreisen ausgegangen. So einfach und der Normalität menschlichen Tauschhandels folgend solche Systeme erscheinen mögen, so argwöhnisch sieht sie der Staat. So finden die Tauschleistungen unter Ausschluss staatlicher Regeln, Marktmechanischem sowie Steuern und Abgaben statt. Die mitunter produktiven Tätigkeiten werden auch in keiner Statistik erfasst. Momente die dazu führen, dass Tauschringe als schattenwirtschaftliche Handlungen gelten. Sofern jene Aktivitäten im kleinen Rahmen erfolgen, wird der Staat über jene Leistungen hinwegsehen. Weiten sich diese Aktivitäten jedoch aus, muss die Frage gestellt werden: Handelt es sich um Schwarzarbeit oder um eine Form der Selbstversorgungswirtschaft? Inwieweit Tauschhandel und damit verbunden Aktivitäten als Schwarzarbeit einzustufen sind, ist umstritten, und muss am Einzelfall festgemacht werden.⁶⁴

⁶² Vgl. ORF (19.03.2007).

⁶³ Vgl. Wiener Zeitung (26.08.2011).

⁶⁴ Vgl. Meier (2001), S. 55, S. 59f.

Ihren Vorläufer haben diese Tauschringe in der Ausgabe regionaler Währungen.⁶⁵ Jene Währungen wie „Waldviertler“ oder „Klostertaler“ beruhen dabei auf dem Konzept, dass regionales Geld auch wieder für regionale Dienstleistungen ausgegeben wird – sind sie auch nur in jenen Gebieten verwendbar. In Österreich wird von rund 245 lokalen Einkaufswährungen ausgegangen.⁶⁶ Jene Form der Geldwirtschaft wurde bereits 1932 unter internationalem Interesse in einem Experiment erprobt - dem Experiment von Wörgl.

Die Umschreibung für dieses Experiment als „Freigeldversuch von Wörgl“ lässt begrifflich bereits erahnen, dass es sich hier um eine Form selbstverwalteter Tätigkeit handelt. Als Freigeld wird Bargeld bezeichnet, welches bei Hortung an Wert verliert. In der österreichischen Gemeinde Wörgl kam es infolge hoher Arbeitslosigkeit zur Ausgabe einer eigenen regionalen Währung, den sogenannten „Arbeitswertscheinen“. Mit der üblichen Währung konnten jene Arbeitswertscheine erworben werden bzw. wurden Löhne in jener Form ausbezahlt. Jene Scheine mit Notierungen von ein, fünf und zehn Schilling waren in regionalen Geschäften gültig, verloren aber monatlich bei Hortung an Wert. Wer sein Geld nicht ausgab, musste monatlich ein Prozent an Wertverlust hinnehmen. Ziel war es das Geld in Umlauf zu behalten und so Investitionen und Arbeit zu schaffen. Dass dies gelang zeigen Statistiken. Im gegensätzlichen Trend zu Österreich sank die Arbeitslosigkeit in Wörgl von August 1932 bis September 1933 um stolze 25 Prozent. Die Benennung dieses Tauschgeldes als „Arbeitswertscheine“ hatte auch seinen Grund, durfte nur die Nationalbank Geld ausgeben. Durch diese begriffliche Umgehung war es zumindest bis 1933 möglich, jene Arbeitswertscheine in Umlauf zu halten. 1933 wurde jedoch das Geldausgabemonopol der Nationalbank bestätigt und das Experiment in Folge beendet.⁶⁷

4.1.2.3 Scheinfirmen

Den größten Bereich aktueller Formen der Schattenwirtschaft nimmt jedoch die Schwarzarbeit ein. Nicht, dass diese Form neu wäre, gehört Schwarzarbeit schon seit längerem zur Geschichte der Schattenwirtschaft, wie vorige Beiträge offenbarten. Neu ist aber, dass die Arbeit im Schatten nicht mehr nur von einzelnen Personen ausgeübt wird, sondern sich unter anderem ganze kriminelle Netzwerke darauf spezialisiert haben, Steuern und Sozialabgaben zu hinterziehen und jene Machenschaften dem Staat auch bekannt sind. Diese Netzwerke gründen dann sogenannte Scheinfirmen. Die Vorgehensweise jener gegründeten Firmen ist stets die gleiche. Von einem in der Branche gut vernetzten Organisator werden Strohmänner oder Scheingeschäftsführer bestellt, welche eine Firma gründen. Es werden dann zahlreiche Mitarbeiter angemeldet und Aufträge von anderen Unternehmen (meist aus der Baubran-

⁶⁵ Vgl. Meier (2001), S. 54.

⁶⁶ Vgl. Wiener Zeitung (26.08.2011).

⁶⁷ Vgl. Schwarz (1951), S. 3, S. 41f., S. 69f., S. 76.

chen) angenommen. Die Mitarbeiter verrichten ihre Tätigkeit, ohne selbst oft zu wissen, dass die Firma für die sie arbeiten illegale Absichten hat. Jene Scheinfirmen führen für ihre Mitarbeiter keinerlei Steuern und Sozialabgaben ab, wodurch die Unternehmen meist innerhalb kürzester Zeit (ca. sechs Monate) insolvent werden. Die zur Verantwortung zu ziehenden Geschäftsführer bestehen dann meist nur auf dem Papier bzw. haben sich längst in den Untergrund verzogen. Das Konkursverfahren wird aufgrund fehlender Ressourcen eingestellt – werden jene Firmen auch meist von Privatwohnungen aus gemanagt. Die Erträge, die die Scheinfirma umsetzt werden kurz nach Zahlungseingang vom Konto behoben, sodass das Firmenkonto schlussendlich leer ist, Sachwerte nicht zur Verfügung stehen und Steuern und Sozialabgaben nicht gezahlt werden können. Das Spiel beginnt von Neuem. Dass jene Form der Schattenwirtschaft den Staat massiv schädigt, bestätigt Sozialminister Rudolf Hundsdorfer und spricht von einem jährlichen Schaden in Höhe von einer Milliarde Euro. Auch der Leiter der Abteilung für Wirtschaftskriminalität im österreichischen Bundeskriminalamt, Rudolf Unterköfler, spricht im Zusammenhang mit Scheinfirmen davon, dass ein beachtlicher Teil der Schattenwirtschaft auf Scheinfirmen und deren Scheinmeldungen (gefälschte Sozialversicherungsmeldungen) rückzuführen ist.⁶⁸

4.2 Datenlage zur österreichischen Schattenwirtschaft

Man möchte meinen ein Problem, das schon seit Jahren einerseits wissenschaftlich, andererseits öffentlichkeitsnah diskutiert wird, sei umfangreich mit Zahlenmaterial und statistischen Erhebungen dokumentiert. Auch in politischen Diskussionen und in Zeitungsartikeln, welche Zahlen zur österreichischen Schattenwirtschaft nennen, wird der Eindruck erweckt, diese Zahlen seien von offizieller Seite erhoben und mannigfaltig empirisch belegt. So ist z.B. in einem im Wirtschaftsblatt erschienenen Gastkommentar von Martin Sturm, Landesprecher Liberales Forum Wien, zu lesen: „Man weiß, dass rund 20 Mrd. € im Jahr durch Schwarzarbeit erwirtschaftet werden.“⁶⁹ Störend ist hierbei vor allem der Passus „Man weiß“. Sieht man sich nämlich die Fakten zur quantitativen Messung von Schattenwirtschaft an, wird schnell klar, dass diese Daten nicht so eindeutig sind, wie sie in der Mehrzahl der Fälle prolongiert werden. In der Öffentlichkeit werden genannte Zahlen daher nur selten hinterfragt. Ein Blick hinter die Kulissen eröffnet jedoch, dass es in Österreich nur eine kleine Anzahl schattenwirtschaftlicher Berechnungen und Hochrechnungen gibt. Wobei jenes Zahlenmaterial vor allem von nicht amtlichen Organisationen stammt.

Von amtlicher Seite gibt es in Österreich keine Institution bzw. Statistik, die Schattenwirtschaft ganzheitlich erfasst, geschweige eine Veränderung in Form einer Zeitreihenanalyse führt. Einzig und allein die Statistik Austria versucht im Rahmen ihrer volkswirtschaftlichen

⁶⁸ Vgl. Die Presse (26.06.2012); BMI (26.06.2012).

⁶⁹ Wirtschaftsblatt (14.03.2012).

Berechnungen, sektorale, schattenwirtschaftliche Handlungen zu berücksichtigen. Dieser Ausweis erfolgt im Rahmen der VGR, wobei erst ab dem Jahre 1999 Daten zur Verfügung stehen. Bis 1999 wurde auf die offizielle Ausweisung gänzlich verzichtet. Erst der Beitritt zur Europäischen Union (EU) 1995 verpflichtete Österreich, das gemeinschaftliche Rechenwerk zur Berechnung gesamtwirtschaftlicher Daten anhand des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) auszurichten, welches 1999 verpflichtend umzusetzen war.⁷⁰ Eine der grundlegendsten Neuerungen war die Miteinberechnung von schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in die VGR. Das ESVG 95 schreibt nämlich vor, dass Tätigkeiten auch dann in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen sind, wenn sie illegal ausgeübt werden oder den Steuer-, Sozialversicherungs-, Statistik- oder anderen Behörden verborgen bleiben.⁷¹

Hauptziel dieser Einberechnung in die VGR und folgend das BIP ist die Harmonisierung der Daten innerhalb der EU, aber nicht die Erfassung von Schattenwirtschaft an sich. Die Zu-rechnungen der Statistik Austria decken somit nur einen Teilbereich schattenwirtschaftlicher Aktivitäten ab, denen aufgrund von verwandten, statistischen Daten eine gewisse Bereini-gungsfunktion unterstellt wird. Die Statistik Austria nimmt hier bewusst Abstand von einer umfassenden Klassifizierung als auch Quantifizierung von Schattenwirtschaft, die nur auf ungenügend Datenmaterial und Beweiskraft fußen.

Die Statistik Austria rechnet folgenden Bereichen schattenwirtschaftliche Unvollständigkeiten zu:

- Ohne-Rechnung-Geschäfte inkl. hinterzogener Mehrwertsteuer (Warenverkauf ohne – zwingend vom Steuerrecht – vorgesehene Rechnung,...)
- Unversteuerte Trinkgelder (Trinkgelder im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Taxibetrieb und Friseurbetrieb)
- Schwarzarbeit und Eigenleistung (Schattenwirtschaft im Bauwesen, KFZ-Reparatur, Hausgehilfen,...)
- Illegale Produktion⁷²

Wenn es um die Quantifizierung von Schattenwirtschaft geht, wird meist auf Berechnungen von Autoren, Wissenschaftlern, Studien oder anderen Fachbeiträgen verwiesen, welche in der Mehrzahl der Fälle von nicht amtlicher Seite kommen. Problem inoffizieller Daten ist jedoch, dass hinsichtlich der Qualität und Glaubwürdigkeit der Ergebnisse meist ein gewisses Unbehagen bzw. eine kritische Grundhaltung besteht. Trotz dieses Umstandes sind inoffiziel-

⁷⁰ Vgl. AK Österreich (2011).

⁷¹ Vgl. Statistik Austria (2010), S. 8f, S. 48f.

⁷² Vgl. Statistik Austria (2010), S. 49; WKO (2006), S. 7.

le Daten sehr begehrt, vor allem wenn es an offiziellen Zahlen mangelt bzw. offizielle Zahlen die Problemlage aus Sicht des Untersuchungsgegenstandes und des Untersuchenden nur in beschränktem Maße wiedergeben. Die meistbeachteten Daten für den deutschsprachigen Raum generiert dabei Friedrich Schneider.

Die Daten von Schneider:

Sieht man sich die Datenlage zu Schätzungen der Schattenwirtschaft in Österreich an, wird man unweigerlich immer wieder über denselben Namen stoßen: Friedrich Schneider. Der Linzer Universitätsprofessor stellt schon seit Jahren Statistiken zur Schattenwirtschaft in Österreich als auch in vielen anderen OECD Staaten auf. Wenn es in einer Publikation rund um das Thema Schattenwirtschaft und/oder deren quantitativen Ausweis geht, wird meist auf seine Berechnungen verwiesen. Auch offizielle Stellen bedienen sich, wenn es um das Thema Schattenwirtschaft oder Schwarzarbeit geht, oftmals seiner Daten – unter anderem die WKO⁷³ oder auch das Bundesministerium für Inneres (BMI)⁷⁴. Auch kommt selten ein Zeitungsartikel zum Thema Schattenwirtschaft ohne Nennung des österreichischen Experten aus. Manche Titulierungen reichen bis hin zu Koryphäe auf dem Gebiet der Schattenwirtschaft.⁷⁵

Schneider berechnet die Schattenwirtschaft anhand des Bargeldansatzes und kombiniert diesen mit der kausalen Methode der unbeobachtbaren Variablen, d.h. die Veränderung im Bargeldbedarf wird als einer der Indikatoren herangezogen, um mit Ursachen wie Steuerbelastung oder Regulierungsdichte auf die unbeobachtbare Variable der Schattenwirtschaft zu schließen.⁷⁶ Da es sich um ein mathematisches Konstrukt handelt, ist es ihm auch möglich, bereits zurückliegende Jahre in seine Berechnungen mit aufzunehmen und somit Vergangenheitswerte zu ermitteln. Dies stellt ein gewichtiges Argument zur Verwendung seiner Daten dar, da sich daraus Entwicklungen, Trends und anderwärtige Möglichkeiten zur Analyse der Schattenwirtschaft ergeben. Für Österreich errechnet er Zahlen ab 1965, wobei für jedes Jahr die schattenwirtschaftliche Aktivität ausgewiesen wird. Jene Aktivität beinhaltet dabei aber nur erwerbswirtschaftliche Tatbestände, d.h. Schneider versucht nur den Bereich der Untergrundwirtschaft bzw. Schattenwirtschaft i.e.S. zu messen und somit die Selbstversorgungswirtschaft aus seinen Berechnungen auszunehmen.

⁷³ Vgl. u.a. WKO (2010).

⁷⁴ Vgl. u.a. BMI (26.06.2012).

⁷⁵ Vgl. FAZ (18.06.2012).

⁷⁶ Vgl. Schneider (2011), S. 19f.

Die errechneten Ergebnisse fallen dabei höher aus, als von offizieller Seite zugebilligt wird. Dies führte auch dazu, dass in der Vergangenheit seine Ergebnisse von offizieller Seite oft kritisiert wurden. Die Statistik Austria sprach in diesem Zusammenhang von ungeeigneten Methoden und die OECD warf ihm eine nicht wissenschaftlich fundierte Vorgangsweise vor.⁷⁷ Auch Koch (2006) sieht in der Berechnungsmethode von Schneider noch strukturelle Schwächen⁷⁸, wobei er hinsichtlich der Verwendung jener Zahlen in der wissenschaftlichen als auch öffentlichen Diskussion attestiert: „Die publizierten Werte sind zu einem Selbstgänger geworden, auch die Medien greifen darauf zurück.“⁷⁹

Inwieweit diese Kritik gerechtfertigt ist und jene sich entweder nur auf die wissenschaftliche Vorgangsweise oder auch den methodischen Ansatz zur Messung der Schattenwirtschaft (Bargeldansatz) richtet, ist auch unter Kritikern nicht eindeutig geklärt.⁸⁰ Das Gros an Nutzern der Zahlen von Friedrich Schneider – Fachwissenschaftler, Wirtschaftsjournalisten, Autoren sowie auch amtliche Stellen – sieht in seinen Zahlen jedoch eine brauchbare bzw. sinnvolle Alternative zu den mangelnden, offiziellen Statistiken. Seine Zahlen zählen somit nicht nur in Medien, sondern auch von im Fachbereich forschenden Wissenschaftlern zu den am häufigsten verwendeten – sowohl national als auch international.⁸¹ Kritisierende amtliche Stellen müssen sich vielmehr von der Gegenseite Kritik hinsichtlich ihrer mangelnden Möglichkeiten, Schattenwirtschaft effektiv zu messen, gefallen lassen. Schneider spricht in diesem Zusammenhang sogar davon, dass offizielle Stellen die Schattenwirtschaft absichtlich geringer einschätzen und im inneren Kreise die Zahlen durchaus höher sind. Nach außen hin dürfen diese Stellen jedoch nur die geringeren Zahlen ausweisen.⁸² Auch in dieser Arbeit werden aufgrund mangelnder Alternativen die Zahlen von Schneider zur Darstellung der Entwicklung von Schattenwirtschaft verwendet.

Hinsichtlich der statistischen Problematik muss noch allgemein angemerkt werden, dass sich Wissenschaftler, Institutionen und offizielle Stellen darüber einig sind, dass verwendete Methoden immer Schwächen beinhalten und somit nur als Schätzwerte bzw. Näherungsvariablen angesehen werden können. Auf diesen Umstand verweist auch die OECD in ihrem 2002 erschienen Handbuch „Measuring the Non-Observed Economy“⁸³, in denen sie sich mit der rechnerischen Ermittlung von Schattenwirtschaft auseinandersetzt. Auch Tanzi (1999) sowie Thomas (1999) gehen mit den Methoden, die derzeit vorherrschend sind, hart ins Gericht. So

⁷⁷ Vgl. Wiener Zeitung (25.02.2003).

⁷⁸ Vgl. Koch (2005), S. 719.

⁷⁹ Vgl. ebd., S. 721.

⁸⁰ Vgl. u.a. Koch (2006), S. 192-196; Janisch \ Brümmerhoff (2004), S. 21-42.

⁸¹ Vgl. u.a. Thomas (1999); Russell (2010).

⁸² Vgl. Wiener Zeitung (25.02.2003).

⁸³ OECD (2002).

heißt es z.B. bei Thomas im Zuge der Daten: „(They, Anm. d. Verf.) rely on heroic assumptions to justify the manipulation of certain numbers“⁸⁴.

4.3 Umfang der österreichischen Schattenwirtschaft

In Österreich war einer der ersten, der sich vor allem mit dem Umfang – spezifisch der österreichischen – Schattenwirtschaft beschäftigte Franz (1985), vom österreichischen statistischen Zentralamt. Zwar wurden bereits vor 1985 Schätzungen der Schattenwirtschaft von internationalen Organisationen, wie der OECD oder dem Internationalen Währungsfonds (IWF) veröffentlicht, jedoch erfolgten jene Schätzungen aufgrund einzelner makroökonomischer Daten, welche nur global erhoben wurden. Nach Franz konnte jene Vorgehensweise nur zu ungenauen Ergebnissen führen. Franz schrieb dazu: “Obwohl es bislang auf diesem Gebiet in Österreich praktisch keine Forschung gegeben hat, sind in den letzten Jahren eine Reihe von Ziffern und anderes Schätzmateriale an die Öffentlichkeit gelangt, wovon die meisten außerordentlich überhöht waren, gerade wegen der Vernachlässigung solcher Kriterien, wie sie vorhin (*Einbeziehung spezifisch national-ökonomischer Daten, Anm. d. Verf.*) genannt wurden“⁸⁵. Er versuchte auf Basis amtlicher Daten⁸⁶ Schätzungen der österreichischen Schattenwirtschaft vorzunehmen. Dabei wurde das Jahr 1976 als Basis-Referenzjahr herangezogen, welchem viele statistische Daten zugrunde lagen, um sowohl Aktivitäten als auch Umfang der Schattenwirtschaft zu ermitteln. Er ermittelte dabei Zahlen für „ohne-Rechnung Geschäfte“ (für versteckte Aktivitäten der Selbstständigen) und „Schwarzarbeit“ (für versteckte Aktivitäten der Unselbstständigen), wobei er bereits 1976 auf einen Pfuscheranteil von 350.000 Personen kam (4,6 Prozent der Gesamtbevölkerung, 10,9 Prozent der Erwerbstätigen). Zusammengerechnet und auf das BIP bezogen kam, er insgesamt auf eine schattenwirtschaftliche Aktivität von 3,8 Prozent des BIP, wobei beide Teilbereiche gleichermaßen dazu beitrugen. Durch strukturelle Auswertungen konnte er auch zeigen, dass der Pusch vorwiegend im Baugewerbe und metallverarbeitenden Gewerbe (einschl. KFZ Mechaniker) vorkam. „Ohne-Rechnung Geschäfte“ betrafen vor allem Hotels, Restaurants und Cafés.⁸⁷

In Folgejahren kam es dann zu weiteren spezifisch österreichischen Erhebungen, um den Umfang der österreichischen Schattenwirtschaft zu klassifizieren. So gab es weitere Schätzungen von Badelt (1985) [Wirtschaftsuniversität Wien], der anhand von Haushaltsbefragungen Zahlen zur Freiwilligenarbeit, Haushaltsproduktion sowie Schwarzarbeit erhob. Auf „fikti-

⁸⁴ Thomas (1999), S. 382f.

⁸⁵ Franz (1985), S. 84.

⁸⁶ Als amtliche Daten kamen unter anderem zur Anwendung: die Volkszählung 1971, Ergebnisse der Arbeitsstättenzählung 1973, der nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählungsgrundlage 1976 und der Mikrozensus (Arbeitszeiterhebung, Beschäftigte sowie Zeitbudgets). Vgl. Franz (1985), S. 84f; Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1985), S. 10.

⁸⁷ Vgl. Franz (1985), S. 83-89; Skolka (1985), S. 11f.

ve“, ganztätige Erwerbspersonen umgerechnet kam er auf rund 2,9 Millionen Personen im Bereich der Haushaltsproduktion (Eigenleistungen), 2,7 Millionen Personen in der Freiwilligentätigkeit sowie 476.000 Personen im Pfusch.⁸⁸ In diesem Zusammenhang soll auch noch Neubauer (1985) [Österreichisches Institut für Gewerbeforschung] genannt werden, der sich sehr früh intensiv mit der Schattenwirtschaft in der österreichischen Bauwirtschaft auseinandersetzte. Anhand der Auswertung verschiedener Studien kam er zum Ergebnis, dass beim Eigenheimbau rund 30 bis 40 Prozent des Netto-Produktionswertes aus Eigenleistungen und Schwarzarbeit bestehen. Der Großteil der eigens geleisteten bzw. schattenwirtschaftlich in Auftrag gegebenen Arbeiten ist dabei unterschiedlich und vom Baufortschritt abhängig. In frühen Phasen wie Keller- und Rohbau, werden 60 bis 70 Prozent selbst bzw. von Schwarzarbeitern erledigt, in späteren Phasen, wie dem Einbau von Wasser-, Heizungs- und Elektroinstallationen nur mehr 20 bis 30 Prozent.⁸⁹

Den größten Beitrag zum Umfang der österreichischen Schattenwirtschaft lieferte in Folge Schneider, zu dessen Datenqualität bereits in Kapitel 4.2 Stellung genommen wurde. Nachfolgend sollen die detaillierten Daten von Schneider einen Überblick über den Umfang der Schattenwirtschaft für ganz Österreich, gegliedert nach Sektoren und Bundesländern, liefern. Im Anschluss erfolgt eine Übersicht über die Schätzungen der Schattenwirtschaft für einzelne Jahre, welche verschiedene Autoren anhand unterschiedlicher Methoden erhoben haben. Dies soll zur Plausibilisierung der Ergebnisse beitragen und eröffnen, in welchem Rahmen sich die schattenwirtschaftlichen Schätzungen untereinander bewegen. Beispielsweise räumt Schneider seinen Daten eine nicht minder hohe Schwankungsbreite von „plus/minus 15 Prozent“⁹⁰ ein.

4.3.1 Gesamt (1975 - 2011)

Die österreichische Schattenwirtschaft lag nach Schätzungen von Schneider (1997) (2012b) im Jahre 2011 bei rund 7,86 Prozent des offiziellen BIP, was einem Betrag von 19,61 Milliarden Euro entspricht (siehe Abbildung 5 sowie Tabelle 1). Dabei schienen der Schattenwirtschaft bis 2004 keine Grenzen gesetzt, stieg sie seit 1975 kontinuierlich an und erreichte mit rund 11 Prozent des BIP (23 Milliarden Euro) den bisherigen Höchststand. Erst seit 2004 lässt sich ein starker Rückgang erkennen, der 2011 in einem vorläufigen Tief endet. Mögliche Ursachen für dieses stete Ansteigen der Schattenwirtschaft über die Jahre hinweg sollen in Kapitel 4.4 erörtert werden. Das Absinken der Schattenwirtschaft ab dem Jahre 2005 ist dabei einerseits der im Jahre 2005 in Kraft getretenen Steuerreform geschuldet (Absenken

⁸⁸ Vgl. Skolka (1985), S. 11; Badelt (1985), S. 59-75.

⁸⁹ Vgl. Skolka (1985), S. 13; Neubauer (1985), S. 131-155.

⁹⁰ Vgl. Die Presse (25.04.2004).

der Körperschaftssteuer von 34 Prozent auf 25 Prozent, ...) ⁹¹, andererseits dem in Folgejahren aufgetretenen Wirtschaftsaufschwung. ⁹² Auch die 2009 aufgetretene Rezession sorgte nur für einen kurzen Wiederanstieg der Schattenwirtschaft.

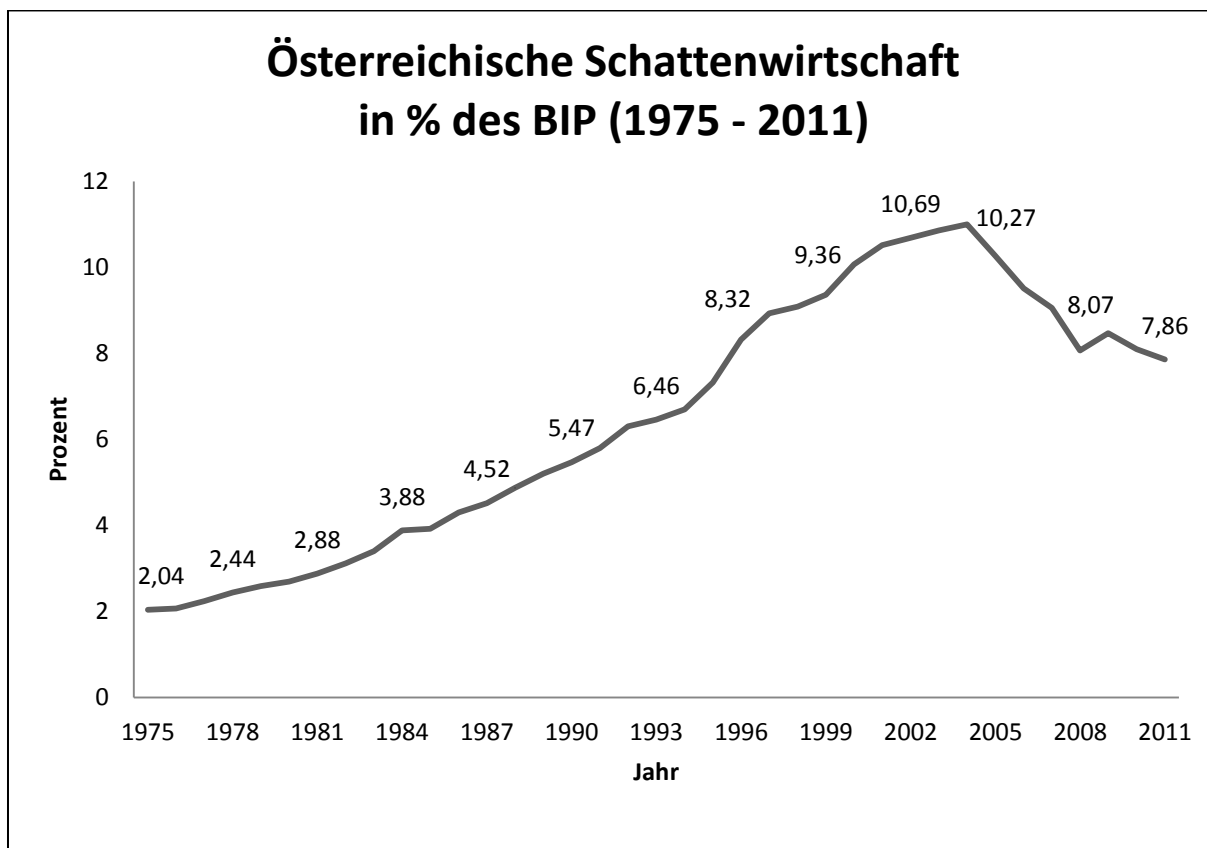


Abbildung 5: Österreichische Schattenwirtschaft (1975 – 2011)

Quelle: Jahre 1975 bis 1994 siehe Schneider (1997), S. 2f; Jahre 1995 bis 2011 siehe Schneider (2012b), S. 6;

Schattenwirtschaft in Österreich in Mrd. €								
1975	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2010	2011
0,9	2	3,92	7,2	12,4	19,8	22	20,25	19,83

Tabelle 1: Österreichische Schattenwirtschaft in Mrd. € (1975 – 2011)

Quelle: Jahre 1975 bis 2005 siehe Schneider (2011), S. 22.; Jahre 2005 bis 2011 siehe Schneider (2012b), S. 6.

4.3.2 Nach Bundesländern (1990 - 2011)

Im Vergleich der Bundesländer führt Wien das Schattenwirtschafts-Ranking seit 1990 an (siehe Abbildung 6). Das Bundesland mit den geringsten Tätigkeiten in diesem Bereich ist Burgenland. Die Erklärung für diesen großen Unterschied ist dabei recht schnell gefunden, zählt Wien als Millionenmetropole auch zu jenem Bundesland mit dem stärksten Bauaufkommen – eine Branche, in der nach Schätzungen zufolge am meisten Arbeit am Fiskus

⁹¹ Vgl. Schneider (2005), S. 3f.

⁹² Vgl. Schneider (2008), S. 2.

vorbeigeht. Alleine 2009 sollen rund ein Viertel der 25.000 in Wien beschäftigten Bauarbeiter schwarzgearbeitet haben.⁹³

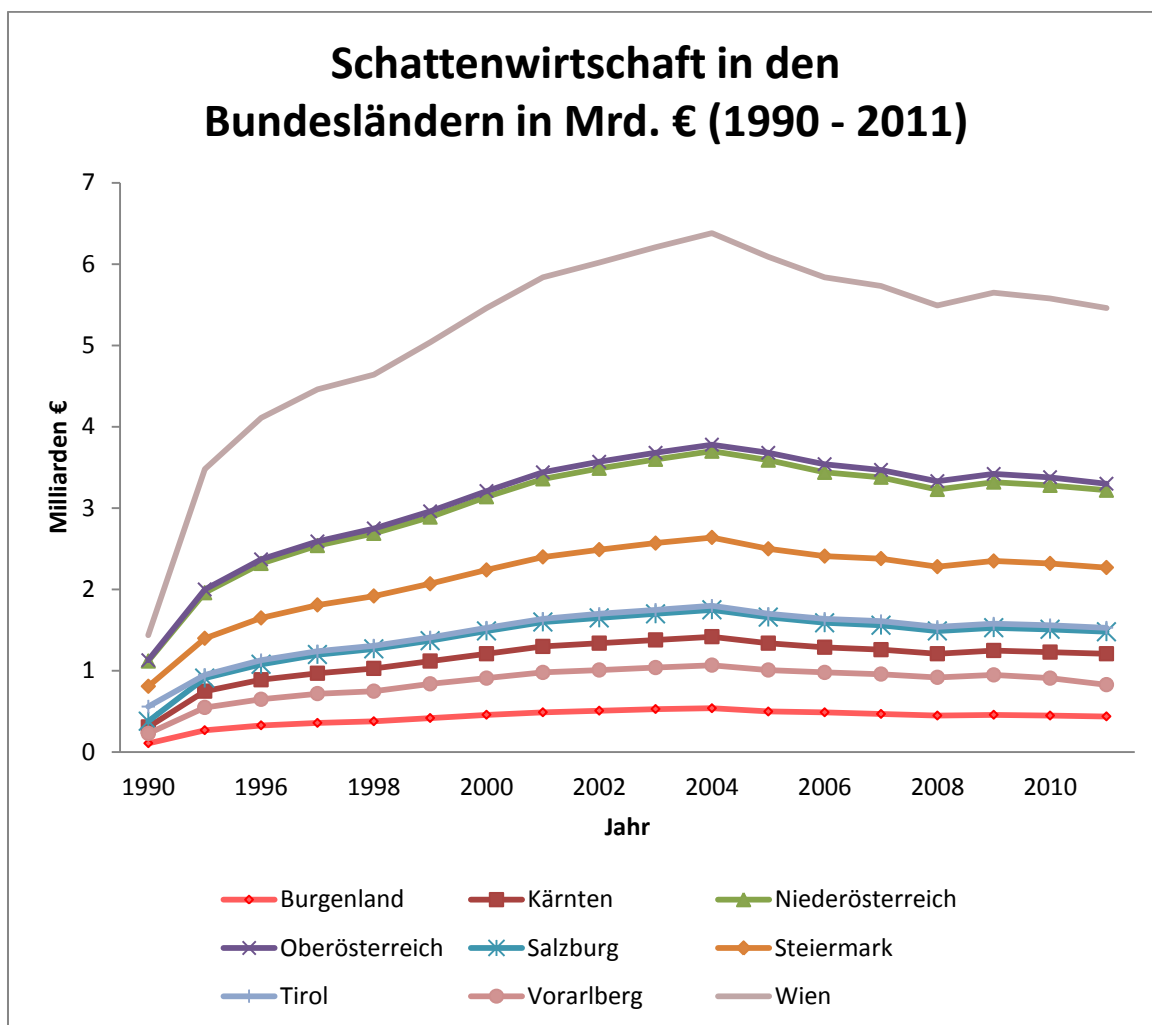


Abbildung 6: Schattenwirtschaft in den Bundesländern (1990 – 2011)

Quelle: Schneider (2012b), S. 6.

4.3.3 Nach Sektoren (2012)

Bereits Franz (1985) zeigte, dass Pfusch als größter Teil der Schattenwirtschaft vorwiegend im Baugewerbe vorkam.⁹⁴ Zu ähnlichen Ergebnissen führen die Studien von Schneider, die dem Baugewerbe und Handwerksbetrieben mit rund 39 Prozent den größten Anteil an schattenwirtschaftlicher Aktivität unterstellen (siehe Abbildung 7). Mit jeweils 16 Prozent tragen andere Gewerbe und Industriebetriebe sowie Dienstleistungsbetriebe zur Schattenwirtschaft bei. Die Unterhaltungs- und Vergnügungsbranche kommt auf einen Anteil von 12 Prozent und sonstige Gewerbebetriebe und haushaltsnahe Dienstleistungen sind mit 17 Prozent in der Schattenwirtschaft vertreten. Dass im Baugewerbe der größte Teil schattenwirtschaftli-

⁹³ Vgl. ORF Wien (13.10.2009).

⁹⁴ Vgl. Franz (1985), S. 89.

cher Aktivität stattfindet, lässt sich unter anderem durch das große Angebot an Hilfstätigkeiten erklären, welche keine großen Qualifikationsansprüche voraussetzen.

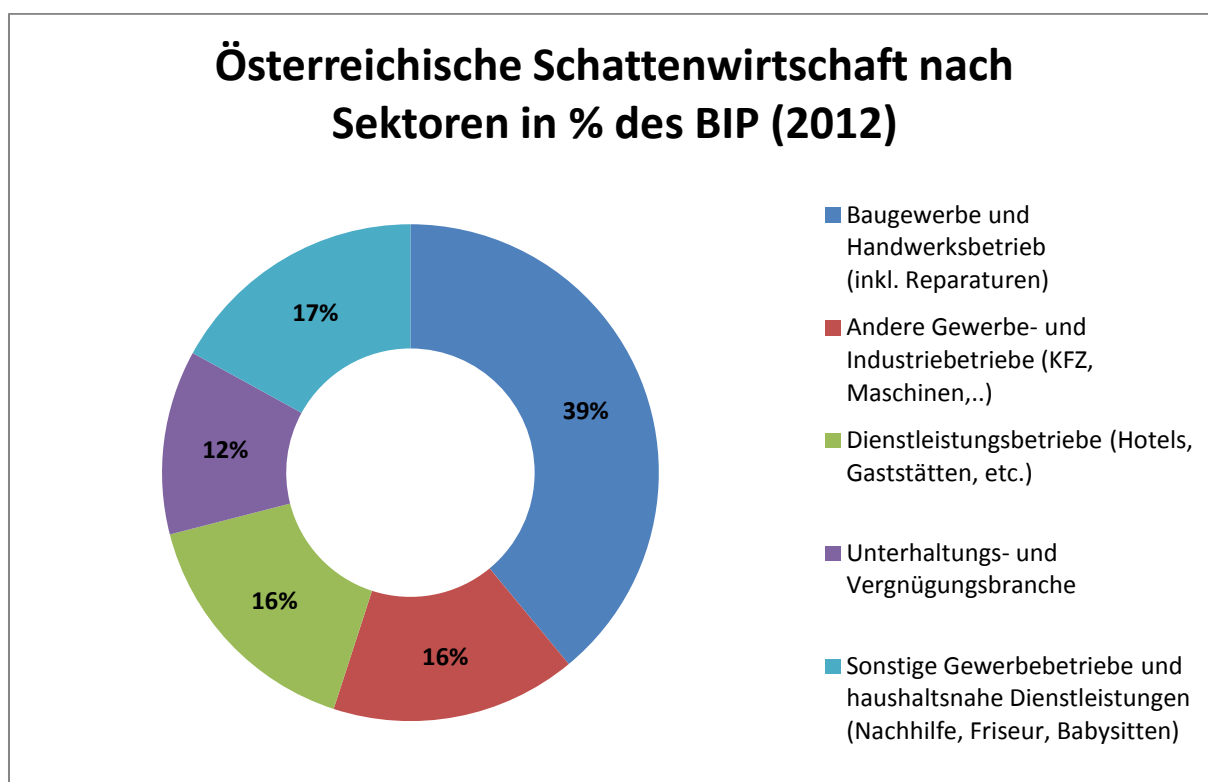


Abbildung 7: Österreichische Schattenwirtschaft nach Sektoren (2012)

Quelle: Schneider (2012b), S. 8.

4.3.4 Im Vergleich zu anderen Ländern (1990 - 2010)

Ein Vergleich mit anderen Ländern zeigt, dass Österreich im Bereich der Schattenwirtschaft seit Jahren unter dem OECD-Durchschnitt liegt und mitunter eine der niedrigsten Schattenwirtschaftsquoten aufweist (siehe Abbildung 8). So zählen z.B. Griechenland und Italien im Reigen etablierter europäischer Volkswirtschaften seit Jahren zu den Spitzenreitern in Sachen schattenwirtschaftlicher Aktivitäten, mit Prozentsätzen jenseits der 25 bzw. 20 Prozent vom offiziellen BIP. Warum ist jedoch die Schattenwirtschaft in diesen Ländern um jenen Umfang größer?

Im Zuge der aktuellen wirtschaftlichen Turbulenzen kam zum Vorschein, dass es vor allem an den undurchsichtigen staatlichen Systemen und den korrupten Mechanismen innerhalb dieser Staaten liegt. Bernhard Boockmann, gelernter Volkswirt und Leiter des Deutschen Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung (IAW), konstatiert im Zusammenhang mit Griechenland, dass vor allem die sehr komplexe Bürokratie und das extrem komplexe Steuersystem zum Problem geworden sind. Die Leute können die ihnen durch den Staat auferlegten bürokratischen Hürden und undurchsichtigen steuerlichen Vorschriften nicht mehr durchblicken und wenden sich von der offiziellen Wirtschaft ab. Auch das Gros an kleinen

Unternehmen und die hohe Anzahl an Selbstständigen führen seiner Ansicht nach vermehrt in die Schattenwirtschaft, da diese unter nicht so strenger staatlicher Kontrolle wie größere Unternehmen stehen.⁹⁵

Italien sieht sich hingegen mit einer riesigen Anzahl von nicht versteuerten Umsätzen konfrontiert. So zeigen Untersuchungen der Finanzpolizei, dass rund 30 bis 45 Prozent aller italienischen Geschäftsleute auf die Ausstellung einer Rechnung verzichten und somit keine Steuern abführen.⁹⁶

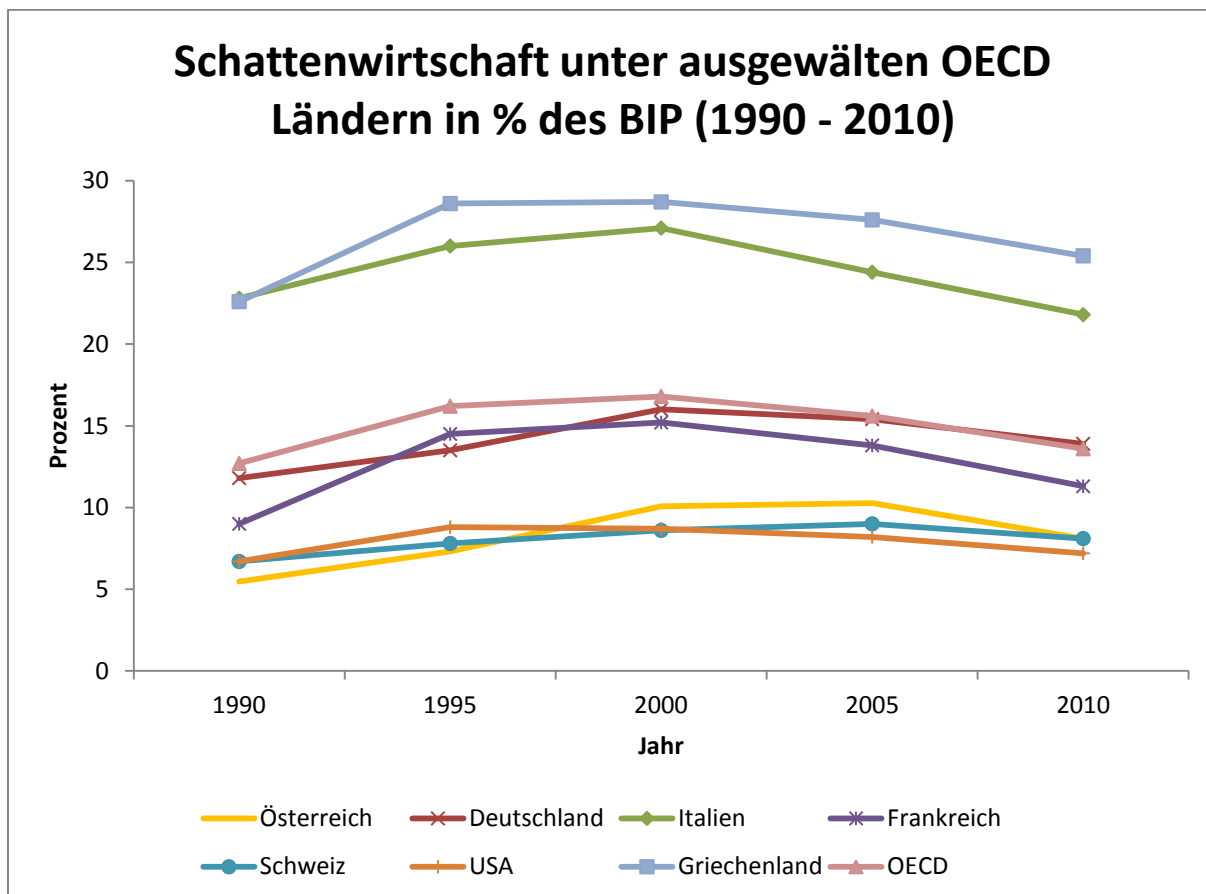


Abbildung 8: Schattenwirtschaft unter ausgewählten OECD-Ländern (1990 – 2010)

Quelle: Schneider (2012b), S. 9.

4.3.5 Verschiedene Zahlen im (Plausibilitäts-)Vergleich

Nachdem nun einige Zahlen zur Schattenwirtschaft präsentiert wurden, stellt sich die Frage, ob den präsentierten Ergebnissen auch wirklich Glauben geschenkt werden darf, mit anderen Worten: Wie plausibel sind die Daten? Zu diesem Zweck sollen einerseits nochmals einige statistische Schätzungen über Schattenwirtschaft wiedergegeben und untereinander verglichen werden, um die Bandbreite der einzelnen Schätzungen offen zu legen und andererseits die erhaltenen Werte auch mit anderen Faktoren zu vergleichen, wie z.B. mit Aussagen

⁹⁵ Vgl. FAZ (24.01.2012).

⁹⁶ Vgl. Wirtschaftsblatt (17.04.2012).

von in der Finanz tätigen bzw. tätig gewesenen Personen oder Erhebungen der Finanzpolizei zur illegalen Beschäftigung.

4.3.5.1 Die Bandbreite der Schätzungen

Die Bandbreite der Schätzungen zur österreichischen Schattenwirtschaft ist sehr groß. Mitunter ergeben sich für einzelne Jahre Abweichungen von mehreren Prozentpunkten, was auf die verwendeten Methoden und Untersuchungsdesigns rückzuführen ist. Auch wird die schattenwirtschaftliche Größe mal in Prozent des BIP, mal in Prozent des BSP ausgewiesen, was eine Vergleichbarkeit untereinander zusätzlich erschwert.

Tabelle 2 fasst einige Schätzungen zur österreichischen Schattenwirtschaft nochmalig zusammen. Die ältesten zurückliegenden Schätzungen stammen dabei von Elgin / Oztunali (2012), welche im April 2012 die Schattenwirtschaft für 161 Länder ab dem Jahre 1950 mit Hilfe eines eigens modifizierten Bargeldansatzes berechneten.

1950	17,2	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
1965	14,52	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
1976	2,07	%	BIP	Schneider (1997)
	3,8	%	BIP	Franz (1985)
	11,69	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
1978	2,44	%	BIP	Schneider (1997)
	8,6	%	BSP	OECD (1982) ⁹⁷
	8,9	%	BSP	Weck / Pommerehne / Frey (1984)
	11,38	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
1990	5,47	%	BIP	Schneider (1997)
	5,8	%	BSP	Johnson / Kaufmann / Lobaton (1998) ⁹⁸
	10,57	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
	15	%	BSP	Lacko (1996) ⁹⁹
2001	3,65	%	BIP	Statistik Austria (2009) ¹⁰⁰
	9,98	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)
	10,52	%	BIP	Schneider (2012)
2008	3,7	%	BIP	Statistik Austria ¹⁰¹
	8,07	%	BIP	Schneider (2012)
	9,42	%	BIP	Elgin / Oztunali (2012)

Tabelle 2: Vergleich von Schätzungen zur österreichischen Schattenwirtschaft

⁹⁷ Vgl. Hofbauer / Schüssel (1984), S. 24.

⁹⁸ Vgl. Schneider / Enste (2000), S. 31.

⁹⁹ Vgl. ebd.

¹⁰⁰ Der Zuschlag für die Schattenwirtschaft ergibt sich aus den Posten T4+T5+T6+T7+T8 auf S. 251, wobei bei T8 nur die Trinkgelder (S. 259) einbezogen wurden. Jene Vorgehensweise deckt sich mit WKO (2010), S. 13.

¹⁰¹ Vgl. WKO (2010), S. 13.

4.3.5.2 Plausibilitätsanspruch

Die Bandbreite der schattenwirtschaftlichen Schätzungen wirft die Frage auf, ob Schattenwirtschaft anhand der tatsächlichen Ausprägungsform eher an der oberen oder unteren Bandbreite zu liegen kommt.

Hans Seidel, heutiges Ehrenmitglied des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO), vertrat 1982 als Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen (BMF) zur Größe der Schattenwirtschaft die Auffassung: „Auf Grund aller meine Erfahrungen müsste man doch mit einem Bereich von etwa 10 Prozent rechnen“¹⁰². Karl Heinz Grasser ging 2002 als damaliger Finanzminister von einer Quote von 7 bis 8 Prozent des BIP aus.¹⁰³ Die Statistik Austria rechnete, wie in Tabelle 2 ersichtlich, dem BIP im Jahr 2001 3,65 Prozent an schattenwirtschaftlichen Unvollständigkeiten zu. Koch (2005) schlägt vor, Schattenwirtschaft anhand behördlicher Kontrollen und Strafverfahren zu messen.¹⁰⁴ In Österreich erfolgen jene Kontrollen durch die Finanzpolizei (siehe Kapitel 4.6.2) und anderen Einrichtungen. Einige Ergebnisse jener Kontrollen sind dem vom BMF herausgegebenen Geschäftsbericht der österreichischen Steuer- und Zollverwaltung zu entnehmen. Danach kontrollierte die Finanzpolizei 2011 an die 30.015 Betriebe mit 65.574 Beschäftigten, wobei 13.551 illegal Beschäftigte aufgegriffen wurden. Das ergibt einen Anteil der illegal Beschäftigten an den gesamten, kontrollierten Beschäftigten von rund 20,7 Prozent. Dabei wurden 10.917 Strafanträge gestellt, was zu einer Strafantragsquote der kontrollierten Betriebe von 36,29 Prozent führt. Die Steuerfahndung prüfte 150 Fälle und konnte ein Mehrergebnis von 10,17 Millionen Euro verbuchen.¹⁰⁵ Inwieweit jene Ergebnisse auf eine Gesamtheit an Schattenwirtschaft hochgerechnet werden können, ist fraglich.

Hinsichtlich der Bandbreite kann nicht gesagt werden, welche Ergebnisse am plausibelsten sind, fehlt es an eindeutigen Vergleichsmöglichkeiten. Führt man die Aussagen von Hans Seidel und Karl Heinz Grasser ins Treffen, wären 8 bis 10 Prozent wohl wahrscheinlich, wobei zwischen beiden Aussagen ein Zeitraum von 20 Jahren liegt. Eine Bezugnahme auf nur wenig vorhandene Meinungen ist vom wissenschaftlichen Standpunkt aus jedoch mehr als fragwürdig. Auch ist nicht klar, inwieweit jene persönlichen Schätzungen zustande kamen. Im schlechtesten Fall beruhen jene Stellungnahmen wiederum nur auf der Sichtung schattenwirtschaftlicher Statistiken, wodurch man den Plausibilitätsanspruch ad absurdum führen würde.

¹⁰² Zitiert nach Hofbauer / Schüssel (1984), S. 24.

¹⁰³ Vgl. Österreichisches Parlament (21.03.2002).

¹⁰⁴ Vgl. Koch (2005), S. 723.

¹⁰⁵ Vgl. BMI (2012), S. 48f.

4.4 Ursachen der österreichischen Schattenwirtschaft

Krankheiten führen zu Symptomen, anhand derer überhaupt erst eine Krankheit erkannt wird und es in Folge gilt, die Ursachen für das Auftreten der Krankheit zu identifizieren. In gleichem Maße gilt das für die Schattenwirtschaft. Die Symptome sind dabei die einzelnen Ausprägungsformen der Schattenwirtschaft, wie sie im realen Umfeld auftreten. Die Krankheit selbst ist die Schattenwirtschaft, die neben den Ausprägungsformen auch durch statistisches Zahlenmaterial nachgewiesen wird. Um den vorhin genannten medizinischen Terminus zu schließen, fehlt noch der letzte Bereich – die Ursachen die zur Krankheit führen. Jene Ursachen soll dieser Abschnitt offenbaren. Im Folgenden soll es um Steuer- und Abgabenbelastung, Einstellung zu staatlichen Maßnahmen, Regulierungsdichte sowie strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt gehen. Faktoren, die bestimmend zur Entwicklung der Schattenwirtschaft über die letzten Jahrzehnte beitrugen bzw. auch weiterhin die treibenden Momente für ein Tätigwerden in der Schattenwirtschaft darstellen. Aus wirtschaftshistorischer Sicht wäre es bezüglich der Ursachen natürlich wünschenswert, für einzelne Jahre bzw. Jahrzehnte Ereignisse zu identifizieren, die direkt zu einer Änderung der Schattenwirtschaft geführt haben. Jedoch ist dies nur beschränkt möglich, ist Schattenwirtschaft auch ein Feld, das – wie vorangegangene Kapitel zeigten – hinsichtlich seiner Begriffsauslegung und Messung schon nur eingeschränkt einer allgemeingültigen Ausprägung unterliegt. Folgend fällt es umso schwerer, direkte Zusammenhänge, wie z.B. in der Form: „Schattenwirtschaft in den 1980er Jahren wurde vor allem verursacht durch dieses oder jenes Ereignis“, zu benennen. In der folgenden Analyse wird es daher vermehrt darum gehen, einzelne Indikatoren, von denen angenommen wird, dass sie in Verbindung mit Schattenwirtschaft stehen, über einen gewissen Zeitablauf zu betrachten. So ist es zumindest rudimentär möglich, einzelne Ursachenzusammenhänge aus analytischer Sicht genauer zu klassifizieren, wobei für einzelne Teilbereiche mal mehr, mal weniger genauere Aussagen getroffen werden können – wie z.B. die Steuerreform 1988/1989 im Bereich der Steuer- und Abgabenbelastung zeigen wird.

4.4.1 Steuer- und Abgabenbelastung

Wie formulierte es Benjamin Franklin (1706 - 1790) treffend: „Nichts in dieser Welt ist sicher, außer dem Tod und den Steuern.“¹⁰⁶ Wobei bezugnehmend zur Schattenwirtschaft wohl nur der Tod mit Sicherheit eintritt. Die Steuer- und Abgabenbelastung wird als einer der Hauptfaktoren genannt, wenn die Frage nach den Ursachen von Schattenwirtschaft aufkommt. Sich jener zu entziehen ist umso reizvoller, je höher jene Abgabenquoten sind.¹⁰⁷

¹⁰⁶ Übersetzt aus dem englischen Original: "In this world nothing can be said to be certain, except death and taxes." (Vgl. Franklin, (13.11.1789)).

¹⁰⁷ Vgl. Weck / Pommerehne / Frey (1984), S. 22.

Österreich müsste somit ein Paradies für schattenwirtschaftliche Aktivitäten darstellen, zählt die Steuer- und Abgabenquote seit Jahren zu den Spitzenreitern im europäischen Vergleich. Von 30,2 Prozent im Jahre 1954 entwickelte sie sich auf 38,7 Prozent im Jahre 1975 und fortan auf einen Spitzenwert von 44,9 Prozent im Jahre 2001 (siehe Abbildung 9). Im Jahr 2011 waren es 41,9 Prozent. Auch die Lohnsteuer spielt dabei eine tragende Rolle. Neben der Umsatzsteuer ist sie die aufkommenstärkste Steuer in Österreich. Beispielsweise machten beide zusammen ungefähr 65 Prozent des Gesamtsteueraufkommens (Stand 2011) aus, wobei mit 21,8 Milliarden Euro das Lohnsteueraufkommen leicht hinter dem Umsatzsteueraufkommen von 23,4 Milliarden Euro lag.¹⁰⁸ Bemerkenswert ist, dass immer weniger Personen einen Großteil der Lohnsteuerlast stemmen. Waren es 1982 ein Viertel aller Lohnsteuerpflichtigen, welche rund zwei Drittel des gesamten Lohnsteueraufkommens aufbrachten,¹⁰⁹ zeigen die Zahlen z.B. für 2006 ein anderes Bild. Im Jahr 2006 trugen ein Viertel aller Lohnsteuerpflichtigen bereits zu 78 Prozent des gesamten Lohnsteueraufkommens bei.¹¹⁰ Es kann daher nicht verwundern, dass sich viele anhand der steigenden Steuerlast ausgeliefert bzw. ungerecht behandelt fühl(t)en und womöglich ihr Heil abseits staatlich überwachter Sektoren suchen bzw. das in der Vergangenheit taten und damit einen gewichtigen Beitrag zur Entwicklung der Schattenwirtschaft in den letzten Jahren und Jahrzehnten leisteten.

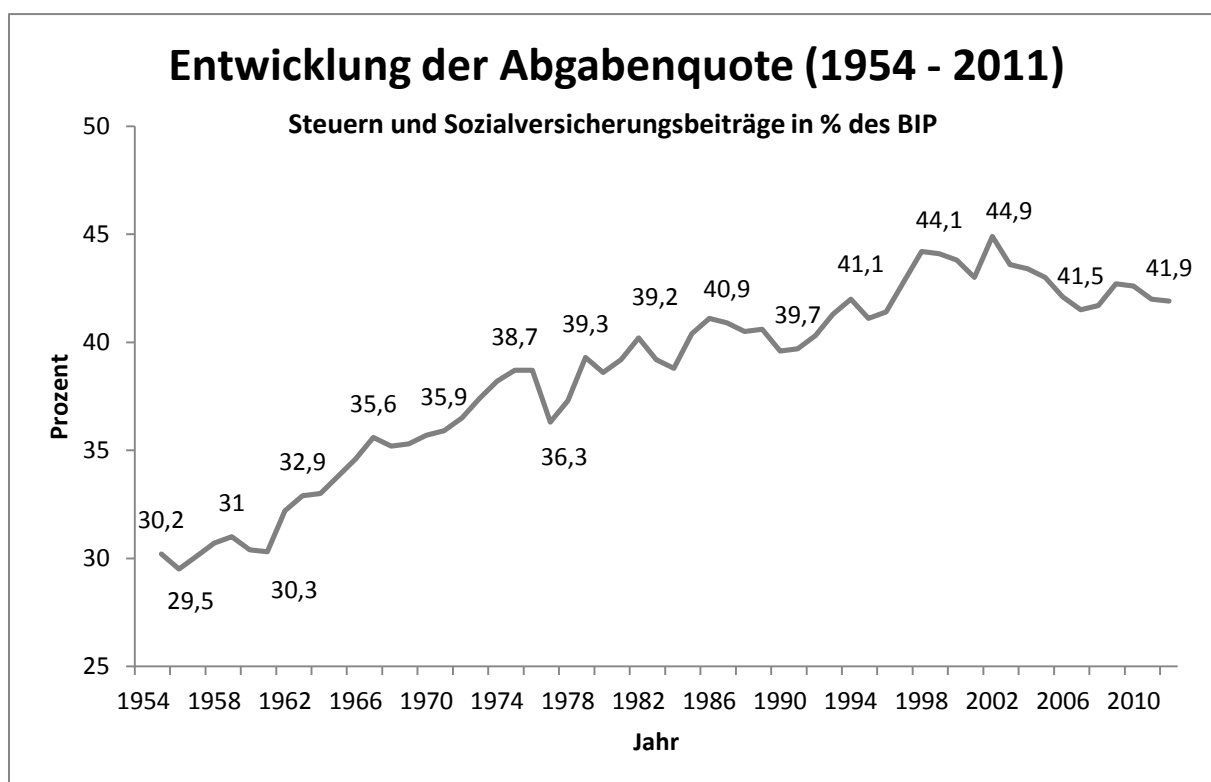


Abbildung 9: Entwicklung der österreichischen Abgabenquote (1954 – 2011)

Quelle: WKO (2012a).

¹⁰⁸ Vgl. AK Wien (2012b), S. 4.

¹⁰⁹ Vgl. Hofbauer / Schüssel (1984), S. 64f.

¹¹⁰ Vgl. Österreich (20.01.2008).

Schneider (2001) hat in diesem Zusammenhang 22 empirische Studien miteinander verglichen, welche sich mit den Ursachen von Schattenwirtschaft beschäftigten und schlussfolgerte, dass der Anstieg von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen am meisten zur Schattenwirtschaft beitragen (siehe Abbildung 10).

Hauptursachen	Einfluss auf die Zunahme der Schattenwirtschaft (in %) ¹
(1) Anstieg der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge	45–55%
(2) staatliche Regulierungsintensität	10–15%
(3) Transfers (hauptsächlich soziale)	5–10%
(4) Spezifische Arbeitsmarktregulierungen	5–10%
(5) Öffentliche Dienstleistungen	5–10%
Summe der Ursachen	70–100%

¹ Durchschnittswerte aus 22 Studien.

Abbildung 10: Ursachen der Schattenwirtschaft

Quelle: Schneider (2001), S. 435.

Auch haben Schneider / Enste (2000) für Österreich eine Regressionsanalyse durchgeführt, um den Zusammenhang zwischen Steuern und Abgaben sowie Regulierungsdichte und der Schattenwirtschaft offenzulegen. Als Einflussfaktoren der Schattenwirtschaft wurden die direkte Steuerbelastung¹¹¹, die indirekte Steuerbelastung¹¹², die Komplexität des Steuersystems¹¹³ sowie die Regulierungsintensität¹¹⁴ herangezogen. Jene Faktoren wurden in die von Schneider präferierte Bargeldnachfragefunktion integriert. Es wurde dabei die österreichische Schattenwirtschaft von 1960 bis 1995 simuliert, wobei die vorhin genannten Ursachen der Schattenwirtschaft über die Jahre als konstant angenommen wurden. Erst im zweiten Schritt wurden jene Faktoren anhand ihrer Veränderungen eingerechnet. Die Differenz stellte die Schattenwirtschaft dar. In diesem Zusammenhang wurden Korrelationen gemessen. Die Autoren kamen zum Ergebnis, dass Steuerbelastung und auch Regulierungsdichte mit der Schattenwirtschaft signifikant positiv korrelieren, d.h. eine Zunahme von Steuern und Abgaben sowie der Regulierungsdichte zu einer Zunahme der Schattenwirtschaft führte. Ein schwächerer, aber immer noch signifikant positiver Zusammenhang zeigte sich auch zwischen indirekter Steuerbelastung sowie der Komplexität des Steuersystems.¹¹⁵

¹¹¹ Summe aus Durchschnittssteuersatz und durchschnittlichem Grenzsteuersatz für Lohneinkommen.

¹¹² Durchschnittssteuersatz aller indirekter Steuern wie MwSt und andere Verbrauchssteuern.

¹¹³ Herfindhal-Hirschmann-Konzentrationsmaß. Dieses Maß misst die Komplexität des Steuersystems, indem die Anzahl der Steuerarten und deren Ausnahmeregelungen gemessen werden. Ein System ist umso komplexer, je mehr Steuerarten und Ausnahmeregelungen es besitzt (Vgl. Schneider / Enste (2000), S. 141).

¹¹⁴ Anzahl an Gesetze und Verordnungen des Arbeitsmarktes und im Bereich der Sozialversicherung.

¹¹⁵ Vgl. Schneider / Enste (2000), S. 141f.

Schneider und Enste untersuchten dann in weiterer Folge, welche Steuerreformen in jene Zeit fielen und wie sich diese auf die Schattenwirtschaft ausgewirkt haben. Hier sei nur eine der Steuerreformen herausgegriffen, jene des Jahres 1988/1989. Die Steuerreform 1988/1989 brachte eine starke Reduzierung sämtlicher Grenzsteuersätze – der Spitzensteuersatz wurde von 62 auf 50 Prozent gesenkt. Die Tarifstufen wurden von zehn auf nunmehr fünf reduziert und damit die Durchschnittssteuersätze nach unten gestuft. Steuerliche Ausnahmeregelungen wurden vermindert und Systemvereinfachungen vorgenommen. Jene Maßnahmen führten dazu, dass die direkte Steuerbelastung nun in geringerem Ausmaße zur Schattenwirtschaft beitrug als vor der Reform. Gegenläufig jedoch aufgrund der Vereinfachungen im System die Komplexität des Steuersystems abnahm und die Schattenwirtschaft anstieg. Dies ist dem Umstand geschuldet, dass die Steuerzahler das System nun leichter durchblicken konnten und die Auswirkung der Besteuerung noch offener anhand ihrer Tätigkeiten sahen. Die Steuerreform führte 1988/1989 laut den Berechnungen sogar zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft.¹¹⁶

Ab welcher Höhe der Steuer- und Abgabenbelastung kommt es jedoch überhaupt dazu, dass eine Volkswirtschaft Gefahr läuft, dass Bürger ihre wirtschaftlichen Aktivitäten dem Staate verheimlichen? Bereits Laffer (1979) machte darauf aufmerksam, dass die Abgabenquote nicht beliebig gesteigert werden kann, sondern es einen optimalen Punkt t_{opt} gibt, wo eine weitere Erhöhung der Abgabenquote zu einer Verringerung des Steueraufkommens führt (siehe Abbildung 11). Hintergrund liegt in der Substitution.¹¹⁷ Steigt die Abgabenbelastung über diesen optimalen Punkt, werden die Steuerzahler versuchen, dieser Abgabenbelastung zu entgehen und die besteuerten Tätigkeiten durch schattenwirtschaftliche Tätigkeiten wie Schwarzarbeit oder vermehrte Selbstversorgungswirtschaft zu substituieren.¹¹⁸ Diesen optimalen Punkt zu bestimmen wäre angebracht. Jedoch ist dieser optimale Punkt nicht bestimmbar. Die Laffer-Kurve dient nicht als mathematisches Konstrukt zur Berechnung dieses Punktes, sondern illustriert lediglich grafisch den Zusammenhang zwischen Abgabenquote und Steuereinnahmen. Man weiß anhand einer gegebenen Abgabenquote nicht, ob sich diese bereits links oder rechts des Optimums befindet.¹¹⁹ Die einzigen bestimmbareren Faktoren sind, dass bei einer Abgabequote von 0 Prozent sowie 100 Prozent der Staat keinerlei Steuereinnahmen lukrieren kann.¹²⁰

¹¹⁶ Vgl. Schneider / Enste (2000), S. 143-145.

¹¹⁷ Vgl. Graf (2005), S. 88f.

¹¹⁸ Vgl. Blankart (2008), S. 223.

¹¹⁹ Vgl. Bohley (2003), S. 127.

¹²⁰ Vgl. Dieckheuer (2003), Fußnote 15 S. 60.

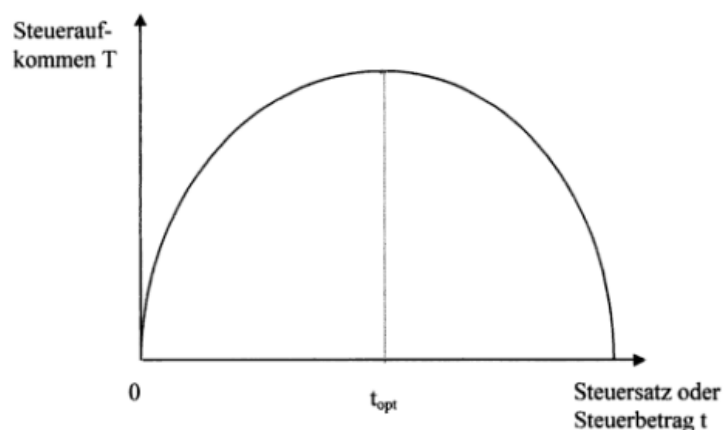


Abbildung 11: Laffer-Kurve

Quelle: Graf (2005), S. 88.

Die zuvor präsentierten Ergebnisse von Schneider illustrieren bereits, dass die Abgabenquote nicht als alleinige Komponente angesehen werden kann, wenn es um Schattenwirtschaft geht. Jener Umstand deckt sich mit bereits 1982 postulierten Untersuchungen. So argumentierten bereits Pommerehne / Frey (1982), dass die Schattenwirtschaft in Italien eine der größten ist, obwohl die Abgabenquote unter dem OECD-Durchschnitt liegt.¹²¹ Spielt man diesen Vergleich mit Österreich - Italien durch, muss dieser These Glauben geschenkt werden. So betrug die durchschnittliche Abgabenquote 2005 bis 2010 in Italien 42,4 Prozent, in Österreich 43,7 Prozent.¹²² Trotzdem weist Österreich in Studien zur Schattenwirtschaft ständig niedrigere Quoten aus als Italien, das meist als eines der Länder mit dem höchsten schattenwirtschaftlichen Anteil Europas gilt, wohingegen Österreich eines mit den niedrigsten Quoten ist.¹²³ Auch mit anderen Ländern und zeitlich variierenden Bezugsjahren lässt sich dieses Zahlenspiel vollziehen und mitunter dieselben Effekte erkennen. Im Zusammenhang mit der Steuer- und Abgabenbelastung muss es somit noch weitere Elemente geben. Walther (2004), von der Wirtschaftsuniversität Wien, formulierte in diesem Kontext, dass nicht primär die Abgabenbelastung bestimmend für die Schattenwirtschaft ist, sondern vielmehr die Einstellung der Bürger zum Staat.¹²⁴ Die Frage lautet daher weitergehend: Wie steht der österreichische Bürger zu seinem Staat bzw. im speziellen zur Frage der Besteuerung?

4.4.2 Einstellung zu staatlichen Maßnahmen

Die Einstellung zu staatlichen Aktivitäten und speziell der Besteuerung sind in Österreich durch empirische Studien erhoben worden. So erhoben Kirchler / Pitters (1998), mit welcher Einstellung Herr und Frau Österreicher der Besteuerung gegenüberstehen. Hierbei ließen sie 171 Arbeiter, Angestellte, Beamte, Unternehmer und Studenten sich frei zum Thema „Besteuerung“ äußern. Jene Begriffe und Antworten (1.003 Assoziationen, 547 verschiedene

¹²¹ Vgl. Pommerehne / Frey (1982a), S. 161.

¹²² Vgl. WKO (2012b).

¹²³ Vgl. u.a. Schneider (2012b), S. 9.

¹²⁴ Vgl. Walther (2004), S. 42.

Wörter) wurden kategorisiert und ihre Häufigkeit mittels Korrespondenzanalyse ausgewertet. Von jeder Gruppe wurden daraufhin die Assoziationen mit dem Begriff ersichtlich. Selbstständige und Unternehmer brachten den Steuerbegriff vor allem mit Behinderung der Arbeit, Bürokratie und Intransparenz in Verbindung. Arbeiter verbanden den Begriff eher mit Regierung und Politiker, wobei jene Assoziationen eher kritisch ausfielen. Angestellte zogen Verbindung zu Sicherung des Wohlstandes, aber kategorisierten Steuern auch als notwendiges Übel. Die Beamten sahen in der Besteuerung eine Möglichkeit des sozialen Ausgleichs, wobei es sich einige sicher besser richten könnten (Steuersünder). Studenten brachten den Begriff mit theoretischen Konzepten in Verbindung. Bei allen Personengruppen waren die negativen Assoziationen jedoch vorherrschend.¹²⁵

In weiterer Folge wurde dann auch danach gefragt, welche Eigenschaften die Personen einem „typischen Steuerzahler“, einem „ehrlichen Steuerzahler“ und einem „unehrlichen Steuerzahler“ zuschreiben. Am positivsten wurde der ehrliche Steuerzahler angesehen. Ihn sah man als hart arbeitende, intelligente Person. Überraschend ist, dass dem typischen Steuerzahler die Attribute dumm und faul zugeschrieben und dieser am negativsten bewertet wurde. Der unehrliche Steuerzahler hingegen gilt dieser Befragung zufolge eher als fleißig und intelligent. Das lässt den Schluss zu, dass die befragten Personen das wissentliche Vermeiden von Steuern und Abgaben als Mittel werteten, das von intelligenten Personen ergriffen wird, um den Staat aufgrund ihrer Cleverness auszutricksen – und das ihrer Ansicht nach zu Recht. Viel weniger wurden jene Handlungen als kriminell und volkswirtschaftlich schädigend eingestuft.¹²⁶

Jene Ergebnisse decken sich mit Studien von Schneider, welcher die Steuermoral der österreichischen Bevölkerung in regelmäßigen Abständen mittels Befragung erhebt. Für 2011 geht aus den Befragungen hervor, dass für rund 49 Prozent der Bevölkerung Schwarzarbeit ein Kavaliersdelikt darstellt. 52 Prozent der Befragten befinden, dass der Staat selber schuld sei, dass so viel im Schatten gearbeitet wird, sind die Steuern im offiziellen Sektor auch zu hoch. 59 Prozent sagen, ohne Schwarzarbeiter ist heute vieles nicht mehr leistbar. Ein Drittel der Befragten griff dabei in den letzten zwei bis drei Jahren auf einen Schwarzarbeiter zurück.¹²⁷ Im Vergleich zu 1996 sind jene Werte sogar besser geworden. So war 1996 für 55 Prozent der Bevölkerung Schwarzarbeit noch ein Kavaliersdelikt (in Oberösterreich sogar von 70 Prozent toleriert). 63 Prozent befanden, der Staat sei selber schuld, dass aufgrund der hohen Steuerbelastung so viel im Schatten gearbeitet wird. 62 Prozent waren der Auffassung, ohne Schwarzarbeiter sei vieles nicht mehr zu finanzieren.¹²⁸

¹²⁵ Vgl. Kirchler / Pitters (2007), S. 370f.

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 371.

¹²⁷ Vgl. ORF (06.03.2012).

¹²⁸ Vgl. Schneider (2009), S. 400f.

Überdies gilt, wenn allgemein die moralische Frage gestellt wird, Österreich hier nicht als rühmlich. Eine 2012 veröffentlichte Studie eines Linzer Marktforschungsunternehmens offenbart, dass für rund ein Viertel der österreichischen Bevölkerung das Schwindeln in der Steuererklärung nicht strafbar sein sollte (aufgrund von 1.000 Befragten in persönlichen Interviews). Schwarzarbeit beim Hausbau wird hier von 42 Prozent der Befragten toleriert. Streng fallen hingegen die Bewertungen aus, wenn man anscheinend selbst nicht direkt betroffen ist. So würden nur 6 Prozent einen Bauunternehmer, welcher Arbeiter ohne Meldung beschäftigt, nicht bestrafen. Zusammenfassend kommt die Studie zum Ergebnis, dass bei 21 Prozent der Befragten die Moral stark ausgeprägt ist und bei 17 Prozent so gut wie nicht vorhanden.¹²⁹

Das Grundvertrauen der Österreicher in den Staat ist auch sehr stark davon geprägt, ob sich alle Staatsbürger gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen gleich behandelt fühlen. Dies ist vor allem darauf rückzuführen, dass viele meinen, Leute mit größeren finanziellen Mitteln hätten mehr Möglichkeiten hinsichtlich der Umgehung von Steuern und Abgaben. Ein Involvierendes in politische Entscheidungen und das Vertrauen in die Qualität der staatlichen Institutionen kann als weiteres vertrauensschaffendes Moment angesehen werden.¹³⁰ Jenes Moment wird auch international erhoben, unter anderem in Form des „Governance-Index“¹³¹ oder der „Government Efficiency“ und „State Efficiency“ Performanceindikatoren. Anhand des Governance-Index, der seit 1996 jährlich von der Weltbank erstellt wird, werden die Qualität der staatlichen Dienstleistungen und die Effizienz des Staatsapparates von mittlerweile 212 Ländern ausgewiesen. Der „Government Efficiency“ und „State Efficiency“ Indikator wird seit 1996 vom Institute for Management Development (IMD) im Zuge des World Competitiveness Yearbook (WCY) erhoben und integriert Bereiche wie Verwaltung, Transparenz, Korruption etc. Sieht man sich die Ergebnisse Österreichs für das Jahr 2007 an, rangiert Österreich unter den 33¹³² anderen OECD Staaten im oberen Drittel. Beim „Government Efficiency“ Indikator reicht es für Platz sieben. Der „State Efficiency“ Indikator weist Österreich den Platz vier zu. Und beim „Governance-Index“ der Weltbank kommt Österreich auf Platz 13.¹³³ Jene Indikatoren bescheinigen Österreich somit ein gutes Zeugnis und könnten unter anderem eine Erklärung darstellen, wieso Österreich – trotz hoher Steuer- und Abgabenquote – im internationalen Vergleich seit Jahren zu den Ländern mit den kleinsten schattenwirtschaftlichen Aufkommen zählt.

¹²⁹ Vgl. Spectra (2012); Heute (02.03.2012).

¹³⁰ Vgl. Kirchler / Pitters (2007), S. 373f.

¹³¹ Online abrufbar unter http://info.worldbank.org/governance/wgi/sc_country.asp.

¹³² Mitgliedszahl im Jahre 2007.

¹³³ Vgl. Pasterniak / Pitlik (2008), S. 934-936.

Gesamtheitlich betrachtet, muss dem Grundvertrauen in den Staat und damit zusammenhängend der moralischen Einstellung der Bürger diesem gegenüber – auch immer wieder erschüttert durch große Fälle von Korruption, Steuerhinterziehung oder Amtsmissbrauch – ein treibendes Moment hinsichtlich schattenwirtschaftlicher Relevanz und derer aktueller sowie historischer Entwicklung bescheinigt werden.

4.4.3 Regulierungsdichte

Neben der Steuer- und Abgabenbelastung und den im vorangegangenen Kapitel genannten Ursachen, stellt die Regulierungsdichte ein weiteres, wichtiges Moment in Verbindung mit Schattenwirtschaft dar. Inwieweit der Staat in die vom Neoliberalismus geprägte Wirtschaft eingreift, hat Auswirkungen auf die betroffenen Akteure und deren Handlungen. Dieser Aspekt muss auch unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass immer mehr Personen in Bereichen arbeiten, in denen staatlicher Eingriff unabdingbar geworden ist. So ist der österreichische Dienstleistungssektor stark angestiegen, wohingegen die Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft stetig abnimmt. Waren 1934 noch 30,81 Prozent aller Erwerbspersonen im Dienstleistungssektor tätig, betrug der Anteil im Jahre 1971 schon 42,77 Prozent und folgend 1996 bereits 61,79 Prozent (siehe Abbildung 12). Es nahm somit jener Sektor stark zu, der einst verstärkt von Privatautonomie geprägt war, in den letzten Jahrzehnten jedoch intensiv von staatlichen Regularien beeinflusst wurde. Im Gegenzug schrumpfte die Quote der Erwerbspersonen im Sektor der Land- und Forstwirtschaft von 37,13 Prozent (1934) auf 15,01 Prozent (1971) und folgend 6,73 Prozent (1996).

In Tausend

Jahr	Land- und Forstwirtschaft		Sachgüterproduktion		Dienstleistungssektor		Gesamt Personen
	Personen	% Anteil an Ges.	Personen	% Anteil an Ges.	Personen	% Anteil an Ges.	
1934	1.223,6	37,13	1.056,5	32,06	1.015,2	30,81	3.295,3
1951	1.079,6	32,64	1.242,0	37,55	985,9	29,81	3.307,5
1961	767,6	23,04	1.378,3	41,37	1.185,7	35,59	3.331,6
1971	460,9	15,01	1.297,0	42,23	1.313,7	42,77	3.071,6
1981	290,5	8,52	1.398,5	40,99	1.722,5	50,49	3.411,5
1991	214,5	5,82	1.312,5	35,62	2.157,4	58,55	3.684,4
1994	235,6	6,51	1.197,2	33,08	2.186,2	60,41	3.619,0
1995	243,8	6,71	1.185,7	32,62	2.205,4	60,67	3.634,9
1996	243,8	6,73	1.140,5	31,48	2.239,0	61,79	3.623,3

Abbildung 12: Erwerbspersonen nach Wirtschaftssektoren in Österreich (1934 – 1996)

Quelle: Mesch (1998), S. 23.

Im Dienstleistungssektor haben tarifvertragliche Regeln zur Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen sowie Kündigungsschutz große Bedeutung gewonnen. Für die Arbeitnehmer sind diese Regularien aus sozialer Sichtweise vorteilhaft und in der historischen Betrachtungsweise (Skla-

verei, Ausbeutung, etc.) gewachsene Werte, jedoch schränken jene Regeln doch sehr ein. Vor allem auch auf Seiten der Unternehmer stellen jene Regelungen oft einen Grund dar, auf die Einstellung weiterer Mitarbeiter zu verzichten. Folgend der Regulierungsdichte zu entgegen versuchen sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer ihr Glück in der Schattenwirtschaft. Dass Problem der Regulierungsdichte ist dabei auch wissenschaftlich evident, was sich unter anderem im den von der OECD erstellten Regulierungsindikator widerspiegelt. Die OECD erstellt hierzu einen Regulierungsindikator, der durch den Anteil der unmittelbar im öffentlichen Dienst Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen ermittelt wird. Laut dieser Erhebung ist die Regulierungsdichte in Österreich von 1960 mit 10,5 Prozent bis 1990 mit 23,7 Prozent stark angestiegen.¹³⁴

4.4.4 Strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt

Weltweit wächst die Wirtschaft. Sieht man jedoch genauer hin erkennt man, dass dieses Wachstum in den letzten Jahren immer mehr von den Schwellen- und Entwicklungsländern getragen wird. Die Industriestaaten haben vermehrt mit rückgängigen Wirtschaftsleistungen zu kämpfen und folgend auch mit Arbeitslosigkeit – einem Moment dass zur Schattenwirtschaft beiträgt. Personen, die in der regulären Wirtschaft keine Arbeit bekommen, werden versuchen mit Tätigkeiten abseits der offiziellen Wirtschaft ihr Ein- und Auskommen zu sichern bzw. durch Zuverdienst ihre budgetäre Situation zu verbessern. Legt man diesen Sachverhalt auf volkswirtschaftliche Faktoren um, ist die Arbeitslosenquote von Interesse. Eine steigende Arbeitslosigkeit müsste nach der aufgestellten These zu einer steigenden Schattenwirtschaft führen, eine sinkende Quote müsste die Schattenwirtschaft verringern. Inwieweit und in welchem zahlenmäßigen Umfang die Arbeitslosenquote die Schattenwirtschaft wirklich über die Jahre beeinflusst hat bzw. beeinflusst, ist wissenschaftlich nicht eindeutig geklärt. So stieg in Österreich die Arbeitslosenquote infolge des 2. Weltkrieges auf 8,8 Prozent im Jahre 1953, um im Zuge des österreichischen Wirtschaftswunders auf den Tiefstand von 1,2 Prozent im Jahre 1973 zu sinken und in Folge wieder anzuziehen (siehe Abbildung 13). Im Jahre 2011 wurde ein Niveau von 6,7 Prozent erreicht. Jene Zunahme der Arbeitslosenquote seit den 1970er Jahren würde mit den steigenden, schattenwirtschaftlichen Zahlen zwar im Einklang stehen, die genauen Beziehungsverhältnisse sind jedoch nicht eindeutig nachgewiesen. Einige Autoren gehen davon aus, dass der schattenwirtschaftliche Einfluss von Arbeitslosigkeit geringer ist, als von vielen angenommen wird. Durch Arbeitslosigkeit gehen auch die Strukturen und nötige Beziehungen zu möglichen Nachfragern verloren, denen schattenwirtschaftliche Leistungen angeboten werden sollen.¹³⁵

¹³⁴ Vgl. zur Regulierungsdichte Schneider / Enste (2000), S. 138f; Schneider / Enste (2006b), S. 53f.

¹³⁵ Vgl. Meier (2000), S. 68f.

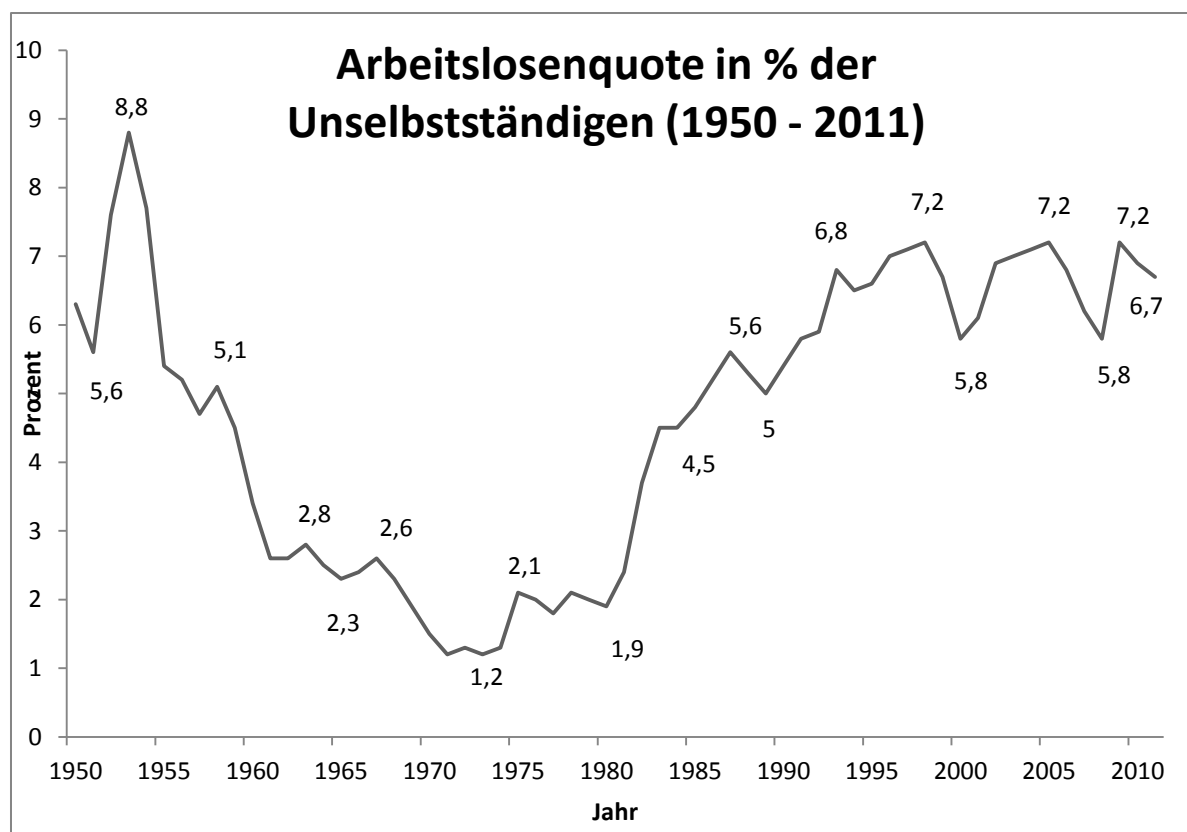


Abbildung 13: Österreichische Arbeitslosenquote (1950 – 2011)

Quelle: WKO (2012c).

Die freie Zeit, die in der Arbeitslosigkeit entsteht, wird für Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft genutzt. Aber nicht immer müssen es nur Arbeitslose sein, die die Ressource Zeit durch schattenwirtschaftliche Tätigkeiten substituieren. Auch tariflich festgelegte Arbeitszeiten bedingen, dass Beschäftigte oftmals nicht so viel arbeiten können wie sie eigentlich möchten und somit ihr frei werdendes Pensum an Zeit mit schattenwirtschaftlichen Aktivitäten füllen.¹³⁶ So zeigen Arbeitskräfteerhebungen der Statistik Austria, dass Arbeitszeitwünsche und tatsächliche Arbeitszeit oftmals divergieren. So gibt es viele Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte, die gerne mehr arbeiten würden.¹³⁷ Bezeichnend in diesem Zusammenhang ist, dass die Wochenarbeitszeit in Österreich von durchschnittlich 50 Stunden in den 1950er Jahren auf 40 Stunden in den 1990er Jahren sank.¹³⁸

Morgens zur Arbeit zu fahren und abends wieder nach Hause ist schon lange nicht mehr gesellschaftlich repräsentativ. In der zunehmend globalisierten Weltwirtschaft fahren Personen den ganzen Tag über zur Arbeit. Waren früher Züge und Verkehrsmittel nur morgens mit Arbeiter und Angestellten gefüllt, die sich auf dem Weg zu ihrer Arbeitsstelle befanden, tun sie dies heute auch nachmittags und mitunter abends. Jenes Moment, das nicht mehr so

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 69f.

¹³⁷ Vgl. ORF Science (08.03.2001).

¹³⁸ Vgl. Holzinger (2010), S. 9.

fixierte Zeiten wie früher das Arbeitsleben bestimmen, spielt eine zunehmende Rolle. Auf der einen Seite wurde es zur zunehmenden Forderung der Industrie, flexibel seiner Arbeitszeit gegenüberzustehen. Andererseits schätzen die Arbeiter auch jene Möglichkeit, von dieser oftmals flexibleren Arbeitszeit Gebrauch zu machen – Schlagwort Gleitzeit für Angestellte. Jener Umstand auf die Schattenwirtschaft transferiert bedeutet, Personen bevorzugen es, ihre Arbeitszeit selber einzuteilen. Wann, wie und für wen sie welche Tätigkeiten ausführen, ist zentrales Element geworden. Auch das verstärkte Moment unabhängig und autonom zu handeln, spielt in der Schattenwirtschaft eine entscheidende Rolle. Die Leute schätzen den Wert von Eigenverantwortung. „Es ist so bequem, unmündig zu sein“, Immanuel Kant (1724 - 1804), ist für viele auf die Arbeitswelt bezogen nicht mehr erstrebenswert. Jene Leistungen, die in der Schattenwirtschaft ausgeführt werden, werden auch meistens gut gekonnt, sodass eine gewisse Selbstbefriedigung, die möglicherweise in der regulären Arbeit nur unbefriedigend erreicht werden kann, möglich wird.¹³⁹

Es stellt sich daher weitergehend die Frage, wie zufrieden die Leute mit ihrer Arbeit und ihren Arbeitsbedingungen sind, d.h. sich in dieser entfalten können. In Österreich wird jene Arbeitszufriedenheit seit 1997 durch den Arbeitsklimaindex von der Arbeiterkammer Österreich erhoben (siehe Abbildung 14). Jener Index soll als Vorläufer zu den harten Wirtschaftsindikatoren dienen, indem die Befindlichkeiten der arbeitenden Bevölkerung gemessen werden.

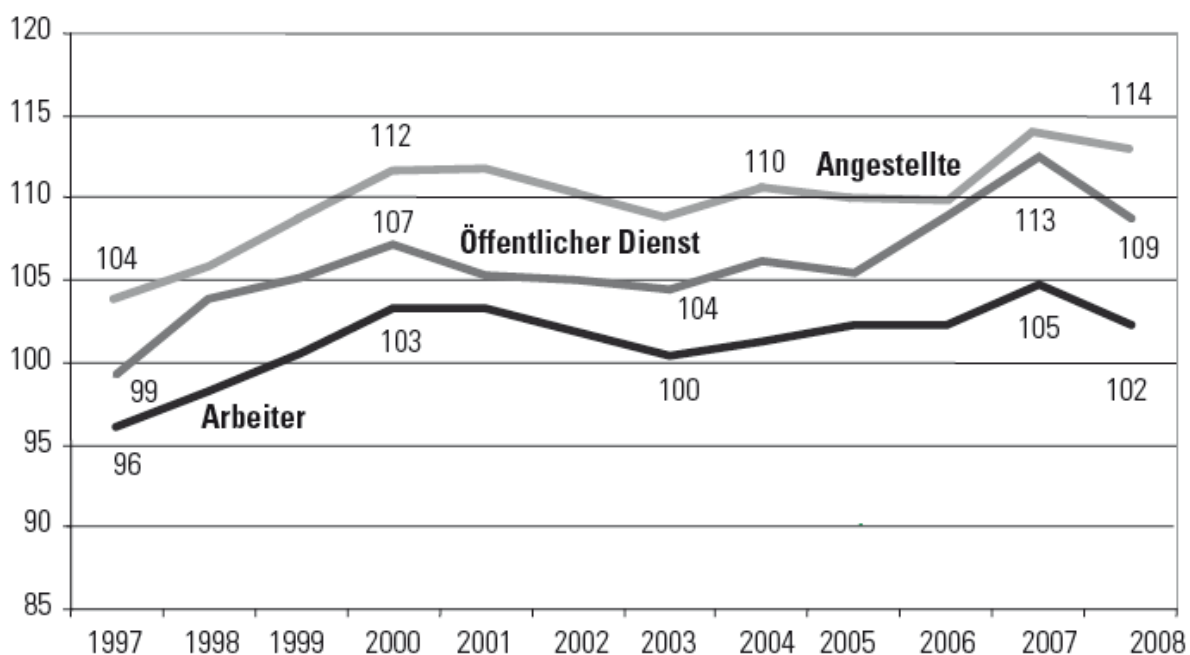


Abbildung 14: Arbeitsklimaindex Österreich (1997 – 2008)

Quelle: Hofinger u.a. (2009), S. 137.

¹³⁹ Vgl. Meier (2000), S. 70f.

Interessant ist, dass bei einer Spezialauswertung des Arbeitsklimaindex für die Jahre 1997 bis 2008 vor allem jene Berufsgruppe die niedrigsten Indexwerte aufweist, die auch verstärkt in der Schattenwirtschaft tätig ist – nämlich die Arbeiter. Im Gegensatz dazu haben die Angestellten die besten Indexwerte und sind mit ihren Arbeitsbedingungen, dem strukturellen Umfeld und ihrer beruflichen Wertschätzung am zufriedensten. Im Mittelfeld liegen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst.¹⁴⁰

4.4.5 Ruhestandsregelungen

Österreich ist seit Jahren ein Land der Frühpensionisten. In fast keinem anderen Land auf der Welt gehen Personen früher in Pension wie in Österreich.¹⁴¹ Der österreichische Mann ging im Jahr 2010 mit durchschnittlich 59,1 Jahren in Pension, die österreichische Frau mit 57,1 Jahren. Im Jahre 1975 gingen Männer noch mit durchschnittlich 61,8 Jahren, Frauen mit 60,1 Jahren in Pension.¹⁴² Im Gegenzug stieg die Lebenserwartung eines Mannes von 67,66 Jahre (1975) auf 78,11 Jahre (2010), die der Frau von 74,7 Jahre (1975) auf 83,45 Jahre (2010).¹⁴³ Die steigende Lebenserwartung und das frühere Ausscheiden aus dem Arbeitsleben führen dazu, dass immer mehr pensionierte Menschen weiterhin im Erwerbsleben aktiv sein wollen. Können sie das nicht auf regulärem Wege, werden sie versuchen, im Schatten tätig zu werden.

In welchem Größenverhältnis, sei es auch nur in der Abschätzung von gering bis hoch, Ruhestandsregelungen zur Entwicklung der Schattenwirtschaft im historischen Ablauf beitragen, kann nicht gesagt werden. Für das aktuelle Umfeld gehen Schätzungen davon aus, dass rund zehn Prozent aller Schwarzarbeiter in Österreich Pensionisten sind (ca. 100.000 Personen) und ca. zwei Milliarden Euro pro Jahr erwirtschaften. Desweiteren verdienen noch 63.000 Pensionsbezieher geringfügig dazu. Vor allem für Frühpensionisten ist der Anreiz aus heutiger Sicht sehr hoch, in der Schattenwirtschaft tätig zu werden, da hier bis zum Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Arbeiter eine Zuverdienstgrenze von 376,26 Euro brutto pro Monat gilt – für Beamte gilt jene Grenze nicht und sie dürfen in unbeschränktem Maße dazuverdienen. Die Zuverdienstgrenze betrifft auch hier genau jene Schicht, die in der Schattenwirtschaft verstärkt tätig sind – die Arbeiter. Erst ab Erreichen des gesetzlichen Pensionsantrittsalters fällt auch für diesen Personenkreis die Zuverdienstgrenze weg. Von da an können auch Arbeiter in unbeschränktem Maße dazuverdienen.¹⁴⁴

¹⁴⁰ Vgl. Hofinger u.a. (2009), S. 137.

¹⁴¹ Vgl. Die Presse (17.03.2011).

¹⁴² Statistik Austria (2011).

¹⁴³ Statistik Austria (2012a).

¹⁴⁴ Vgl. ORF (11.06.2012); Die Presse (20.07.2012).

4.5 Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft

4.5.1 Verzerrte Zahlen

Schattenwirtschaft ist ein Teil der Volkswirtschaft, was die EU dazu veranlasste, mit den Bestimmungen des ESVG 1995 eine verpflichtende Einberechnung von Schattenwirtschaft in das BIP zu fordern. Führt man sich das Ziel der VGR und die Implikationen die daraus entstehen vor Augen, ist jene Einberechnung nicht minder problematisch. Einerseits sollen die VGR Zahlen das volkswirtschaftliche Geschehen vollständig abbilden – für die Einberechnung von Tätigkeiten in das BIP ist es uninteressant, ob diese Tätigkeiten legal oder illegal, zum Steueraufkommen beitragen oder nicht und/oder im Verborgenen stattfinden. Es zählt einzig und allein die Erfassung.¹⁴⁵ Andererseits dienen jene Zahlen den politischen Entscheidungsträgern und Wirtschaftsexperten dazu, die finanzielle Belastbarkeit des Staates zu beurteilen und (wirtschafts-)politische Entscheidungen anhand dieser zu treffen. Wie hoch ein Staat verschuldet ist und wie viel an Neuverschuldung hinzukommt, misst sich am BIP. In weiterer Folge hängt das BIP auch direkt mit den Zahlungen der einzelnen Mitgliedsstaaten an die EU zusammen.¹⁴⁶ Werden schattenwirtschaftliche Aktivitäten somit in das BIP einbezogen, wird zwar die Messgröße auf ein statistisch, der Realität angenähertes Maß gebracht, aber auch der Anschein erweckt, jene Tätigkeiten würden der Finanzierbarkeit des Staates dienen. Schattenwirtschaft findet jedoch im Verborgenen statt bzw. werden keine Steuern und Abgaben bezahlt. Zur Finanzierung von Staatsschulden und Neuverschuldung sind somit jene Tätigkeiten nicht geeignet.¹⁴⁷

Bestimmend im wirtschaftlichen Alltag sind die Wachstumsquoten, wo jeder Prozentpunkt hinter dem Komma genau analysiert wird. Ein Blick in die österreichische VGR offenbart, dass ihm Rahmen der BIP Berechnung es nicht mehr nur um die Prozente hinter dem Komma geht. So schlug die Statistik Austria für das Jahr 2004 dem BIP 6,9 Prozent zu, um die Vollständigkeit zu garantieren. Dabei betrug die direkte Zurechnung für die Schattenwirtschaft rund 3,5 Prozent.¹⁴⁸ Diese statistischen Anpassungen haben nicht minderwertigen Einfluss auf die BIP-Berechnung und folgend damit in Verbindung stehende Zahlen. Die rechnerische Vorgehensweise der Statistik Austria, wie auch in vielen anderen europäischen

¹⁴⁵ Vgl. Statistisches Bundesamt (2012), S. 46.

¹⁴⁶ Das EU Budget setzt sich aus 99 Prozent Eigenmittel und 1 Prozent sonstige Einnahmen zusammen. Diese 99 Prozent Eigenmittel bestehen wiederum aus drei Arten: Traditionelle Eigenmittel (insbesondere Zölle), Mehrwertsteuer-Eigenmittel (harmonisierter Satz) und BNE-Eigenmittel. Jene BNE-Eigenmittel machen den weitaus größten Teil dieser drei Eigenmittelarten aus, und sind auch jene, welche sich an der Finanzkraft der einzelnen Volkswirtschaft bemessen. Das BNE errechnet sich aus dem BIP. Die einzelnen Volkswirtschaften müssen von ihrem BNE einen Teil an die EU abliefern (Vgl. Europäische Kommission).

¹⁴⁷ Vgl. Schwarz (2012), S. 141.

¹⁴⁸ Vgl. Statistik Austria (2009), S. 251. Die direkte Zurechnung für die Schattenwirtschaft ergibt sich anhand der Berechnung, wie sie bereits in Fußnote 100 der Seite 42 dargestellt wurde.

Statistikämtern ist hierbei auch nicht ganz klar, werden jene direkten Zuschlagssätze auch nur selten veröffentlicht. Viele europäische Länder würden nach Eliminierung der Schattenwirtschaft im BIP weitaus schlechtere Werte hinsichtlich Staatsschulden und Neuverschuldung aufweisen. Weist man ein hohes BIP aus, sinken jene Zahlen, was angesichts europäischer Stabilitätskriterien durchaus dienlich ist. In Italien sollen es 16 Prozent sein, die zur Garantierung der Vollständigkeit dem BIP zugeschlagen werden. Andererseits führen höhere BIP Werte in der Folge auch zu höheren Abgaben an die Europäische Union (EU). Eines ist diesen Berechnungen gemein, sie enden darin, dass der rechnerische Volkswohlstand davon abhängt, wie viel Schattenwirtschaft die Statistiker der Wirtschaft zubilligen. Legt man die Berechnungen für Italien zugrunde, liegt der Volkswohlstand durch die Einberechnung schattenwirtschaftlicher Aktivitäten um 10 Prozent höher. Die Refinanzierungskraft einer Volkswirtschaft wird anhand jener Daten mitunter seit Jahren überschätzt, geht man davon aus, dass jene schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten auch weiterhin im Verborgenen bleiben.¹⁴⁹

Ein Vergleich von Volkswirtschaften impliziert somit immer einiges an Unsicherheit, wird das BIP als Indikator betrachtet. Vorausgesetzt die Schattenwirtschaft wird in das BIP einberechnet. In der EU ist es aufgrund der Regelungen verpflichtend, Schattenwirtschaft auszuweisen. Anders sieht es in anderen OECD-Ländern aus. In der Schweiz erfolgt keine Einberechnung von schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in das BIP, d.h. schweizerische Daten wie z.B. die Staatsschuldenquote (gemessen im Prozent des BIP) entsprechen tatsächlich den direkt messbaren Ergebnissen, als vielmehr den nach den erfolgreichen schattenwirtschaftlichen Zuschätzungen vorgenommenen.¹⁵⁰

Beispielhaft bedeutet das auch, dass wenn von den „reichsten Ländern der Welt“ gesprochen wird, zu denen auch Österreich zählt, mitunter mit zweierlei Maß gemessen wird und Platzierungen daher nicht für bare Münze gehalten werden dürfen. Jene Berechnungen¹⁵¹ fußen sehr oft auf dem BIP/Kopf. Eine Volkswirtschaft, die ihre schattenwirtschaftlichen Aktivitäten nicht im BIP ausweist wird schlechter abschneiden, als eine die es tut.

4.5.2 Sicherung staatlicher Finanzierung

Ein Staat, der auf dem Prinzip der Finanzierung durch den Bürger aufgebaut ist, benötigt auch die nötigen Mittel von jenen. Schattenwirtschaft führt dazu, dass benötigte Mittel nicht in den Umfang dem Staate zufließen, wie es aufgrund der Tätigkeiten sein sollte.

¹⁴⁹ Vgl. Schwarz (2012), S. 141.

¹⁵⁰ Vgl. Schwarz (2012), S. 141.

¹⁵¹ Vgl. z.B. Forbes (22.02.2012).

Legt man schattenwirtschaftliche Hochrechnungen für Österreich als Maßstab an, kann eine beispielhafte Modellrechnung die Auswirkungen auf den österreichischen Staatshaushalt, einerseits aus aktueller, andererseits aus historischer Sichtweise, darstellen: Aus aktueller Sicht betrug die Schattenwirtschaft im Jahr 2010 Schätzungen zu Folge 8,1 Prozent¹⁵² des BIP. Setzt man diesen Wert in Relation zum realisierten BIP 2010, entsteht ein erwirtschafteter Betrag in der Schattenwirtschaft von 20,25 Milliarden Euro.¹⁵³ Bei einer Abgabenquote für das Jahr 2010 von 42 Prozent¹⁵⁴ sind dem Staat demnach rund 8,51 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben entgangen. Bei einem tatsächlich realisierten Steuer- und Abgabenaufkommen im Jahre 2010 von insgesamt 120,192¹⁵⁵ Milliarden Euro, ergebe sich unter Berücksichtigung der entgehenden Steuern und Abgaben aus Schattenwirtschaft (8,51 Milliarden Euro) ein Gesamtbetrag von 128,702 Milliarden Euro. Jene entgehenden Einnahmen entsprechen rund 6,6 Prozent dieses Gesamtbetrages. Das heißt, dass das gesamte Steuer- und Abgabenaufkommen aufgrund schattenwirtschaftlicher Aktivitäten um 6,6 Prozent niedriger ausgefallen ist bzw. das rund 7,1 Prozent ($8,51 / 120,192$) der tatsächlich erwirtschafteten Steuern und Abgaben in der Schattenwirtschaft versickerten. Jener Betrag stand somit auch nicht zur Tilgung von Staatsschuld und Neuverschuldung zur Verfügung. Sieht man sich jenen Sachverhalt im historischen Kontext an, entsteht folgendes Bild: In den Jahren 1980 bis 2010 betrug Schätzungen zufolge die Schattenwirtschaft im Durchschnitt 7,07 Prozent des BIP.¹⁵⁶ Setzt man diesen Wert in Relation zum durchschnittlichen BIP¹⁵⁷ dieser Jahre (1980 bis 2010: 174,313 Milliarden Euro), entsteht ein erwirtschafteter Betrag in der Schattenwirtschaft von durchschnittlich 12,32 Milliarden Euro pro Jahr. Bei einer durchschnittlichen Abgabenquote der Jahre von 1980 bis 2010 von 41,67 Prozent¹⁵⁸ wären dem Staat 5,13 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben jährlich entgangen. Bei einem durchschnittlichen Steuer- und Abgabenaufkommen der Jahre 1980 bis 2010 von insgesamt 73,676¹⁵⁹ Milliarden Euro und folgend eines Gesamtbetrages inkl. Schattenwirtschaft von 78,806 Milliarden Euro ($73,676 + 5,13$), hat der Staat in der Zeitspanne von 1980 bis 2010 pro Jahr 6,51 Prozent an Mindereinnahmen verbucht bzw. sind rund 6,97 Prozent des tatsächlich erwirtschafteten Steuer- und Abgabenaufkommens jährlich in der Schattenwirtschaft versickert.

¹⁵² Vgl. Schneider (2012), S. 6.

¹⁵³ Vgl. ebd.

¹⁵⁴ Vgl. WKO (2012a).

¹⁵⁵ Vgl. BMF (2012), S. 13.

¹⁵⁶ Eigene Berechnung: Berechnet anhand der Schätzungen zur Schattenwirtschaft von Schneider (2012), S. 6; Schneider (1997), S. 2f.

¹⁵⁷ Eigene Berechnung: Berechnet anhand der BIP Daten der WKO (2012d).

¹⁵⁸ Eigene Berechnung: Berechnet anhand der Abgabenquoten der WKO (2012a).

¹⁵⁹ Eigene Berechnung: Berechnet anhand der Steuer und Abgabendaten des BMF (2012), S. 13f.

Voraussetzung dieser Berechnungen ist jedoch, dass jene schattenwirtschaftlichen Aktivitäten in vollem Umfang besteuert werden könnten bzw. auch bei Überführung in die offizielle Wirtschaft erhalten blieben. Dieser Umstand ist nicht so eindeutig, da viele im Schatten stattfindende Tätigkeiten nicht substitutiv, sondern auch komplementär erstellt werden. In Deutschland zeigen empirische Ergebnisse, dass nur rund ein Drittel der in der Schattenwirtschaft angebotenen Leistungen als reine Substitute betrachtet werden können. Die berechneten Steuereinnahmen auf Grundlage aller schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten somit nicht in dem Ausmaß anzusetzen sind, wie es jene Berechnungen auf den ersten Blick vermuten lassen. Schneider geht davon aus, dass es zu Verlusten an Steuern und Abgaben in der Höhe von 20 Prozent des in der Schattenwirtschaft erwirtschafteten Betrages kommt.¹⁶⁰ Für obige Überlegungen ergeben sich somit für das Jahr 2010 ein Steuern- und Abgabenverlust von 4,05 Milliarden Euro im Gegensatz zu den 8,51 Milliarden Euro bei voller Berücksichtigung. Auch im Zeitablauf wären es dann „nur“ mehr 2,65 Milliarden Euro im Gegensatz zu den berechneten 5,13 Milliarden Euro jährlich.

Für Österreich geht Schneider davon aus, dass z.B. im Bereich des Pfusches 40 Prozent komplementäre Tätigkeiten sind, und in der realen Wirtschaft aufgrund der Preisdifferenzen nicht nachgefragt werden würden. An substitutiven Tätigkeiten, die auch in der offiziellen Wirtschaft nachgefragt werden würden, ergeben sich 35 Prozent und 25 Prozent würden auf Do-it-yourself Tätigkeiten entfallen.¹⁶¹

Eine weitere Einschränkung obiger Modellrechnung ergibt sich aus methodischer Sicht. So werden schattenwirtschaftliche Schätzungen in Relation zum BIP angegeben. Jedoch bleibt hier bei fast allen Schätzungen unberücksichtigt, dass bereits im Rahmen der ESVG und somit in den national statistischen Zahlen ein Bruchteil von Schattenwirtschaft einberechnet wird, wie bereits an vorigen Stellen ausgeführt wurde. Es kommt hier somit zu einer Doppelzählung von einzelnen Bereichen der Schattenwirtschaft.¹⁶² Für obige Modellrechnung wäre es somit angebracht, mit um die Schattenwirtschaft bereinigten BIP-Daten zu rechnen. Da es sich bei jener Modellrechnung nur beispielhaft um das Aufzeigen von Implikationen handelt und jene bereinigten BIP-Daten auch nicht zur Verfügung stehen, wurde die Berechnung mit den oben genannten Werten durchgeführt. Jener Sachverhalt ändert aber nichts an der grundsätzlichen Überlegung, dass Schattenwirtschaft dazu führt, dass politische und wirtschaftliche Entscheidungen oftmals auf Grundlage falscher Zahlen getroffen werden. Bei den Sozialabgaben ergeben sich u.a. Probleme hinsichtlich der Finanzierung von Pensionen –

¹⁶⁰ Vgl. Schneider (2004), S. 693f.

¹⁶¹ Vgl. Schneider (2012a), S. 18.

¹⁶² Vgl. Koch (2006), S. 195.

wird ein Großteil des Sozialversicherungsbeitrages¹⁶³ auch für die Finanzierung jener aufgewandt.

Bei der gesamtheitlichen Diskussion zur Beziehung Schattenwirtschaft und Steuern/Abgaben darf jedoch nicht vergessen werden, dass Schattenwirtschaft nicht nur negative Effekte hat. Zwar ergeben sich kumulativ negative Auswirkungen auf Steuern und Abgaben, diese sind jedoch wie obige Ausführungen andeuten nicht so hoch wie gemeinhin angenommen. Ein Aspekt ist, dass das Gros von schattenwirtschaftlichen Aktivitäten an den Einsatz von Materialien und Produkten geknüpft ist. Jene Materialien werden meist über den offiziellen Markt nachgefragt. Jene Produktionsausweitung in der Schattenwirtschaft erhöht in Folge das Aufkommen der Mehrwertsteuer (MwSt). Es muss in dieser Hinsicht die Wirkung auf die direkte Besteuerung mitsamt Sozialabgaben und indirekten Besteuerung (MwSt) unterschieden werden. In welchem Umfang die MwSt zur Kompensation der direkten Steuer- und Sozialabgaben über die letzten Jahre bzw. Jahrzehnte beitrug, ist unklar. Die österreichischen Erhebungen zur MwSt zeigen, dass jene Steuer einen gewichtigen Anteil an den gesamten Steuereinnahmen des Bundes hat. Die MwSt trug z.B. 2009 zu 34,2 Prozent der gesamten Steuereinnahmen bei und war vor der Lohnsteuer mit 31,4 Prozent die aufkommensstärkste Größe.¹⁶⁴ Neben dem stimulierenden Effekt der MwSt ist ein weiterer Aspekt im Konsum zu sehen. Die erwirtschafteten Einkommen in der Schattenwirtschaft fließen über den Konsum wieder in die Realwirtschaft zurück und sorgen ihrerseits wieder in anderen Wirtschaftsbereichen für eine stärkere Nachfrage.¹⁶⁵ Für Österreich nimmt Schneider an, dass rund zwei Drittel der in der Schattenwirtschaft erzielten Einkommen wieder zurück in die offizielle Wirtschaft fließen.¹⁶⁶ Jenen Umstand stellt er in einer Beispielrechnung für Schwarzarbeit für das Jahr 1997 dar (siehe Abbildung 15), wobei er zum Schluss kommt, dass 60 Prozent der Steuer- und Abgabenausfälle kompensiert werden. Von einem ursprünglichen Einnahmeausfall von 97 Milliarden Schilling (Jahr 1997!) bleibt aufgrund von MwSt-, Einkommens- und Sozialversicherungskompensationen (durch Reinvestierung des schattenwirtschaftlichen Einkommens in Konsum und Dienstleistungen) ein Nettoausfall von 40 Milliarden Schilling übrig.

¹⁶³ Vgl. Österreichische Sozialversicherung (2012).

¹⁶⁴ Vgl. WKO (2011).

¹⁶⁵ Vgl. Schneider (2004), S. 693f.

¹⁶⁶ Vgl. Schneider / Enste (2000), S. 178.

Primärwirkungen	
<i>Voraussichtliches Ausmaß an Schattenwirtschaft im Jahr 1997</i>	220 Mrd. ÖS
- dadurch entgangene MwSt- Einnahmen	44 Mrd. ÖS
- dadurch entgangene Einkommensteuerausfälle	35 Mrd. ÖS
- dadurch entgangene Sozialversicherungsbeiträge	18 Mrd. ÖS
<i>Summe an entgangenen Steuern und Abgaben</i>	97 Mrd. ÖS ⁶¹
Sekundärwirkungen	
<i>70 % von geschätzten 220 Mrd. ÖS an Schattenwirtschaft werden 1997 in Österreich inländisch wertschöpfungswirksam</i>	154 Mrd. ÖS
- dadurch zusätzliche MwSt- Einnahmen	31 Mrd. ÖS
- dadurch zusätzliche Einkommens- u. Sozialversicherungsbeiträge	26 Mrd. ÖS
<i>Summe an zusätzlichen Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge aufgrund von Schattenwirtschaftstätigkeiten</i>	57 Mrd. ÖS
Summe an entgangenen Steuern und Abgaben	- 97 Mrd. ÖS
Summe an zusätzlichen Steuern und Abgaben	+ 57 Mrd. ÖS
Nettoeffekt: <i>entgangene Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträge durch Schwarzarbeit</i>	- 40 Mrd. ÖS

Abbildung 15: Steuerausfälle durch Schwarzarbeit in Österreich im Jahre 1997

Quelle: Schneider / Enste (2000), S. 185.

4.5.3 Reguläre Arbeitsplätze

Nicht alle Leistungen, welche in der Schattenwirtschaft angeboten werden, würden auch in der offiziellen Wirtschaft in dem Maße nachgefragt. Weiters werden viele in der Schattenwirtschaft angebotenen Tätigkeiten von Personen ausgeführt, die nebenher einer anderweitigen Beschäftigung nachgehen. Nicht sonst ist es zu erklären, dass in Österreich von der öffentlichen Krankenversicherung rund 99 Prozent der Bevölkerung eingeschlossen sind.¹⁶⁷ Es stellt sich somit die Frage, ob Tätigkeiten in der Schattenwirtschaft zu einem Verlust von Arbeitsplätzen führten?

Diese Frage ist nicht einfach zu klären, muss auch bedacht werden, dass nicht alle schattenwirtschaftlichen Aktivitäten auf Erwerbsarbeit beruhen. So stellen Bereiche der bedarfswirtschaftlichen Eigenarbeit zwar schattenwirtschaftliche Handlungen dar, sind aber in ihrer Ausführung legal und von der Besteuerung ausgenommen. Ihr Anteil an der gesamten Schattenwirtschaft ist auch viel größer als der reine Anteil der erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten im Untergrund, die zu Ausfällen von Steuer- und Sozialleistungen führen. Allgemein wird angenommen, dass die Selbstversorgungswirtschaft vier- bis fünfmal so groß ist als die reine Untergrundwirtschaft.¹⁶⁸ Würden all jene Aktivitäten in der offiziellen Wirtschaft ausgeführt werden – man denke hier nur an die Vielzahl von freiwilligen und ehrenamtlichen Tätig-

¹⁶⁷ Vgl. AK Wien (2011), S. 46.

¹⁶⁸ Vgl. Enste (2011), S. 2.

keiten sowie Altenpflege – würde ein Großteil davon den Staat vor finanzielle Probleme stellen. In die Selbstversorgungswirtschaft fallen nämlich auch Tätigkeiten, die den Staat entlasten. Würden jene Tätigkeiten in den offiziellen Sektor überführt, wäre dies mit zusätzlichen Kosten verbunden. Der Staat hat in den meisten Bereichen der Selbstversorgungswirtschaft keinerlei Anreiz, jene Tätigkeiten in die offizielle Wirtschaft zu überführen und daher kann hier auch nicht von potentiellen Arbeitsplätzen gesprochen werden. Andererseits eröffnet das Feld der Do-it-yourself economy bzw. Eigenarbeit wiederum einen Bereich, der als Teil der Selbstversorgungswirtschaft durchaus zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der offiziellen Wirtschaft beitragen würde. Jedoch beruhen jene Formen auf den Grundwerten der Selbstentfaltung und Privatautonomie, wodurch es umso schwieriger wird, jene Bereiche als Arbeitsplatzäquivalente in der offiziellen Wirtschaft anzusehen.¹⁶⁹

Anders sieht die Situation im Bereich der Untergrundwirtschaft aus und hier im speziellen im Bereich der Schwarzarbeit. Für Österreich wird z.B. für das Jahr 2010 geschätzt¹⁷⁰, dass rund eine Million Österreicher in Form einer nicht gemeldeten Nebentätigkeit arbeiten. Als „Vollzeitpuscher“ sollen an die 100.000 bis 200.000 aktiv sein. Sieht man sich jene Pflückerstatistiken im Zeitverlauf an, berechnet folgend daraus für die einzelnen Jahre die gesamte Arbeitszeit in welcher schwarzgearbeitet wurde und legt diese auf die Normalarbeitszeit eines Vollzeitpuschers um, erhält man für das Jahr 1995 rund 575.000 Personen, welche in Österreich als Vollzeitpuscher aktiv waren. 2009 stieg dieser Anteil bereits auf 713.000 Personen.¹⁷¹ Hier kann sehr wohl davon ausgegangen werden, dass eine Vielzahl von Arbeitsplätzen dadurch verloren gingen. Vor allem bei den vermuteten 100.000 bis 200.000 Personen im Vollzeitpusch, wo auch illegal beschäftigte Ausländer berücksichtigt werden (1995: 75.000 Personen; 2009: 98.000 Personen), wäre Potential zur Schaffung regulärer Arbeitsplätze vorhanden.¹⁷²

Geht man von der These aus, dass Schattenwirtschaft als ergänzender Sektor und nicht als Konkurrenz zur offiziellen Wirtschaft angesehen werden kann, ergeben sich durch die zusätzlichen Nachfragewirkungen in der Schattenwirtschaft aber auch positive Aspekte auf die Schaffung von Arbeitsplätzen. Durch Eigenarbeit entstehen in anderen Bereichen Nachfragen, die ansonsten zum Beispiel nicht entstehen würden – man denke hier an Baumärkte und der damit verbundenen vor- und nachgelagerten Bereiche. Die Diskussion, inwieweit

¹⁶⁹ Vgl. Merz (1996), S. 34-39.

¹⁷⁰ Vgl. Die Presse (04.01.2011).

¹⁷¹ Vgl. Schneider (2011), S. 33.

¹⁷² Vgl. ebd.

Schattenwirtschaft zur Vernichtung von Arbeitsplätzen beiträgt, muss auch immer unter diesem Gesichtspunkt geführt werden.¹⁷³

Merz (1996) hat zum Thema „Schattenwirtschaft und Arbeitsplatzschaffung“ eine Studie durchgeführt, wo er einerseits bereits bestehende Studien, die sich mit dem Verhältnis Schattenwirtschaft und Arbeitsplatz in Deutschland befassten, untersuchte, andererseits auch eigene Schlussfolgerungen anhand von mikroökonomischen Daten wie Nebenerwerbsumfragen anstellte. Er kam dabei zum Ergebnis, dass aus den bestehenden Studien und seiner selbst durchgeführten Analyse die Aussage: „eine Reduzierung der Schattenwirtschaft schaffe Arbeitsplätze“¹⁷⁴ nicht eindeutig bestätigt werden konnte. Vielmehr ist von einer möglichen, positiven Gesamtwirkung auszugehen. Eine Reduzierung der Schattenwirtschaft könnte mitunter sogar negativ auf die Arbeitsplatzsituation wirken. Zumindest geht er davon aus, dass nicht so viele Arbeitsplätze durch Reduzierung der Schattenwirtschaft geschaffen werden könnten, wie gemeinhin angenommen wird.¹⁷⁵

Zusammenfassend im Bereich Arbeitsplätze und Schattenwirtschaft ist festzuhalten, dass aus den Ergebnissen – zumindest hinsichtlich des Größenpotenzials – nicht eindeutig abgeleitet werden kann, inwieweit sich schattenwirtschaftliche Aktivitäten im Zeitablauf negativ auf den österreichischen Stellenmarkt auswirkten.

4.5.4 Ungerechte Umverteilung

Im Mittelpunkt der Finanzierung eines Staates steht, jene Lasten so gut wie möglich auf die Beitragszahler aufzuteilen. Personen mit größeren finanziellen Möglichkeiten sollen dabei mehr beitragen als Personen, welche ein niedriges Einkommen beziehen. Jener Umstand ist unter anderem in den progressiven Tarifen der Einkommenssteuer verwirklicht. Weiters wird ein Großteil der Steuern und Abgaben durch Transferzahlungen umverteilt. So fließen heute rund drei Viertel der gesamten Steuer- und Abgabeneinnahmen in soziale Transfers. Im Jahr 1955 war es gerade einmal die Hälfte. Die Sozialquote stieg dabei von 1955 mit 16,7 Prozent auf 30,9 Prozent im Jahre 2010, was fast einer Verdoppelung entspricht (siehe Abbildung 16).¹⁷⁶

¹⁷³ Vgl. Werner (1990), S. 196 zitiert nach Merz (1996), S. 10.

¹⁷⁴ Vgl. Merz (1996), S. 39.

¹⁷⁵ Vgl. ebd., S. 39f.

¹⁷⁶ Vgl. Industriellenvereinigung (2011), S. 32.

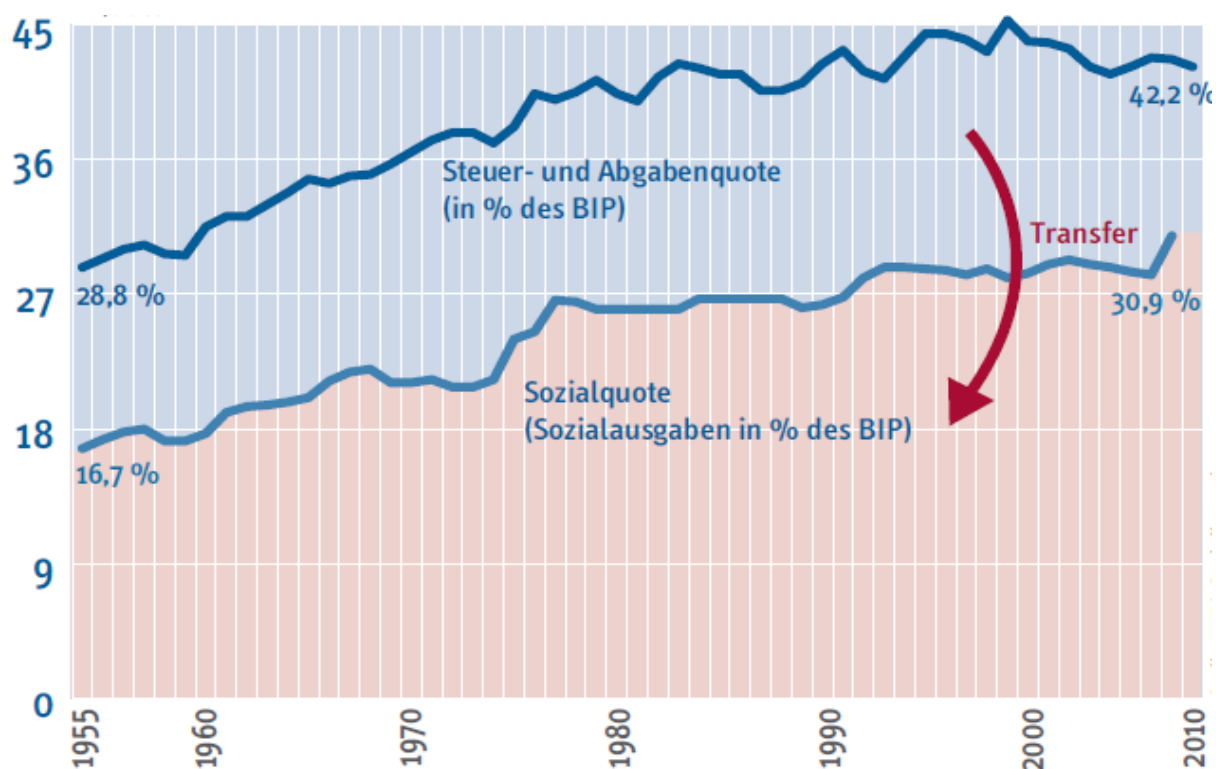


Abbildung 16: Österreichische Sozialquote (1955 – 2010)

Quelle: Industriellenvereinigung (November 2011), S. 32.

Im Jahre 2011 betrug der Anteil der Sozialbeiträge an den Steuern und Abgaben rund 34,5 Prozent.¹⁷⁷ Problematisch dabei ist, dass untere Einkommensschichten, in denen Schattenwirtschaft am proportional stärksten vertreten ist, am meisten von diesen Umverteilungsprozessen profitierten.¹⁷⁸ So zahlte das untere Einkommensdrittel laut einer Erhebung des WIFO im Jahre 2005 nur 13 Prozent des Steuer- und Aufgabenabkommens, erhielt aber 43 Prozent der Leistungen.¹⁷⁹ Rund 84 Prozent des Einkommens jener Niedrigverdiener bestand aus Sozialtransfers.¹⁸⁰ Im internationalen Vergleich ist Österreich beim Anteil von Transferleistungen am verfügbaren Haushaltseinkommen Spitzenreiter (siehe Abbildung 17).

¹⁷⁷ Vgl. Statistik Austria (2012b).

¹⁷⁸ Vgl. Walther (2003), S. 75.

¹⁷⁹ Vgl. Industriellenvereinigung (2011), S. 37.

¹⁸⁰ Vgl. ebd., S. 38.

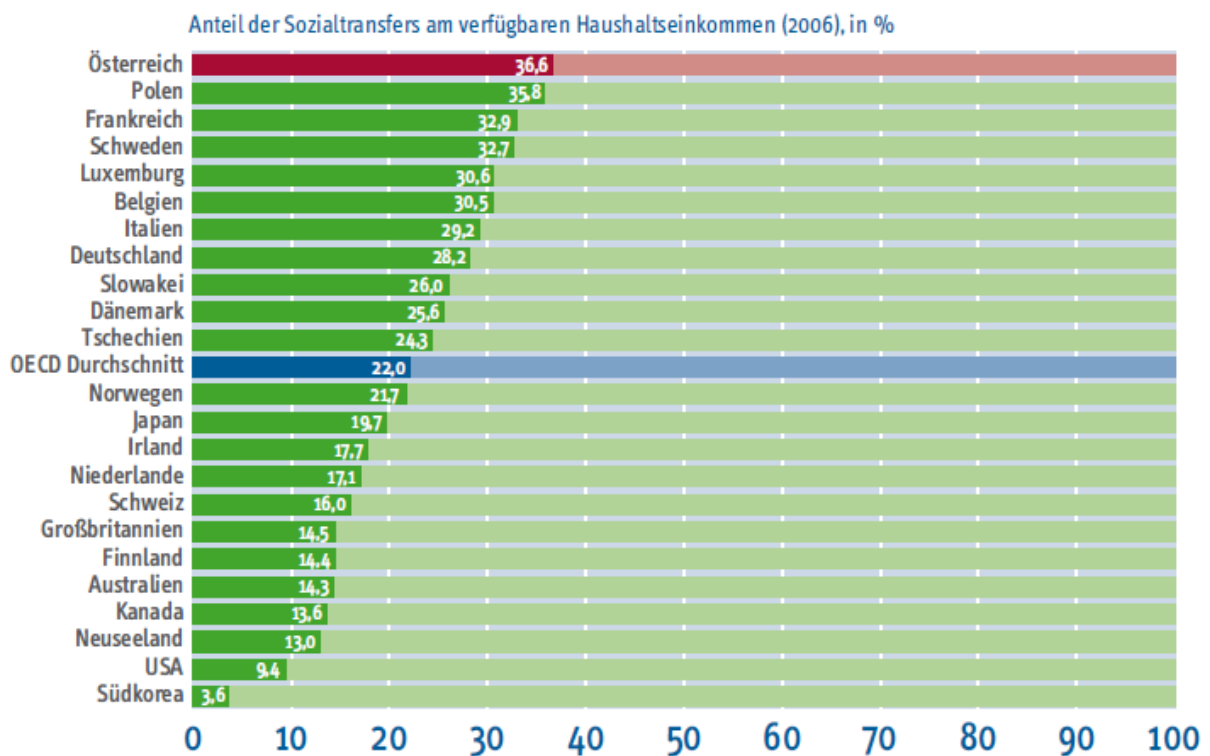


Abbildung 17: Sozialtransfers Österreich (2006)

Quelle: Industriellenvereinigung (2011), S. 39

Werden viele Tätigkeiten im Schatten ausgeführt, erfolgt dieser Umverteilungsprozess mitunter anhand falscher Annahmen. Personen, die aufgrund ihrer schattenwirtschaftlichen Tätigkeiten mehr verdienen, nehmen mehr Transferleistungen in Anspruch, als ihnen bei Offenlegung ihrer wahren Verdienste zustehen würden. Oder anders betrachtet, Personen in der Schattenwirtschaft leisten nicht jenen finanziellen Beitrag, der sich anhand ihrer wahren Verhältnisse ergibt. Unter dem Gesichtspunkt, dass die Sozialversicherungsausgaben¹⁸¹ von 7,4 Prozent im Jahre 1956 auf 17,3 Prozent im Jahre 2010 gestiegen sind ein Problem, fehlen jene geheim gehaltenen Abgaben seit Jahren im Budget.

4.5.5 Niedrige Preise in der Schattenwirtschaft

Als Vorteil der Schattenwirtschaft wird gemeinhin bezeichnet, dass Güter und Dienstleistungen in der Schattenwirtschaft zu einem Preis angeboten werden können, der in der offiziellen Wirtschaft nicht konkurrenzfähig ist. Durch diesen niedrigen Preis ist es in Folge auch einkommensschwächeren Personen möglich, jene Leistungen und Produkte nachzufragen. Dies führt zu einer besseren Ressourcenallokation. Die erwirtschafteten Einkommen in der Schattenwirtschaft werden auch wieder zu einem Großteil in der offiziellen Wirtschaft ausgegeben und dienen unter anderem für den Konsum.¹⁸²

¹⁸¹ Vgl. Industriellenvereinigung (2011), S. 43f.

¹⁸² Vgl. Schneider (2004), S. 689-691.

Probleme ergeben sich jedoch für Klein- und Mittelbetriebe. Können größere Firmen aufgrund von economies of scale (Skaleneffekte) oder economies of scope (Verbundeffekte) flexibler ihren Angebotspreis kalkulieren, ist es für Klein- und Mittelbetriebe oft nicht möglich, mit jenen verschärfenden Wettbewerbsbedingungen – die die Schattenwirtschaft hervorbringt – in Konkurrenz zu treten. Klein- und Mittelbetriebe könnten Anreize entfalten, selbst schattenwirtschaftlich tätig zu werden, um wirtschaftliche Nachteile und schlimmstenfalls Konkurs zu entgehen.¹⁸³

In einem Land wie Österreich, wo 2011 der Anteil der Klein- und Mittelbetriebe (weniger als 250 Mitarbeiter) in der gewerblichen Wirtschaft fast 99,7 Prozent betrug, ein zu beachtendes Moment (siehe Abbildung 18). Auch arbeiten in diesen Klein- und Mittelbetrieben rund 60 Prozent aller unselbstständig Beschäftigten.¹⁸⁴

Dezember 2011	Beschäftigtengrößengruppen	Anzahl der Unternehmen	Anteil in %
WIRTSCHAFTSKAMMERBEREICH		409.194	100,0
	0 - 9	377.694	92,3
	10 - 49	25.449	6,2
	50 - 249	4.961	1,2
	250 und mehr	1.090	0,3

Abbildung 18: Anzahl und Größenklasse österreichischer Unternehmen (2011)

Quelle: WKO (2012f).

Diese Klein- und Mittelbetriebe müssen sich in Folge gegen die Schattenwirtschaft behaupten, wobei davon ausgegangen wird, dass aufgrund der Preissituation und des fehlenden Unrechtsbewusstseins rund 10 Prozent der Firmenaufträge schwarz erledigt werden.¹⁸⁵ Im Baugewerbe, dem nach Schätzungen zufolge größten Sektor schattenwirtschaftlicher Aktivitäten, würde „das Geschäftsmodell von wohl zwei Drittel aller Handwerksbetriebe [...] ohne ‚Ohne-Rechnung-Geschäfte‘ nicht funktionieren“¹⁸⁶ konstatiert Andreas Kreutzer, bei der Präsentation einer Studie zur Schattenwirtschaft am Bau 2008.

Kostete im März 2012 in Wien eine Mechanikerstunde im Durchschnitt 110,93 Euro¹⁸⁷, ist es in der Schattenwirtschaft nur ein Bruchteil davon. Ähnlich sieht es in anderen Bereichen aus. Im Bereich des Bauwesens kostete ein im Schatten arbeitender Privatmann im Schnitt um

¹⁸³ Vgl. Schneider (2004), S. 23-27.

¹⁸⁴ Vgl. WKO (2012f).

¹⁸⁵ Vgl. Kurier (12.07.2012).

¹⁸⁶ Vgl. Kreutzer Fischer & Partner (2008).

¹⁸⁷ Vgl. AK Wien (2012a), S. 1.

zwei Drittel weniger, als ein durch offiziellen Auftrag arbeitender Handwerker.¹⁸⁸ Die Preise in der Schattenwirtschaft sind um einiges niedriger, müssen davon auch keine Lohnnebenkosten bezahlt werden. Auch laufende Kosten eines Unternehmens wie für Geschäftsausstattung etc. fallen nicht an. Im historischen Kontext muss davon ausgegangen werden, dass aufgrund der steigenden Steuer- und Abgabenbelastung über die Jahre hinweg, sich diese Preisdifferenz von in der offiziellen Wirtschaft angebotenen Leistung und im Schatten stattfindender Ausführung eher verschlechtert als gebessert hat bzw. jene Missstände zumindest auch für die letzten 10 bis 20 Jahre angenommen werden können.

4.6 Maßnahmen gegen die österreichische Schattenwirtschaft

Das Aufkommen des schattenwirtschaftlichen Forschungsinteresses Anfang der 1980er Jahre hat auch dazu geführt, sich mit den Auswirkungen von Schattenwirtschaft und mit Maßnahmen zu deren Eindämmung zu beschäftigen. Ein Moment, das schon seit langer Zeit besteht, ist in den Zugangsregelungen zum Markt zu sehen. Waren es früher vor allem staatliche Eingriffe, die den Zugang zum Markt beschränkten – man denke an Zunftordnungen, Staatsmonopole und dergleichen – sind heute durch die freie Marktwirtschaft jene Eingriffe stark zurückgegangen. Der Staat übernimmt meist nur mehr die Setzung von Rahmenbedingungen und lässt die wirtschaftlichen Akteure ihrer Tätigkeit frei nachgehen. Der Staat zieht sich immer mehr aus den marktbestimmenden Bereichen zurück, was Spiegelbild des neoliberalen Kapitalismus der Neuzeit ist. Nichtsdestotrotz erfordert es Maßnahmen, die die Schattenwirtschaft bekämpfen. Es sollen hier Maßnahmen angesprochen werden, die in Österreich zur Bekämpfung der Schattenwirtschaft eingesetzt werden. Allgemeine Maßnahmen, wie ein Senken der Steuer- und Abgabenquoten, ein Verringern der Regulierungsdichte oder die Zurückgewinnung des Vertrauens in den Staat bzw. ein Steigern der Steuermoral, ergeben sich zwangsweise aus den Ursachen und Auswirkungen der Schattenwirtschaft. Auf jene Maßnahmen soll hier nicht eingegangen werden, lassen sich Implikationen durchaus bereits aus den genannten Stellenverweisen ziehen. Im Folgenden soll es um gesetzliche Regelungen, Kontrollen, Forderungen und Initiativen gehen.

4.6.1 Gesetzliche Regelungen

Unter Schattenwirtschaft wird eine Unsumme von Aktivitäten subsumiert. Kann eine solche Unsumme überhaupt gesetzlich in irgendeiner Form geregelt werden?

Vorweg ist festzustellen, dass es von Gesetzes wegen keine eindeutige Definition für Schattenwirtschaft gibt, sondern Schattenwirtschaft nur anhand einzelner Ausprägungen in gesetzlichen Bestimmungen vorkommt. Wie bereits in Kapitel 2.2 gezeigt wurde, besteht die Schat-

¹⁸⁸ Vgl. Kreutzer Fischer & Partner (2008).

tenwirtschaft aus den Bereichen der Untergrundwirtschaft und der Selbstversorgungswirtschaft. Hinsichtlich der Aktivitäten der Untergrundwirtschaft ergibt sich, dass kriminelle Handlungen wie Drogenhandel oder Schmuggel dabei relativ einfach in eine Gesetzesmaterie einzuordnen sind. Drogenhandel tangiert z.B. das Suchtmittelgesetz (SMG), Schmuggel das Finanzstrafgesetz (FinStrG). Auch die Schwarzarbeit ist im Gesetz geregelt und tangiert einerseits das Sozialbetrugsgesetz (SozBeG), die Gewerbeordnung (GewO) als auch Teile des Strafgesetzbuches (StGB) wie z.B. das Gesetz zur organisierten Schwarzarbeit § 153 lit. e. StGB.¹⁸⁹ Schwieriger wird es bei der Frage der Abgrenzung zwischen Selbstversorgungswirtschaft und Untergrundwirtschaft.

Die Selbstversorgungswirtschaft stellt Aktivitäten dar, die legal erstellt und legal ausgeführt werden. Die Ausführung dieser Aktivitäten haben daher keinerlei strafrechtliche Konsequenzen, beziehen sie sich auch nur auf Leistungen, welche der Bedarfsorientierung dienen und nicht der erwerbswirtschaftlichen Ausübung. Jedoch ist diese bedarfsorientierte Komponente nicht immer so klar ersichtlich wie bei Gartenarbeit oder Hausarbeit. Der Übergang in die Untergrundwirtschaft und somit in den Bereich von Gesetzesverstößen ist relativ schnell erreicht bzw. fließend. Ein Grundmerkmal z.B. für Nachbarschaftshilfe wie unentgeltliche Erledigung durch Nachbarn, Freunde oder nahen Verwandten reicht oft nicht aus, um den strafrechtlichen Charakter und eine Steuer- und Abgabenhinterziehung zu entkräften.¹⁹⁰ Werden z.B. beim Hausbau die gesamten Verfließungsarbeiten durch einen im Freundes- oder Verwandtenkreis tätigen Fliesenleger erbracht, ist wohl von Schwarzarbeit auszugehen und jener Sachverhalt wird bei Offenlegung mitunter zur Anzeige gebracht.¹⁹¹ In jenen Bereichen ist daher meist eine genauere Betrachtung des Einzelfalles notwendig.

4.6.2 Kontrollen

Schattenwirtschaft mit Kontrollen beizukommen ist ein zweiseitiges Schwert. Einerseits führt die Ausweitung von Kontrollen zu einer höheren Aufdeckungswahrscheinlichkeit, was mitunter den Anreiz zum Abgleiten in die illegale Schattenwirtschaft eindämmen könnte. Andererseits kosten jene Kontrollen auch Geld, was ein Kosten-Nutzen Problem aufwirft.

In Österreich wurde zur Bekämpfung von illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung und folgend Sozialbetrug bereits 2002 ein wichtiger Schritt gesetzt, der im Aufbau einer österreichweiten Einheit, der Kontrolle der illegalen Arbeitnehmerbeschäftigung (KIAB), bestand. Vor 2002 wurden nicht gemeldete Tätigkeiten meist nur anhand von Fremdenpolizei, Arbeitsamt und Arbeitsinspektorat aufzudecken versucht, welche jetzt durch die KIAB unterstützt wurden. Mit

¹⁸⁹ Vgl. WKO (10.11.2011).

¹⁹⁰ Vgl. Achleitner (05.06.1998).

¹⁹¹ Vgl. Cengiz (15.03.2012).

Anfang 2007 wurde die KIAB als eigene Abteilung in jedem der 40 österreichischen Finanzämter angesiedelt, wobei die Anzahl der Bediensteten von anfangs 34 im Jahre 2002 auf 309 Bedienstete im Jahre 2007 stieg. Jene Bediensteten waren unter anderem Arbeitsinspektoren, Zollbeamte oder Finanzbeamte. Mit 01.01.2011 wurde die Einheit in Finanzpolizei umbenannt und erhielt zusätzliche Befugnisse, beispielsweise bei den Betretungsrechten. Auch die Beschäftigtenzahl soll bis 2014 auf 600 Personen steigen.¹⁹²

Der erhöhte Personalaufwand machte sich bezahlt. Wurden 2003 noch 5.690¹⁹³ illegal Beschäftigte aufgegriffen, und Geldstrafen in Höhe von rund 9,5¹⁹⁴ Millionen Euro verhängt, waren es 2009 bereits 11.480 illegal Beschäftigte, was zu Geldstrafen in Höhen von 30,5 Millionen Euro führte.¹⁹⁵

4.6.3 Initiativen

Nicht nur der Staat sieht ein zunehmendes Problem in der Schattenwirtschaft, sondern auch Unternehmen aus besonders betroffenen Bereichen. Einer dieser Bereiche ist der Baubereich, in denen die Schattenwirtschaft und hierbei vor allem die Schwarzarbeit sehr verbreitet sind. Diesen Umstandes bewusst wurde von den rund 11.000 österreichischen Baumeisterbetrieben, vertreten durch die Bundesinnung Bau, die Initiative „BAUFair!“ ins Leben gerufen. Die Initiative setzt sich für eine Vielzahl von Maßnahmen ein, die Schattenwirtschaft zurückdrängen sollen. Mit ihren Initiativen fordern sie auch ein aktives Eingreifen der Politik, jene Vorschläge zu begutachten und wenn möglich umzusetzen. Einige ihrer Kernpunkte sind:¹⁹⁶

a) Engere Zusammenarbeit von Behörden

Engere Vernetzung von für Bauangelegenheit zuständigen Behörden, z.B. Gewerbebehörde und Krankenkasse.

b) MwSt senken

Senkung der MwSt bei Renovierungen im Privatbereich

c) Kontrollen verstärken

Verstärkte Kontrollen durch die Finanzpolizei, auch abends.

¹⁹² Vgl. Gajdosch (2011).

¹⁹³ Vgl. Österreichisches Parlament (07.09.2004b), S. 7.

¹⁹⁴ Vgl. ebd., S. 8.

¹⁹⁵ Vgl. Die Presse (10.08.2009).

¹⁹⁶ Vgl. WKO (2012e).

d) Öffnung des Arbeitsmarktes

Öffnung des Arbeitsmarktes für qualifizierte ausländische Arbeiter. Damit soll ein Abgleiten in illegale Beschäftigung verhindert werden.

4.6.4 Forderungen

Eine Forderung für die sich vor allem die Wirtschaftskammer sehr stark einsetzt, ist der „Handwerkerbonus“ nach deutschem Vorbild. Werden im privaten Bereich Renovierungs-, Erhaltungs- und Modernisierungsarbeiten von einem gemeldeten Handwerker durchgeführt, sollen 20 Prozent der bis zu einem Höchstbetrag von 6.000 Euro anfallenden Arbeitskosten steuerlich absetzbar sein. Dies würde dazu führen, dass mehr Arbeiten in die offizielle Wirtschaft überführt werden könnten. Die gesparte MwSt (würde den 20 Prozent entsprechen) stellt für viele Personen, welche einen nicht gemeldeten Arbeiter beschäftigen, ein gewichtiges Argument dar. Durch den Handwerkerbonus würde dieses Moment entkräftet.¹⁹⁷

Laut einer Analyse des WIFO würde diese Maßnahme zu einem Legalisierungseffekt von vier bis sieben Prozent und zu keiner Mehrbelastung führen. Die Finanzierung würde sich durch die Überführung der Tätigkeiten in die offizielle Wirtschaft amortisieren – im Endeffekt ergebe sich ein Nullsummenspiel, schattenwirtschaftliche Tätigkeiten würden jedoch in die offizielle Wirtschaft überführt.¹⁹⁸ Auch Schneider schätzt, dass wenn 300.000 Haushalte davon Gebrauch machen würden, das Schattenwirtschaftsvolumen um 1 bis 1,7 Milliarden Euro gesenkt werden könnte. Auch bei seinen Berechnungen ergeben sich keine Finanzierungskosten, welche die geschätzten Mehreinnahmen übersteigen würden.¹⁹⁹

¹⁹⁷ Vgl. WKO (22.12.2011).

¹⁹⁸ Vgl. Die Presse (27.11.2009).

¹⁹⁹ Vgl. Schneider (2010), S. 10f.

5 SCHLUSSBETRACHTUNGEN

5.1 Zusammenfassung

Schattenwirtschaft ist ein Phänomen, das in seiner historischen Form schon lange existiert, aber erst seit 30 bis 40 Jahren intensiv diskutiert wird. Alle Tätigkeiten, die nicht in den üblichen Statistiken erfasst werden, werden der Schattenwirtschaft zugerechnet, wobei sich die Schattenwirtschaft als Konzept einer zweigeteilten Volkswirtschaft – offizieller und inoffizieller Sektor – versteht.

Aufgrund jener Abgrenzung wurde gezeigt, dass einerseits Selbstversorgungswirtschaft, andererseits Untergrundwirtschaft die bestimmenden Bereiche der Schattenwirtschaft darstellen. Wobei Untergrundwirtschaft den erwerbswirtschaftlichen, dem Staate schädigenden, Teil und Selbstversorgungswirtschaft den bedarfswirtschaftlichen, dem Staate nicht schädigenden, Teil repräsentiert. Mit einer kurzen Einführung in die VGR und der folgenden Vorstellung von Methoden, mit welchen Schattenwirtschaft gemessen werden kann – direkte, indirekte, kausale – wurde der theoretische Grundstein gelegt, um die Schattenwirtschaft in Österreich aus wirtschaftshistorischer Sicht genauer zu betrachten.

Mit der Darstellung historischer Formen von Schattenwirtschaft, wie „Arbeit außerhalb der Zunft“ oder „der städtische Markthandel“, wurden schattenwirtschaftliche Aktivitäten aufgezeigt und in Folge moderne Formen wie „Scheinfirmen“ und „Do-it-yourself“ beschrieben. Die Datenlage zur österreichischen Schattenwirtschaft offenbarte die schmale empirische Evidenz. Zur Untersuchung des historischen Verlaufs von Schattenwirtschaft konnte nur auf inoffizielle Statistiken zurückgegriffen werden. Diese Statistiken zeigten einen stetigen Anstieg der Schattenwirtschaft bis in das Jahr 2004, seither ist die Schattenwirtschaft im Sinken begriffen. Folgend ging es darum, mögliche Ursachen für den schattenwirtschaftlichen Verlauf zu präsentieren. Als wichtigste Ursachen wurden unter anderem die Steuer- und Abgabenbelastung sowie die Regulierungsdichte präsentiert. Die Steuer- und Abgabenbelastung stieg von 30,2 Prozent im Jahre 1954 auf einen Spitzensatz von 44,9 Prozent im Jahre 2001. Die Regulierungsdichte wurde vor allem vom wachsenden Dienstleistungssektor beeinflusst. Im historischen Kontext wurden dann die Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft betrachtet. Dabei ergab sich, dass Schattenwirtschaft unter anderem zu einem Ausfall von Steuern und Abgaben führte, wiewohl jene nicht so groß ausfielen, wie gemeinhin angenommen (kompensierende Wirkung der MwSt, nicht alle schattenwirtschaftlichen Aktivitäten sind Substitute). Eine weitere Auswirkung ergab sich direkt mit der genannten Nichtabführung von Steuern und Abgaben, werden jene für Transferleistungen herangezogen. Wurden im Jahr 1955 noch die Hälfte der gesamten Steuer- und Abgabeneinnahmen für soziale

Transferleistungen verwendet, betrug jene Umverteilung im Jahr 2010 bereits drei Viertel. Niedrigverdiener, die ihre schattenwirtschaftlichen Aktivitäten verschleierten, gleichzeitig aber am meisten von den Transferleistungen profitierten, zogen größeren Nutzen aus dem Umverteilungssystem, als ihnen bei wahrheitsgemäßer Offenlegung ihrer Einkommen zugestanden wäre bzw. tun dies auch weiterhin.

Abschließend wurden noch Maßnahmen genannt, die in Österreich zur Eindämmung von Schattenwirtschaft gesetzt wurden bzw. welche gefordert werden. Hierbei seien die Einführung der KIAB zur Bekämpfung illegaler Arbeitnehmerbeschäftigung im Jahre 2002 sowie die Forderung nach Absetzung von handwerklichen Dienstleistungen (Handwerkerbonus) seitens der WKO nochmalig genannt.

5.2 Kritische Würdigung und Ausblick

Die Ausführungen dieser Arbeit offenbarten, dass im Bereich Schattenwirtschaft noch eindeutiger Aufklärungsbedarf besteht. Vor allem hinsichtlich der Methoden zur Messung von Schattenwirtschaft und wie sich einzelne Faktoren auf die Schattenwirtschaft auswirken. Theoretische Grundkonzepte sind Mangelware, wobei für Österreich Friedrich Schneider ein Datenmonopol innehat. Vor allem für eine wirtschaftshistorische Analyse wäre es von Bedeutung, die einzelnen Ursachen- und Wirkungszusammenhänge einerseits theoretisch fundierter, andererseits darauf aufbauend empirisch überprüfbarer zu machen. Zu kurz in der Mehrzahl der Abhandlungen zur Schattenwirtschaft kommt der historische Aspekt. Wie welche Formen der Schattenwirtschaft entstanden sind und wie sich diese über die Zeit entwickelten, wird weitestgehend negiert. Trotzdem wurde in der Arbeit versucht, einen historischen Bogen um die österreichische Schattenwirtschaft zu spannen. Überhaupt weist Österreich im Feld schattenwirtschaftlicher Forschung großen Nachholbedarf auf. Nur sehr wenige Studien und Beiträge werden neben Friedrich Schneider von österreichischen Autoren und Wissenschaftlern erstellt bzw. nur sehr wenige Abhandlungen und Studien beschäftigen sich spezifisch mit der österreichischen Schattenwirtschaft und deren Entwicklung. Meist muss anhand von allgemeinen Daten bzw. Wirkungsanalysen auf Österreich übergeleitet werden.

In Zukunft wird es hinsichtlich der österreichischen Schattenwirtschaft wohl darum gehen, die Ursachen und Wirkungszusammenhänge genauer zu analysieren und die Auswirkungen mit einer größeren Anzahl von empirischen Untersuchungen zu untermauern. Aktuelle Problemfelder wie im Bereich der Pflege geben jedenfalls noch genügend Spielraum, sich mit schattenwirtschaftlichen Handlungen, auch in Österreich, auseinanderzusetzen.

6 LITERATURVERZEICHNIS

Selbstständige Werke

- Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen: Schattenwirtschaft, Wien: Carl Ueberreuter Druck und Verlag 1985.
- Blanchard, Olivier / Illing, Gerhard: Makroökonomie, München: Pearson ⁵2009.
- Blankart, Charles: Öffentliche Finanzen in der Demokratie, München: Vahlen ⁷2008.
- Bohley, Peter: Die öffentliche Finanzierung, München: Oldenbourg 2003.
- Borst, Otto: Alltagsleben im Mittelalter, Frankfurt a. Main: Insel 1983.
- Brümmerhoff, Dieter / Grömling, Michael: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, München: Oldenbourg ⁹2011.
- Buchner, Thomas / Hoffman-Rehnitz, Phillip (Hg.): Shadow economies and irregular work in urban Europe. 16th to early 20th century, Wien: LIT 2011.
- Burda, Michael / Wyplosz, Charles: Makroökonomie. Eine europäische Perspektive. Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Michael Kleber und Dr. Angela Lechner, München: Vahlen ²2001.
- Dieckheuer, Gustav: Makroökonomik, Berlin u.a.: Springer ⁵2003.
- Enste, Dominik / Schneider, Friedrich (Hg.): Jahrbuch Schattenwirtschaft 2010/2011, Berlin: LIT 2011.
- Enste, Dominik: Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel, Tübingen: Mohr Siebeck 2002.
- Franklin, Benjamin: Brief an Jean-Baptiste Leroy, 13.11.1789.
- Gijssels, Peter / Seifert-Vogt, Hans-Günther: Schattenwirtschaft und alternative Ökonomie. Eine politische Herausforderung für die Politische Ökonomie?, Regensburg: Transfer 1984.
- Graf, Gerhard: Grundlagen der Finanzwissenschaft, Heidelberg: Physica-Verlag ²2005.
- Gretschmann, Klaus / Heinze, G. Rudolf / Mettelsiefen, Bernd: Schattenwirtschaft. Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Aspekte, internationale Erfahrungen, Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht 1984.
- Gretschmann, Klaus: Wirtschaft im Schatten von Markt und Staat, Frankfurt am Main: Fischer 1983.
- Hitz, Harald / Huber, Hugo: Geschichte der österreichischen Tabakregie 1784 – 1835, Wien: Verlag der österreichischen Akademie der Wissenschaften 1975.
- Hofbauer, Ernst / Schüssel, Wolfgang: Schattenwirtschaft in Österreich. Ein ökonomisches Sittenbild, Wien: Österreichischer Wirtschaftsverlag 1984.

- Jablonski, Johann: Allgemeines Lexicon der Künste und Wissenschaften, oder deutliche Beschreibung des Reiches der Natur, der Himmel und himmlischen Körper, der Luft, der Erde, nebst den bekannten Gewächsen, der Thiere, Steine und Erzte, des Meeres und der darinnen lebenden Geschöpfe..., Königsberg und Leipzig: bey Zeisens Witwe und Hartungs Erben 1767.
- Janke, Günter: Kompendium Wirtschaftskriminalität, Frankfurt a. Main: Peter Lang 2008.
- Koslowski, Peter: Die Ordnung der Wirtschaft: Studien zur praktischen Philosophie und politischen Ökonomie, Tübingen: Mohr 1994.
- Laffer, Arthur: The economics of the tax revolt. A reader. New York: [o.V.] 1979.
- Lauschmann, Elisabeth (Hg.): Schattenwirtschaft. Dokumentation ausgew. Beitr. in Zeitungen u. Zeitschriften, Kehl: Morstadt 1983.
- May, Hermann: Handbuch zur ökonomischen Bildung, München/Wien: Oldenbourg 2001.
- Meier, Daniela: Tauschringe als besondere Bewertungssysteme in der Schattenwirtschaft. Eine theoretische und empirische Analyse, Berlin: Duncker und Humblot 2001.
- Mesch, Michael (Hg.): Neue Arbeitsplätze in Österreich, Wien: Manzsche 1998.
- Petry, Günther / Wied-Nebbeling, Susanne: Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Schattenwirtschaft, Frankfurt a. Main: Campus 1987.
- Schmidt, Kurt: Verlockungen und Gefahren der Schattenwirtschaft, Opladen: Westdeutscher Verlag 1982.
- Schneider, Friedrich / Enste, Dominik: Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit. Umfang, Ursachen, Wirkungen und wirtschaftspolitische Empfehlungen, München u.a.: Oldenbourg 2000.
- Schwarz, Fritz: Das Experiment von Wörgl, Bern: Verlagsgenossenschaft Freies Volk 1951.
- Skolka, Jiri (Hg.): Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich, Wien: Signum 1985
- Statistisches Bundesamt: Bruttoinlandsprodukt 2011 für Deutschland, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt 2012.
- Weck, Hannelore / Pommerehne, Werner / Frey, Bruno: Schattenwirtschaft, München: Vahlen 1984.
- Werner, Christian: Die Beschäftigungswirkungen der Schattenwirtschaft, Pfaffenweiler: Centaurus 1990.
- Wieser, Friedrich: Die Ergebnisse und die Aussichten der Personaleinkommensteuer in Österreich, Leipzig: Duncker & Humblot 1901.

Beiträge in Sammelbänden/ Zeitschriften/ Zeitungen

- Badelt, Christoph: Empirische Befunde zur parallelen Wirtschaft in Österreich. Ergebnisse einer Haushaltsbefragung zur Zeitverwendung, in: Skolka, Jiri (Hg.): Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich, Wien: Signum 1985, S. 59-75.
- Braakmann, Albert: Schattenwirtschaft und Messung des Wirtschaftswachstums, in: Universität Rostock: Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftstheorie. Working Paper No. 43, Rostock: [o.V.] 2004, S. 1-19.
- Cagan, Phillip: The Demand for Currency relative to the Total Money Supply, in: Journal of Political Economy 66/4 (1958) S. 303-328.
- Cassel, Dieter / Caspers, Anja: Was ist Schattenwirtschaft?, in WiSt 13/1 (1984), S. 1-7.
- Ehmer, Josef: Zünfte in Österreich in der frühen Neuzeit, in: Haupt, Heinz-Gerhard: Das Ende der Zünfte. Ein europäischer Vergleich, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002 (=Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 151), S. 87-126.
- Enste, Dominik: Schwarzarbeit in Deutschland. Wer arbeitet schwarz und warum?, in: Enste, Dominik / Schneider, Friedrich (Hg.): Jahrbuch Schattenwirtschaft 2010/2011, Berlin: LIT 2011, S. 1-18.
- Fleming, Matthew / Roman, John / Farrel, Graham: The Shadow Economy, in: Journal of International Affairs 53/2 (2000) S. 387-409.
- Franz, Alfred: Parallele Wirtschaft. Schätzungen der Hidden Economy in Österreich auf der Basis offizieller Statistiken, in: Skolka, Jiri (Hg.): Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich, Wien: Signum 1985.
- Gajdosch, Erhard: Vortrag. KIAB-Agenden neu ab 1.1.2011, in: BMF: Wintertagung, Schladming: 2011.
- Gutmann, Peter: The Subterranean economy, in: Financial Analysts Journal 33/6 (1977) S. 26-34.
- Hoffman-Rehnitz, Phillip: The Invention of the Störer. Irregular artisan work between the late middle ages and early modernity, in: Buchner, Thomas / Hoffman-Rehnitz, Phillip (Hg.): Shadow economies and irregular work in urban Europe. 16th to early 20th century, Wien: LIT 2011, S. 37-62.
- Hofinger, Christoph u.a.: Zwölf Jahre österreichischer Arbeitsklima-Index. Erkenntnisse und Ausblick, in: Kistler, Ernst / Mußmann, Frank (Hg.): Arbeitsgestaltung als Zukunftsaufgabe. Die Qualität der Arbeit, Hamburg: VSA 2009, S. 122-142.
- Holzinger, Hans: Zur Zukunft der Arbeit, in: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Hg.) Zukunftsdossier, Wien: Lebensministerium 2010.
- Janisch, Urban / Brümmerhoff, Dieter: Möglichkeiten und Grenzen der Schätzung der Schattenwirtschaft. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Schätzergebnissen der Bargeldmethode nach Schneider, in: Thünen-Reihe Angewandter Volkswirtschaftslehre: Working Paper No. 43, Universität Rostock: 2004, S. 21-42.

- Kirchler, Erich / Pitters, Julia: Kontraproduktives Verhalten durch Schädigung öffentlicher Güter, in: Moser, Klaus (Hg.): Wirtschaftspsychologie, Heidelberg: Springer 2007, S. 357-378.
- Kirchler, Erich: Differential representations of taxes: analysis of free associations and judgments of five employment groups, in: Journal of Socio-Economics 27/1 (1998), S. 117-131.
- Klinkmüller, Erich / Leptin, Gert: Terminologische Anmerkungen zum Begriff der Schattenwirtschaft, in: Hedtkamp, Günter (Hg.): Beiträge zum Problem der Schattenwirtschaft, Berlin: Drucker & Humblot 1982 (=Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Band 132), S. 9-28.
- Koch, Walter: Das Rätsel bleibt ungelöst - Eine Erwiderung, in: Wirtschaftsdienst 86/3 (2006) S. 192-196.
- Koch, Walter: Das Schwarzarbeit-Änigma, in: Wirtschaftsdienst 85/11 (2005) S. 715-723.
- Kurier: Leben ohne Krankenkasse, in: Kurier 195 (15.07.2012) S. 18.
- Lotz, Walther: Zur Lehre vom „Steuereinkommen“, in: Festschrift für Lujo Brentano zum siebenzigsten Geburtstag, München [u.a.]: Duncker & Humblot 1916, S. 351-367.
- Neubauer, Herbert: Schwarzarbeit und Eigenleistungen in der österreichischen Bauwirtschaft, in: Skolka, Jiri (Hg.): Die andere Wirtschaft. Schwarzarbeit und Do-it-yourself in Österreich, Wien: Signum 1985, S. 131-155.
- Pasterniak, Angelika / Pitlik, Hans: Einsparungs- und Effizienzsteigerungspotentiale in der öffentlichen Verwaltung. Ergebnisse einer international vergleichenden Analyse, in: WIFO Monatsberichte 12 (2008), S. 923-940
- Pommerehne, Werner / Frey, Bruno: Ansätze zur qualitativen Messung von Schattenwirtschaft, in: WiSt 11/4 (1982a) S. 157-162.
- Pommerehne, Werner / Frey, Bruno: Quantitative Erfassung der Schattenwirtschaft. Methoden und Ergebnisse, in: Hansmeyer, Karl-Heinrich (Hg.): Staatsfinanzierung im Wandel, Berlin: Drucker & Humblot 1982b (=Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Neue Folge Band 134), S. 265-294.
- Pommerehne, Werner / Kirchgässner, Gebhard: Schattenwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung, in: Das Wirtschaftsstudium 23/10 (1994) S. 848-860.
- Russell, Barrie: Revenue Administration. Managing the Shadow Economy, in: IWF: Technical Notes and Manuals 10/14, Washington: IWF 2010.
- Schmölders, Günter: Der Beitrag der Schattenwirtschaft, in: Küng, Emil (Hg.): Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr 1980, S. 371-381.
- Schneider, Friedrich / Enste, Dominik: Schattenwirtschaft und irreguläre Beschäftigung: Irrtümer, Zusammenhänge und Lösungen, in: Alt, Jörg / Bommes, Michael (Hg.): Illegalität – Grenzen und Möglichkeiten der Migrationspolitik, Wiesbaden: VS 2006b, S. 35-59.
- Schneider, Friedrich / Enste, Dominik: Welchen Umfang haben Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit? Ein Versuch zur Lösung des Rätsels, in: Wirtschaftsdienst 86/3 (2006a) S. 185-191.

- Schneider, Friedrich / Pöll, Günter: Schattenwirtschaft, in: Korf, Wilhelm u.a. (Hg.): Handbuch der Wirtschaftsethik. Band 1-4. Band 4.1, Berlin: University Press 2009, S. 382-432.
- Schneider, Friedrich: Arbeit im Schatten: Einige theoretische und empirische Überlegungen über die Schattenwirtschaft, in: PWP 2/4 (2001) S. 425-439.
- Schneider, Friedrich: Der Einfluss der Weltwirtschaftskrise auf die Schattenwirtschaft und Korruption in Deutschland und in Österreich. Ein (Wieder-)Anstieg, in: Enste, Dominik / Schneider, Friedrich (Hg.): Jahrbuch Schattenwirtschaft 2010/2011, Berlin: LIT 2011, S. 19-38.
- Schneider, Friedrich: Schattenwirtschaft – Fluch oder Segen?, in: NOVO 69 (2004) S. 23-27.
- Schneider, Friedrich: Stellt das Anwachsen der Schattenwirtschaft ein Problem für die Wirtschafts- und Finanzpolitik dar? Einige vorläufige empirische Erkenntnisse, in: Schaltegger, Christoph / Schaltegger, Stefan: Perspektiven der Wirtschaftspolitik: Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. René L. Frey, Zürich: vdf 2004, S.685-700.
- Schwarz, Gerhard: Staatsquote ist nicht gleich Staatsquote, in: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) Nr. 150 (30.06.2012) S. 141.
- Stöger, Georg: Disorderly practices of illicit exchange. Observations on Leipzig's retail trade between the sixteenth and nineteenth century, in: Buchner, Thomas / Hoffman-Rehnitz, Phillip (Hg.): Shadow economies and irregular work in urban Europe. 16th to early 20th century, Wien: LIT 2011, S. 141-163.
- Tanzi, Vito: Uses and abuses of estimates of the underground economy, in: Economic Journal 109/456 (1999) S. 338-347.
- Thomas, Jim: Quantifying the black economy. Measurement without theory. Yet again?, in: The Economic Journal 109/456 (1999) S. 381-389.
- Wadauer, Sigrid: Mobility and Irregularities. Itinerant sales in Vienna in the 1920s and 1930s, in: Buchner, Thomas / Hoffman-Rehnitz, Phillip (Hg.): Shadow economies and irregular work in urban Europe. 16th to early 20th century, Wien: LIT 2011, S. 197-216.
- Walther, Herbert: Bekämpfung der Schattenwirtschaft durch steuerliche Anreize, in: Wirtschaft und Gesellschaft 29/1 (2003) S. 73-85.
- Walther, Herbert: Sozialstaat und Schattenwirtschaft – Theorie und Empirie, in: Altzinger, Wilfried u.a. (Hg.): Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der AK Wien. Öffentliche Wirtschaft, Geld und Finanzpolitik. Herausforderungen für eine gesellschaftliche relevante Ökonomie, Wien: Orac 2004 (=Wirtschaftswissenschaftliche Tagungen der Arbeiterkammer Wien, Band 9), S. 41-64.

Internetquellen

- Achleitner, Friedrich: Gewerblicher Pfusch beim Hausbau ist keine Nachbarschaftshilfe (05.06.1998), in:
http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19980605_OTS0032/gewerblicher-pfusch-beim-hausbau-ist-keine-nachbarschaftshilfe [abgerufen am 20.07.2012].
- AK Österreich: Wirtschafts- und Sozialstatistisches Taschenbuch 2011. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (2011), in
http://www1.arbeiterkammer.at/taschenbuch/tbi2011/volkswirtschaftliche_gesamtrechnungen.html [abgerufen am 13.03.2012].
- AK Wien: Private Zusatzkrankenversicherungen. Vorerkrankungen? Nein, Danke! (2011), in:
http://m.arbeiterkammer.at/bilder/d145/Studie_Private_Krankenversicherung_2011.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- AK Wien: Reparaturpreise von Kfz-Werkstätten 2012 (2012a), in:
http://wien.arbeiterkammer.at/pictures/d172/KFZ-Werkstaetten_Reparaturpreise_Mai_2012.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- AK Wien: Sozial und Wirtschaftsstatistik aktuell. Einkommen der ArbeitnehmerInnen – die Lohnsteuerstatistik (2012b), in:
http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d172/SWSA_Mai_2012.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- BMF: Eckwerte (2012), in: <http://www.bmf.gv.at/budget/budgets/2012/beilagen/eckwerte.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- BMI: Geschäftsbericht 2011 der österreichischen Steuer und Zollverwaltung (2012), in:
http://www.bmf.gv.at/Publikationen/Downloads/BerichteBilanzen/Geschaeftsbericht_2011_fin.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- BMI: Studie über Sozialbetrug präsentiert (26.06.2012), in:
http://www.bmi.gv.at/cms/BK/presse/files/2662012_Studie_ueber_Sozialbetrug.pdf [abgerufen am 18.07.2012].
- Cengiz, Han: Nachbarschaftshilfe oder Schwarzarbeit: Schnell sind Grenzen überschritten (15.03.2012), in: <http://relevant.at/wirtschaft/pr/485275/nachbarschaftshilfe-schwarzarbeit-schnell-sind-grenzen-ueberschritten.story> [abgerufen am 20.07.2012].
- Die Presse: Analyse. Wie viel Pfusch steckt in der Statistik? (25.10.2004), in:
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/167264/Analyse_Wie-viel-Pfusch-steckt-in-der-Statistik [abgerufen am 18.07.2012].
- Die Presse: Österreich: Eine Million Pfuscher (04.01.2011), in:
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/622782/Oesterreich_Eine-Million-Pfuscher [abgerufen am 20.07.2012].
- Die Presse: Scheinfirmen kosten den Staat eine Milliarde pro Jahr (26.06.2012), in:
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/1260071/Scheinfirmen-kosten-den-Staat-eine-Milliarde-pro-Jahr> [abgerufen am 18.07.2012].

- Die Presse: Schwarzarbeit: Anti-Pfusch-Trupp schlug 10.000-mal zu (10.08.2009), in:
http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/501439/Schwarzarbeit_AntiPfuschTrupp-schlug-10000mal-zu [abgerufen am 20.07.2012].
- Die Presse: Silbersatelliten und graue Pfuscher (20.07.2012), in:
<http://karrierenews.diepresse.com/home/karrieretrends/1269340/Silbersatelliten-und-graue-Pfuscher> [abgerufen am 20.07.2012].
- Die Presse: Studie. Österreich ist Land der Frühpensionisten (17.03.2011), in:
http://diepresse.com/home/politik/innenpolitik/642522/Studie_Oesterreich-ist-Land-der-Fruhpensionisten [abgerufen am 20.07.2012].
- Die Presse: WKÖ-Chef Leitl fordert Handwerkerbonus (27.11.2009), in:
<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/524659/WKOeChef-Leitl-fordert-Handwerkerbonus> [abgerufen am 20.07.2012].
- Elgin, Ceyhun / Oztunali, Oguz: Shadow Economies around the World: Model Based Estimates (2012), in: http://www.econ.boun.edu.tr/content/wp/EC2012_05.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Europäische Kommission: Woher kommt das Geld? (06.02.2012), in:
http://ec.europa.eu/budget/explained/budg_system/financing/fin_de.cfm [abgerufen am 20.07.2012].
- FAZ: Der Schattenwirtschaft auf der Spur (18.06.2012), in:
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/schwarzarbeit-der-schattenwirtschaft-auf-der-spur-11789150.html> [abgerufen am 20.07.2012].
- FAZ: Schwarzarbeit auf niedrigstem Stand seit 18 Jahren (24.01.2012), in:
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/studie-zur-schattenwirtschaft-schwarzarbeit-auf-niedrigstem-stand-seit-18-jahren-11621751.html> [abgerufen am 11.04.2012].
- Forbes: The World's Richest Countries (22.02.2012), in:
<http://www.forbes.com/sites/bethgreenfield/2012/02/22/the-worlds-richest-countries/> [abgerufen am 20.07.2012].
- Heute: So steht´s um unsere Moral. 25 Prozent schwindeln bei der Steuererklärung (02.03.2012), in: <http://www.heute.at/news/wirtschaft/art23662,668422> [abgerufen am 20.07.2012].
- Industriellenvereinigung: Wohlstand, Armut und Umverteilung in Österreich. Fakten und Mythen. 3. überarb. Auflage (2011), in: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/publikationen/file_575.pdf [abgerufen am 20.07.2011]
- Kreutzer Fischer & Partner: Gewerblicher Pfusch übertrifft privaten Pfusch signifikant (06.10.2008), in: http://linz.abau.at/news/docs/12936_Gewerblicher%20Pfusch.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Kurier: Pfusch-Statistik: Gute Werte dank "Schlawinertum" (12.07.2012), in:
<http://kurier.at/wirtschaft/4503373-pfusch-statistik-gute-werte-dank-schlawinertum.php> [abgerufen am 20.07.2012].
- Merz, Joachim: Schattenwirtschaft und Arbeitsplatzschaffung (1996), in: http://mpira.ub.uni-muenchen.de/7224/1/MPRA_paper_7224.pdf [abgerufen am 20.07.2012].

- Neuwirth, Robert: The Shadow Superpower (28.11.2011), in:
http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/10/28/black_market_global_economy?page=full [abgerufen am 04.04.2012].
- OECD: Measuring the Non-Observed Economy. A handbook (2002), in:
<http://www.oecd.org/dataoecd/9/20/1963116.pdf> [abgerufen am 06.04.2012].
- ORF Science: Zeit für neue Zeiten? (08.03.2001), in <http://sciencev1.orf.at/flecker/7687.html> [abgerufen am 10.04.2012].
- ORF Wien: Baugewerbe. Viertel arbeitet schwarz (13.10.2009), in:
<http://wiev1.orf.at/stories/396126> [abgerufen am 10.04.2012].
- ORF: Aufgabe wichtiger als Geld (11.06.2012), in:
<http://news.orf.at/stories/2105330/2105337/> [abgerufen am 20.07.2012].
- ORF: Österreicher sind Heimwerker-Könige (19.03.2007), in:
<http://oesv1.orf.at/stories/179634> [abgerufen am 10.04.2012].
- ORF: Pfusch bleibt für viele Kavaliersdelikt (06.03.2012), in:
<http://oesterreich.orf.at/stories/2523910/> [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreich: Mittelstand zahlt mehr als die Hälfte der Steuern (20.01.2008), in:
<http://www.oe24.at/wirtschaft/Mittelstand-zahlt-mehr-als-die-Haelfte-der-Steuern/232273> [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreichische Sozialversicherung: Beitragsrechtliche Werte in der Sozialversicherung 2012 (2012), in: <http://www.uibk.ac.at/finanzabteilung/beitraege-sv-21012.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreichischer Bundesfeuerverband: Entwicklung des österreichischen Feuerwehrwesens. Die Gründung der freiwilligen Feuerwehren (2012), in:
<http://www.bundesfeuerwehrverband.at/service/handbuch-zur-feuerwehrgeschichte/entwicklung-des-oesterreichischen-feuerwehrwesens/> [abgerufen am 15.07.2012].
- Österreichisches Parlament: Entwicklung der Schattenwirtschaft (1994/AB). Anfragebeantwortung (07.09.2004a), in:
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/AB/AB_01994/fname_026642.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreichisches Parlament: Finanzminister Grasser und Staatssekretär Finz In der Fragestunde. Parlamentskorrespondenz Nr. 202 (21.03.2002), in:
http://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2002/PK0202/ [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreichisches Parlament: KIAB - Kontrolle illegaler Ausländerbeschäftigung (1991/AB). Anfragebeantwortung. (07.09.2004b), in:
http://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXII/AB/AB_01991/fname_026650.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Österreichisches Rotes Kreuz: Die Geschichte des Roten Kreuzes (2012), in:
<http://www.roteskreuz.at/site/leitbild/die-geschichte-des-roten-kreuzes/> [abgerufen am 15.07.2012].
- Presstext: Branchen Basics Baumärkte in Österreich 2002 (14.01.2003), in:
<http://www.presstext.com/news/20030114025> [abgerufen am 20.07.2012].

- Schneider, Friedrich Rückläufige Schattenwirtschaft in Deutschland, Österreich und in anderen OECD-Ländern – Fluch oder Segen? (2005), in:
<http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/Schatt%202005.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- Schneider, Friedrich: Der Handwerker Bonus zur „Pfusch“-Bekämpfung und die Einstellung der ÖsterreicherInnen zum „Pfusch“ (2010), in:
http://www.gph.at/events/2010_04_21/PK/presentation_schneider_pk10.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Schneider, Friedrich: Die Entwicklung der Schattenwirtschaft in Österreich seit 1970 (1997), in: <http://www.ihs.ac.at/publications/lib/presseinfo070397.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- Schneider, Friedrich: Schattenwirtschaft, Sozialbetrug und Korruption in Österreich: Wer gewinnt? Wer verliert? (2012a), in:
<http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/2012/KorrPfuschSozialbetrug.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- Schneider, Friedrich: Studie. Der Einfluss des Wirtschaftsaufschwungs auf die Schattenwirtschaft („Pfusch“) in Österreich und in anderen OECD-Ländern (2012b), in:
http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/2012/Pfusch_Ost_OECD_2012.pdf [abgerufen am 06.04.2012].
- Schneider, Friedrich: Weiterhin rückläufige Schattenwirtschaft („Pfusch“) in Österreich – wegen der guten Konjunktur oder wegen einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik? (2008), in:
http://www.econ.jku.at/members/Schneider/files/publications/Schatt-Oest2008_Presse.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Simhandl, Fritz: Die Geschichte des österreichischen Tabakmonopols (09.07.2010), in <http://suite101.de/article/die-geschichte-des-oesterreichischen-tabakmonopols-a80708> [abgerufen am 17.07.2012].
- Spectra: Moral in der österreichischen Bevölkerung (2012), in:
http://www.spectra.at/archiv/Aktuell_03_12_Moral.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Statistik Austria: Durchschnittliches Zugangsalter in der gesetzlichen Pensionsversicherung 1970 bis 2010 (2011), in:
http://www.statistik.at/web_de/static/durchschnittliches_zugangsalter_in_der_gesetzlichen_pensionsversicherung_1_058368.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Statistik Austria: Lebenserwartung bei der Geburt 1970 bis 2011 nach Bundesländern und Geschlecht (2012a), in:
http://www.statistik.at/web_de/static/lebenserwartung_bei_der_geburt_1970_bis_2011_nach_bundeslaendern_und_gesch_022522.pdf [abgerufen am 20.07.2012].
- Statistik Austria: Methodeninventar zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen in Österreich (2009), in:
http://www.statistik.at/web_de/Redirect/index.htm?dDocName=023491 [abgerufen am 20.07.2012].
- Statistik Austria: Standard-Dokumentation. Metainformationen (Definitionen, Erläuterungen, Methoden, Qualität) zu der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. VGR - Jahresrechnung (2010), in: www.statistik.at/web_de/static/016810.pdf [abgerufen am 13.03.2012].

- Statistik Austria: Steuern und Sozialbeiträge in Österreich, Einnahmen des Staates und der EU (2012b), in:
http://www.statistik.at/web_de/statistiken/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/steuereinnahmen/019086.html [abgerufen am 20.07.2012].
- Wiener Zeitung: Komplementär-Währungen. In Krisenzeiten werfen Gemeinden die Gelddruckmaschinen an (26.08.2011), in:
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/top_news/392275_In-Krisenzeiten-werfen-Gemeinden-die-Gelddruckmaschinen-an.html [abgerufen am 04.04.2012].
- Wiener Zeitung: Streit um Ausmaß von Schwarzarbeit. Uni-Professor im Kreuzfeuer der Kritik von OECD und Statistik Austria (25.02.2003), in:
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/international/326890_Streit-um-Ausmass-von-Schwarzarbeit.html [abgerufen am 04.04.2012].
- Wirtschaftsblatt: Italien. Steuerbehörde setzt auf Abschreckung (17.04.2012), in:
<http://www.wirtschaftsblatt.at/archiv/steuerbehoerde-setzt-auf-abschreckung-514688/index.do> [abgerufen am 23.04.2012].
- Wirtschaftsblatt: Wie die Schattenwirtschaft Österreich schadet (14.03.2012), in:
<http://www.wirtschaftsblatt.at/home/meinung/gastkommentare/wie-die-schattenwirtschaft-oesterreich-schadet-510825/index.do> [abgerufen am 18.07.2012].
- WKO: Abgabenquote und Staatseinnahmenquote (2012a), in:
<http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/lang-abgaben.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Abgabenquoten (2012b), in: <http://wko.at/statistik/eu/europa-abgabenquoten.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Arbeitsmarktdaten (2012c), in: <http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-Arbeitsmarkt.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: BIP und Wirtschaftswachstum (2012d), in:
<http://wko.at/statistik/Extranet/Langzeit/Lang-BIP.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Bundesinnung Bau. BAUfair! (2012e), in:
http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?AngID=1&DocID=1015897&StID=467110 [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Handwerkerbonus rasch umsetzen (22.12.2011), in:
http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?angid=1&stid=652048&dstid=678 [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: KMU Daten für Österreich (2012f), in:
<http://www.bmwfj.gv.at/Unternehmen/versicherungsvermittler/Documents/2012%2006%20WKO-BeschStatK.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Pusch/Schattenwirtschaft. Überblick über die Rechtsfolgen unbefugter Gewerbeausübung (10.11.2011), in:
http://portal.wko.at/wk/format_detail.wk?AngID=1&StID=416861&DstID=838 [abgerufen am 20.07.2012].
- WKO: Schattenwirtschaft „Am Staat vorbei“ (2010), in: http://www.go-ahead.at/fileadmin/editorupload/report/events/summit10/report_schneider.pdf [abgerufen am 20.07.2012].

WKO: Steuereinnahmen des Bundes (2011), in: <http://wko.at/statistik/jahrbuch/budget-steuereinnahmen.pdf> [abgerufen am 20.07.2012].

WKO: Volkswirtschaftliche und Tourismusstatistische Definitionen. Glossar (2006), in: http://portal.wko.at/wk/dok_detail_file.wk?angid=1&docid=585754&dstid=252&stid=282124 [abgerufen am 05.04.2012].